

Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



45. Jahrgang
2|2018

Schwerpunkt:

Plan oder Projekt?

Aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung

Herausgegeben von:

Robert Kaltenbrunner und Stefan Krämer

Aus dem Inhalt:

Konrad Hummel
Das Beben des Urbanen
Lässt sich Stadt noch planen?

Klaus Overmeyer/
Cordelia Polinna
Paradigmen prozesshafter
Planung

Daniela Brahm
Ausbau des Vorhandenen

Marta Doehler-Behzadi
StadtLand –
Eine IBA für Thüringen

Hanno Rauterberg
Kunst und öffentlicher Raum

Paul Börsch
Planung über Projekte
in Erfurt

Gregor Langenbrinck
Plan oder Projekt? Suche
jenseits der Komfortzone

Forum Stadt
Verlag



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen, Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel (†) und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Simone Cutui (Lektorat)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern,
Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
Email: hans.schultheiss@email.de
Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 92,- Einzelheft EUR 25,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49(0)8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FSStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2018 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Plan oder Projekt?

Aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung

Herausgegeben von Robert Kaltenbrunner und Stefan Krämer

Editorial

Robert Kaltenbrunner / Stefan Krämer 99

Abhandlungen

Konrad Hummel

Das Beben des Urbanen – oder lässt sich Stadt noch planen? 113

Klaus Overmeyer / Cordelia Polinna

Auf dem Weg zu einem neuen Paradigma der prozesshaften Planung 127

Daniela Brahm

ExRotaprint Berlin: Der Ausbau des Vorhandenen 141

Marta Doehler-Behzadi

StadtLand: Eine IBA für Thüringen 147

Hanno Rauterberg

Über die neue Lust am Temporären.

Wie die Kunst den öffentlichen Raum verändert 157

Paul Börsch

Planung über Projekte in Erfurt?

Eignen sich Konstruktionsprinzipien der alten Großstadt als

Planungshypothese für die nachhaltige Stadt der Zukunft? 165

Gregor Langenbrinck

Plan oder Projekt? Auf der Suche jenseits der Komfortzone 173

Autorinnen / Autoren 188

Auslobung Otto-Borst-Preis 2019 190

Besprechung

JÖRG FRIEDRICH / PETER HASLINGER u.a. (Hrsg.), *Zukunft: Wohnen.*

Migration als Impuls für die kooperative Stadt (*Albrecht Göschel*) 191

Robert Kaltenbrunner / Stefan Krämer

Plan oder Projekt? Aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung¹

Editorial

Der Philosoph René Descartes hat es, in seiner „Abhandlung über die Methode“, schon vor gut 350 Jahren

beklagt: „Denn man mag zwar, wenn man die Gebäude der alten Städte jedes für sich betrachtet, sie geradeso kunstvoll oder selbst kunstvoller finden als die neueren Städte, sieht man aber ihre Anordnung an, und bemerkt, wie hier ein großes, dort ein kleines steht, und wie sie die Straßen krumm und ungleich machen, so sollte man sagen, dass eher der Zufall als der Wille vernunftbegabter Menschen sie so angeordnet hat.“ Es lassen sich unzählige ähnliche Urteile oder Einschätzungen in der mitteleuropäischen Geistesgeschichte finden. Dabei ist es als Metapher ja durchaus plausibel, dass Städte Organismen sind, die sich unkontrolliert und kaum planbar entwickeln, dass sie aber zugleich Objekt von Planung, Städtebau und Ordnungsphantasien geworden sind.

Wie weit ist es damit heute her? Wir sind es gewohnt, die Stadt als Gegenstand laufender Optimierung zu betrachten: gleichsam eine Akkumulation stetiger Verbesserungen. Die heutige Stadt (zumindest in unserem Kulturraum) verdankt ihren



¹ „Plan oder Projekt? Aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung“ war Thema der Internationalen Städtetagung am 8. und 9. Mai 2017 in Erfurt, die Forum Stadt e.V. gemeinsam mit der Wüstenrot Stiftung ausrichtete. Bei dieser Tagung sollte es nicht um ein Gegeneinander der Ansätze gehen, oder darum, alte Muster oder Theorien der Planung durch neue zu ersetzen. Vielmehr wurden Ansätze für ihre sinnvolle und intelligente Kombination diskutiert. Die Beiträge dieses Themenheftes gehen auf die Veranstaltung zurück, verstehen sich indes nicht nur als deren Dokumentation, sondern auch als Impulse für eine weiterführende Diskussion.

Gehalt und ihre Leistung dem Einbezug immer wieder neuer Vorgaben, z. B. des Umweltschutzes, der Behindertengerechtigkeit, der Energieeffizienz, des Lärmschutzes, der Klimaanpassung usw. All das verlangt ausgewiesene Fachkenntnisse und einen gewaltigen Apparat zu deren Verwaltung und Kontrolle. Gearbeitet wird zumeist mit Plänen, die jeweils nur einzelne Aspekte des Stadtganzen isoliert behandeln und optimieren. So weit, so gut. Aber die Mechanismen und Zielsetzungen der Fachplanung, die in sich immer anspruchsvoller und komplexer wird, widersprechen sich gegenseitig mehr und mehr. Außerdem ist es kaum mehr zu schaffen, die Teilsysteme wieder zu einem Ganzen zusammenzufügen. Hinzu kommt, dass Baupolitik heute mit zwei merkwürdig kontroversen Phänomenen rechnen muss: Einerseits dem eher unbewussten Fortschreiben traditioneller Leitbilder – und andererseits dem Umstand, dass viele Bauentscheidungen nicht von Sinnfälligkeit, Vernunft und langfristiger Wirtschaftlichkeit abhängen, sondern von Moden, Zeitgeschmack und immer noch: von Fortschrittshoffnungen. Damit muss man sich zwangsläufig Gedanken über die Grenzen der Planung machen.

Die Bedingungen für die aktuelle Situation der Stadtplanung und -entwicklung sind nicht ganz so eindeutig, wie es auf den ersten Blick scheint. Mehr noch: Es gibt heute kein vergleichbar starkes Planungsparadigma für großflächige Stadtentwicklung wie es etwa das funktionalistische Leitbild war (ohne dass wir es freilich zurückwünschen würden). Vielleicht sind deshalb Städtebau und Stadtentwicklung aktuell geprägt von einer ausgesprochenen Fixierung auf Projekte. Beispielsweise haben wir es derzeit mit einer Inflation von Formaten in der Planung zu tun. IBA, IGA, Europäische Kulturhauptstadt, Green Capital Award, Bundesgartenschau, Landesgartenschau, Regionale Projektschau.

Rainer Molitor hat dazu einmal zwei wichtige Gründe benannt: Zum einen allokiert Politik das wenige Geld, was zum Gestalten noch übrig bleibt, gerne in wettbewerblichen Prinzipien. Die Auswahlmechanismen sind immer auch eine Zuspitzung von politischer Macht inklusive der darauffolgenden Budgetierung. Zum anderen sind die Formate kommunalpolitisch „hoffähig“ geworden. Sie versprechen in einer vermeintlich einfach griffigen Formel Investitionen in Zukunftsprojekte und substituieren daher auf der politischen Seite eine umfassende Auseinandersetzung. Allen diesen Formaten ist gemein, dass sie für einen definierten Raum eine Aufmerksamkeit auf einen Veränderungsprozess lenken, der mit beispielgebenden Projekten hinterlegt werden soll. Im Umkehrschluss scheint eine gute ambitionierte und innovative Stadt- und Regionalentwicklung ‚im Alltag‘ nicht mehr zu realisieren sein.

Nun wollen wir hier keinesfalls die endlosen Debatten über die Beteiligungsformen bei Stuttgart 21, oder über den ebenso unsäglichen wie offenbar unendlichen Bau-Prozess des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER) oder über die Kostenent-

wicklung bei der Elbphilharmonie in Hamburg wieder aufleben lassen. Um diese Art solitärer Großprojekte und die Bedingungen ihrer Planung und Realisierung soll es nicht gehen. Vielmehr steht die Frage der Wechselwirkung zwischen Plan und Projekt im Vordergrund – und ob bzw. wie diese neu justiert werden muss.

Zweifellos haben sich die Rahmenbedingungen des Urbanismus in den letzten Jahren erheblich verändert. In den Städten Europas wächst, nicht zuletzt aus Protest gegen Finanzkrise und globalisiertes Wirtschaftsgebaren, eine neue Kraft des urbanen Wandels. Die Mentalität des Selbermachens tangiert nicht nur die Raumnutzung, sondern auch die Architektur. Ob nun ‚Reclaim the Streets‘ und Zwischennutzer, ob Urban Gardening oder Stadtpioniere: In und mit solchen – mitunter anarchischen – Aktionen scheint sich tatsächlich eine Art des gesellschaftlichen Wandels anzukündigen: Das Verhältnis von individueller Handlungsautonomie und sozialer Ordnung wird auf der städtischen Bühne gerade neu austariert. Dazu gehört auch die These, dass die temporäre Nutzung das Gegenteil eines Masterplans sei: Denn sie gehe vom Kontext und vom aktuellen Zustand, statt von einem fernen Ziel aus, sie versuche Bestehendes zu verwenden, statt alles neu zu erfinden, sie kümmere sich um die kleinen Orte und kurzen Zeiträume. Darin artikuliert sich ein alternatives Stadtplanungsverständnis: Statt die Entwicklung der Verwaltung und der Ökonomie allein zu überlassen, versuchen beispielsweise die Zwischennutzer ein Aneignen der Stadt zu erproben (wobei sie sich auch gerne auf Konzepte der Situationistischen Internationale berufen). Eine do-it-yourself-Mentalität tritt an die Stelle des bloßen Konsums von Stadtgesellschaft und Stadtraum.

Aktuell sind offenbar auch viele Architekten und Planer bereit, einen Gutteil ihrer Aufmerksamkeit dem Unbeständigen und Unbestimmten in den Städten zu widmen. Mal bewundernd mal verunsichert zeigen sie auf die Lücken und Brüche, die eine spontane und informelle urbane Aneignung ermöglichen. Dahinter steht mitunter affirmative Absicht: Denn angesichts von Krise und Geldknappheit wirkt es nötiger denn je, Planungen zu entwickeln, die sich von der ‚normalen‘ Logik der Stadtentwicklung abwenden und die bisher üblichen stadtplanerischen Drehbücher zu Immobilien, Baukrediten, Arbeitskräften im Bauwesen und Wohnungsbau neu definieren. Entwurf bzw. Planung, so scheint es, wandeln sich zu einem ko-kreativen Prozess. Eine Ästhetik des ‚Non-Finito‘ reüssiert allenthalben, eine neue Anerkennung und Wertschätzung ephemerer Stadtentwicklung. Nicht länger, so der postulierte Anspruch, werden abgeschlossene Produkte abgeliefert, sondern ein Zyklus der Gebrauchswerte, die sich den wechselnden Bedürfnissen der Mitwirkenden anpassen. Offen bleibt freilich, ob das Provisorische zur tragfähigen Gestaltungsstrategie taugt.

Einerseits wird heute allenthalben ein Integrierter Stadtentwicklungsplan gefordert. Aber gibt es sie denn noch, jene enzyklopädische Vollständigkeit eines flächen-



Abb. 1: St. Petersburg - Aktuelle Wirklichkeit; Foto: *Stefan Krämer*.

deckenden Plans, der alle Probleme auf einmal lösen kann? Und verfügen wir in unseren Gemeinwesen über politische Institutionen, die den Kraftakt eines großen Zielmodells noch bewältigen? Andererseits kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Konzentration auf einzelne Projekte eine pragmatische und zielorientierte Lösung zu bieten scheint. Diese zeichnen sich regelmäßig dadurch aus, dass sie zeitlich befristet, räumlich begrenzt und publikumswirksam fokussiert sind. Im Dilemma zwischen wachsendem Legitimationsdruck und wirtschaftlichen Zwängen scheint die Konzentration auf einzelne Projekte eine Art von Patentlösung zu liefern. Die Stadtpolitik setzt dabei gemäß Richard Floridas Theorie der Kreativen Klasse auf die sogenannte Kreativwirtschaft, während zivilgesellschaftliche Initiativen ganz eigene Ideen verfolgen. Häufig geht es um die Vermarktung der Standorte im Sinne von Branding. Prominente Beispiele sind die Hafencity in Hamburg, der Rheinauhafen in Köln oder auch die Komplettierung des Neumarktes in Dresden. Lässt sich Stadtpolitik tatsächlich nur noch durch einzelne Projekte umsetzen?

Der Begriff des Branding ist freilich auch noch aus einer anderen Warte erhellend. Denn er verweist darauf, welche Bedeutung die öffentliche und vor allem die mediale Resonanz auf die Architektur eines Gebäudes nicht nur für dessen Wahrnehmung, sondern auch für den Bekanntheitsgrad der Stadt hat, in der es steht. Die ökonomische Bedeutung erfolgreicher Projekte in Architektur und Städtebau ist in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter gewachsen. Ein hoher Bekanntheitsgrad und ein damit verbundener Werbewert lassen solche Projekte im europaweit



Abb. 2: Gent, Stadthaus; Foto: Robert Kaltenbrunner.

wachsenden Segment des Städtetourismus inzwischen unverzichtbar wirken. Im Idealfall scheinen sie nicht nur in der Lage zu sein, ihre Entstehungskosten selbst zu refinanzieren, sondern zugleich auch Fehler und Versäumnisse bis hin zu „offenen Wunden“ in der Stadtentwicklung zu heilen. Ihr Wert – ökonomisch wie medial – kann sich offenbar so dynamisch steigern, dass selbst vervielfachte Entstehungskosten angesichts der erreichten Wirkungen wieder relativiert werden, wie die aktuelle Einschätzung der Elbphilharmonie bereits wenige Monate nach ihrer Eröffnung eindrucksvoll unterstreicht.

Erfolgreiche Projekte können wie Magnete auf ein externes Publikum wirken; gerade Städte, die von einem dispersen oder blassen baukulturellen Erscheinungsbild geprägt sind, können durch herausragende Einzelprojekte im medialen Zeitalter eine vorher nicht gekannte Bedeutung gewinnen. Diese wird leicht an einem konkreten Beispiel und dessen Erfolg erkennbar, für das als Begriff der „Bilbao-Effekt“ geprägt wurde. Er bezieht sich auf das in Bilbao durch den Architekten Frank O. Gehry gebaute Guggenheim-Museum und seine vielfältigen Auswirkungen auf Attraktivität, Bekanntheit und Wahrnehmung dieser Stadt. Vieles spricht dafür, dass die Komplexität und die Sorgfalt einer integrierten Stadterneuerung, wie sie in Bilbao bereits deutlich vorher eingeleitet wurde, bei dieser Interpretation massiv vernachlässigt wird. Das spektakuläre Solitär-Projekt ist jedoch leichter verständlich und vermittelbar als der vielschichtige, auf einem Zusammenspiel verschiedener Bereiche und Phasen basierende Plan.



Abb. 3: Bilbao, Guggenheim-Museum von Frank O. Gehry; Foto: *Simone Cutui*.

Inzwischen ist es eine oft kopierte Strategie geworden, eine gezielte Aufwertung von Städten durch herausragende Gebäude zu erreichen, die von weltweit bekannten Architekten gebaut werden. Die mediale Aufmerksamkeit und der daraus resultierende Bekanntheitsgrad sollen zu einer Neubewertung und zu einem neuen Profil dieser Städte führen. An dieser Strategie lässt sich ein wichtiger Aspekt in der Veränderung der öffentlichen Kommunikation erkennen; die Balance einer ausgeglichenen Wahrnehmung von einzelnen Architekturbeispielen im Verhältnis zu komplexen und vielschichtigen Aufgaben der Stadtentwicklung hat sich verschoben. Die Hervorhebung einzelner Gebäude und die damit verbundene Konzentration auf die Gestaltung und die Qualitäten dieser Gebäude ersetzt in der öffentlichen Diskussion allzu häufig eine ausführlichere Erörterung von zentralen Themen der Stadtentwicklung und des Städtebaus. Gleichsam „auf der Strecke“ bleibt das Verständnis einer wahrhaft integrierten Planung, wie es Lucius Burckhardt einmal exemplarisch an einer Haltestelle festgemacht hat: Der Schnitt muss nicht „zwischen Haus, Straße und Kiosk [liegen], um bessere Häuser, Straßen und Kioske zu bauen, sondern [...] der Kiosk lebt davon, dass mein Bus noch nicht kommt und ich eine Zeitung kaufe, und der Bus hält hier, weil mehrere Wege zusammenlaufen und die Umsteiger gleich Anschluss haben“.

Woran liegt das? Ein Grund ist sicher, dass die Fokussierung auf herausragende Einzelprojekte eine Vereinfachung ermöglicht von einer komplexen Stadtentwicklung mit unterschiedlichen Facetten und Ebenen auf eine klar begrenzbare Ar-

chitekturaufgabe, zu der sich alle Beteiligten leichter positionieren können. Die zunehmende Neigung, einzelne Leuchtturmprojekte der Architektur in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion über die Zukunft der Städte zu stellen, wird deshalb nicht nur von Architekten, sondern häufig auch von Planern, Kommunalpolitikern und Vertretern der Zivilgesellschaft aktiv mitgetragen.

Es ist eine moderne, gewandelte Form der Kommunikationskultur, die einem wachsenden Bedürfnis nach klaren Positionen, der Suche nach einfachen Antworten und dem Wunsch nach eindeutigen Lösungen entspricht. Die Gefahr, die aus dieser Entwicklung entstehen kann, besteht in der zunehmenden Vernachlässigung von Aufgaben und Schwerpunkten der Stadtentwicklung, die vor allem in der anspruchsvoller gewordenen Kommunikation zwischen Experten und Laien nur schwer behandelt werden können. Der ökonomische Wert herausragender Architektur, der sich vor allem auf dem Gebiet der Werbung und der Imagebildung manifestiert, fördert eine mediale Auffälligkeit um nahezu jeden Preis. Nicht selten gehören die städtebauliche Integration und die Gestaltung der öffentlichen Bereiche zu den Aufgaben, die darüber als erste Anforderungen vernachlässigt werden.

Es ist mehr als eine bloße Vermutung, dass jeder, der sich urbanistisch engagiert, hat lernen müssen – an verschiedenen Orten und in den unterschiedlichsten Kontexten –, dass die Planbarkeit der Stadt Grenzen hat. Deshalb ist es interessant, einmal mit anderen Augen auf die Situation zu schauen. Folgt man dem Wissenschaftsphilosophen Michael Polanyi, so könnte man diese Frage der Planbarkeit mit dem Zusammenlegen eines großen Puzzles durch verschiedene Personen vergleichen. Es ist nicht ohne weiteres zu sehen, welche Teile wie zusammengehören; und wenn niemand sagen kann, welches Bild das Puzzle ergeben wird, wäre es unsinnig, das Handeln der Puzzlespieler durch konkrete Anweisungen eines Spielleiters zu koordinieren. Ausschließlich mit Hilfe allgemeiner Regeln der Zusammenarbeit wird man allerdings auch nicht viel erreichen. Es geht ja nicht darum, dass jeder Mitspieler möglichst ungestört seine eigene Version des Ganzen bildet, sondern darum, das für alle gleiche Bild zusammenzulegen. In dieser Situation erscheint es am vernünftigsten, jedem Spieler die Freiheit zu lassen, die Zusammengehörigkeit der Teile zu erproben. Gleichzeitig muss jeder Spieler jedoch im Blick behalten, welche Teile die anderen vor sich haben und welche Fortschritte sie beim Zusammenlegen machen. Denn jeder benötigt für seinen Ausschnitt des gesamten Bildes wahrscheinlich Teile, die bei anderen liegen, und vor jedem können Teile liegen, die in seinen Ausschnitt nicht passen, die aber andernorts benötigt werden.

Wenn man diese Gedanken rücküberträgt in die Sphäre von Städtebau und Stadtentwicklung, dann muss man vielleicht sagen, dass weder die Voraussetzungen für klare Regieanweisungen gegeben sind noch eine neoliberale Haltung des



Abb. 4: Istanbul; Foto: *Stefan Krämer*.

anything goes akzeptabel ist. Weder ein fest betoniertes Leitbild hilft weiter, noch ein bloßes muddling through, ein inkrementalistisches Sich-Durchwurschteln.

Nun könnte man vielleicht behaupten, dass doch längst eine Lösung gefunden sei. Und zwar mit dem Terminus von der ‚Europäischen Stadt‘. Dieser Begriff hat ja etwas Leitbildartiges. Er steht für die dichte, gemischte Stadt. Für die Überzeugung, dass dies die für die Zukunft geeignete Form sei, die Differenzen vermitteln, Konflikte handhabbar machen könnte. Dass sie die geeignete Antwort auf die ökologischen Herausforderungen sein könnte. Dass sie eine Form sein könnte, die der gemeinschaftlichen Orientierung an einem überwältigenden politischen Ideal dienen könnte: Nämlich einer toleranten, den freiheitlichen Werten verpflichteten Stadtgesellschaft. Und dass diese Stadt planbar ist.

Hier muss man freilich ein Fragezeichen setzen. Lange galt das Postulat: Architekten kümmern sich um die Häuser und Objekte einer Stadt, Planer um die technischen und – soweit planbar – gesellschaftlichen Grundlagen und darum, dass die Stadt „funktioniert“. So schafften die einen Grundlagen, sahen Infrastrukturen vor, zonierten den Stadtkörper und sorgten auf einer übergeordneten Ebene dafür, dass das Leiden, wie es ein renommierter Planer einmal in einem Kamingespräch gesagt hat, möglichst gleichmäßig verteilt wird. Parallel tobten Architekten sich in Form von Objekten aus, die in dem vorgegebenen Rahmen möglichst viel künstlerisches Ego zu Tage brachten. Zugegeben, ganz so drastisch ist es nicht, doch trotz aller Po-

lemik, so ganz anders auch wieder nicht. Vor allem aber fehlt im Alltag eine Bezugnahme auf das Leitbild der ‚Europäischen Stadt‘, die über bloße Rhetorik oder blumige Versprechungen hinausgeht.

Insofern ist die Frage naheliegend, ob der überwiegend in Fachkreisen mit einer gewissen Regelmäßigkeit erkennbar werdende Stolz auf unser Bild und unsere Wahrnehmung der Europäischen Stadt in vollem Umfang berechtigt ist, oder ob wir ihn nicht stärker hinterfragen müssen – im Sinne einer kritischen Selbstversicherung, nicht als billige Polemik. Der renommierte Stadtsoziologe Walter Siebel sieht in ihr eine einmalige Emanzipationsgeschichte, die Grundlage für die politische, ökonomische und soziale Emanzipation des Bürgertums. Im Ideal handelt es sich um eine gewachsene Stadt: Sie ist lebendig, tolerant, urban, manchmal auch kleinteilig; sie manifestiert sich in einem Wechselspiel des Nebeneinanders und Miteinanders, von Individualität und Mehrheit, von persönlichen Rechten und gesellschaftlichen Interessen (Jürg Sulzer).

Stimmt das eigentlich tatsächlich mit der Realität überein? Es sei hier nur auf die aktuelle Debatte um Wohnraum, Chancengleichheit und Teilhabeperspektiven verwiesen, als Beispiel für den beobachtbaren missing link zwischen Alltag und Leitbild und für eine immer wiederkehrende Ambivalenz in den Entwicklungen. Die bewusst herbeigeführte Stärkung der Wohnfunktion unserer Städte ist Teil unserer Idee von einer Europäischen Stadt und sie ist unverzichtbar, um das Ziel einer Annäherung der Sozialstrukturen von Kernstädten und Umlandgemeinden zu erreichen, mit den erhofften positiven Auswirkungen auf die Finanzsituation der Kernstädte. Aber zugleich müssen wir feststellen, dass es anders läuft als geplant, denn die neue Nachfrage nach dem Wohnen in der Stadt richtet sich häufig nur auf ausgesuchte Standorte mit hohen Lage-, Quartiers- und Umweltqualitäten. Sie verteilt sich nicht gleichmäßig, weder innerhalb der Städte noch zwischen verschiedenen Städten oder zwischen Städten und ihrem Umland.

In der Folge wird eine residenzielle Segregation – nach ökonomischen, sozialen, kulturellen, generativen oder ethnischen Kriterien – als Thema präsenter, als es nach unseren Vorstellungen und Zielen sein sollte. Zu oft überlagern sich dabei mehrere Merkmale und es kommt zu einer Kumulation von individuellen wie strukturellen Problemlagen. Die soziale Mischung – ein Kerngedanke unserer Orientierung – ist in vielen Städten stärker gefährdet als es der von Walter Siebel postulierten „Tradition der europäischen Stadt als einer sozialstaatlich regulierten Institution gesellschaftlicher Integration“ entspricht. Zugleich – auch hier mit Bezug auf Walter Siebel – gehört zu den wichtigsten Argumenten für die Überlebensfähigkeit der europäischen Stadt ihre Aufgabe und Funktion als Motor gesellschaftlicher Entwicklung. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist es notwendig, die Attraktivität der Innenstädte als Wohn- und Lebensort für hochqualifizierte Arbeitskräfte mit nicht-

familialen Lebensweisen zu stärken und die wachsende Bedeutung urbaner Milieus für wissensbasierte Ökonomien anzuerkennen.

Wir haben deshalb keine Alternative zu einer weiter fortschreitenden Re-Urbanisierung, aber wir können unsere Idee, unseren Plan nicht realisieren ohne ambivalente Entwicklungen. Oder doch? Wie lösen wir die zahlreichen Herausforderungen, die es in den kommenden Jahren zu bewältigen gilt, ohne dass sich dadurch ungewollte Effekte entwickeln oder verstärken können? Eher durch gute, grundsätzliche und integrierte Gesamtplanung oder durch vernetzte, herausragende Leuchtturmprojekte und die von ihnen ausstrahlenden Effekte und Impulse?

Die Tagung und die Beiträge²

Solchen und weiteren Fragen spürte die internationale Städtetagung am 8. und 9. Mai 2017 in Erfurt nach, die Forum Stadt e. V. gemeinsam mit der Wüstenrot Stiftung ausrichtete. Plan oder Projekt – das Thema betrifft Groß- und Kleinstädte sowie die ländlichen und suburbanen Räume. Viele Gründe lassen heute eine grundsätzliche und integrierte Gesamtplanung eher flüchtig erscheinen. Ambitionierte und langfristig angelegte Pläne kollidieren mit den gesellschaftspolitischen Realitäten und mit den Realisierungsbedingungen vor Ort. Doch sollte es nicht um ein Gegeneinander der Ansätze gehen, oder darum, alte Muster oder Theorien der Planung durch neue zu ersetzen. Vielmehr sollten Ansätze für ihre sinnvolle und intelligente Kombination diskutiert werden. Es ist wenig überraschend, dass eingangs die zentrale Frage darin lag, wie es denn tatsächlich um das Verhältnis von Plan und Projekt bestellt sei. Die Referenten und Diskutanten setzen dazu – wie zu erwarten – unterschiedliche Akzente:

Für *Jürgen Bruns-Berentelg* ist Stadtentwicklung ohne große Projekte heute gar nicht mehr denkbar. Sie verbinden Infrastruktur und Entwicklung und sind ein entscheidender Transmissionsriemen der künftigen Stadtpolitik, weil eine hierarchische und thematisch segmentierte Verwaltung diese weder formulieren noch gestalten könne. Eine „Projektifizierung“ im Sinne einer Fragmentierung der Stadtentwicklung befürchtet er nicht; zum einen weil viele Einzelvorhaben aus seiner Perspektive auch einen Gesamtplan darstellen und realisieren können und zum anderen, weil die zunächst geplante zeitliche Begrenzung von Projekten häufig nicht bindend ist. So blieben Entwicklungsgesellschaften oder andere Institutionen oft bestehen und laufen nach ersten Vorhaben weiter und große Einzelprojekte seien von Beginn an nicht von den übergeordneten Entwicklungsperspektiven entkoppelt: „Learning in projects remembering in concepts“.

2 Die im Folgenden erwähnten Vorträge von Jürgen Bruns-Berentelg und Cord Soehlke sind in diesem Heft nicht dokumentiert.

Paul Börsch ist von dieser Einschätzung nicht allzu weit entfernt, wenn er fragt, ob die Umsetzung von Planung überhaupt ohne Projekte möglich sei. Allerdings weist er darauf hin, dass sie einer Partitur im Hintergrund folgen sollte. Für ihn ergeben sich Fragen und Unsicherheiten eher aus der Tatsache, dass die „Halbwertszeit“ von Planung im Sinne von statistischen Prognosen, attestierten Rahmenbedingungen oder erwarteten Entwicklungen immer kürzer wird. Aus diesem Grund wird das Erkennen und Nutzen von „Zeitfenstern“ immer wichtiger ebenso wie eine Verabredung und Selbstbindung der Akteure in einer Stadt, die für Börsch zu einer spezifischen Eigenlogik der Städte führen kann.

Cordelia Polinna legt Wert auf die Einsicht, dass der Städtebau sich nicht länger allein auf die bekannten Attribute „robust-gemischt-gut gestaltet“ zurückziehen könne. Change Prozesse im Stadtbauen erfordern mehr als Pläne und Projektsteuerung, Innovation entsteht durch einen anderen Umgang mit (anderen, neuen) Akteuren (Bewohnern), der auf Augenhöhe erfolgen muss. Im Vordergrund müssen für Polinna die Menschen stehen, die die Stadt nutzen, und ein Dialog darüber, wie sie hier zusammenleben wollen. Hierfür brauche es Zeit und Orte, an denen Stadt mit geringem Risiko getestet und ausprobiert werden kann.

Daniela Brahm personifiziert eben diese Haltung, indem sie beispielhaft für eine aus der Warte der Nutzer die Initiative ergreifende, interventionistische Position steht. Zu der von ihr vertretenen offenen und profitfernen Form der Stadtentwicklung gehört selbstverständlich, dass es auch auf Seiten der Nutzerinnen und Nutzer vielfältige und unterschiedliche Partikularinteressen gibt. Sie können jedoch über einen gemeinsamen Ort und seine Nutzung gebündelt werden und damit aktiver Teil einer Gesamtperspektive der Stadtentwicklung sein. Ihr aus der Perspektive einer aktiven Beteiligung verfasster Beitrag fokussiert ein konkretes urbanes Umbauvorhaben: Das Gelände von ExRotaprint im Berliner Stadtteil Wedding. Er versteht sich darüber hinaus als ein Plädoyer für Bottom-Up-Projekte, durch die auch ohne expliziten Gesamtplan wichtige Ziele erreicht werden können, und die dazu beitragen, einen Konsens über die Inhalte und Qualitäten von Stadtentwicklung zu finden – und damit indirekt oder ungeplant zu einem Teil eines größeren Plans werden.

Daran knüpft auch **Hanno Rauterberg** an (der ursprünglich ebenfalls an der Tagung teilnehmen sollte), indem er sich auf die Rolle der Kunst im öffentlichen Raum bezieht. In einer durch digitale Techniken belebten und von dem Anspruch auf Selbstbestimmtheit geprägten Öffentlichkeit seien Planer und Architekten nötig, die offenen Sinns die Wechselspiele von Kunst und Stadt begleiten.

Konrad Hummel ist in seiner Analyse kritischer, wenn er skizziert, dass und wie sich in den Städten eine „Demokratiekrise“ offenbart, die jenseits von „Plan oder Projekt?“ existenzielle Fragen zur Zukunft der Städte aufwirft. Stadtplanung kann

aus seiner Sicht nur so erfolgreich sein, wie sie in die Demokratie integriert ist. Prekär sei insbesondere, dass die Temperatur der urbanen Prozesse aktuell steige, die Temperatur der Entscheidungsbildung aber im Kühlschrank bleibe. Stadtplanung und Stadtentwicklung trage unter diesen Umständen nicht zur Vertrauensbildung bei; zugleich nehme die Sichtbarkeit demokratischer Symbole und Institutionen im Stadtbild eher ab, und es stelle sich die Frage, wie es angesichts vieler Probleme und Herausforderungen gelingen könne, die Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen an unsere Demokratie zu binden. Die Stadt ist dafür eine wichtige Ebene und Bühne, weil hier viele gesellschaftliche Probleme zutage treten und wir als Gesellschaft deshalb auch hier Antworten finden müssen. Wie solche Antworten auf die von ihm so eindringlich skizzierte Demokratiekrise lauten könnten, versucht Hummel anhand zweier Beispiele aus Mannheim zu zeigen; sie sind nicht als Königsweg gedacht, sondern als Prozess zu verstehen, mit dem Ziel, zu einer neuen, ernsthaft verstandenen und glaubwürdigen Teilhabe zu gelangen.

Marta Doehler-Behzadi argumentiert, dass etwa die neuzeitlichen IBAs das Verhältnis von Programm und Projekt jeweils für sich ausloten, und dass beide Seiten wie ein DNA-Strang miteinander verwoben seien. Planung muss aus ihrer Sicht eigene Projekte entwickeln, um den Plan als solchen auch umsetzen zu können. Dabei reichen Orientierungen wie die städtische Stadt, das dörfliche Dorf oder die ländliche Landschaft nicht mehr aus. Doehler-Behzadi plädiert stattdessen für ein neues Verhältnis der unterschiedlichen Siedlungsräume, das es zu entwickeln gelte. In ihrem Beitrag akzentuiert sie zur Erläuterung dieses neuen Verständnisses die darauf bezogenen Ansätze der IBA Thüringen. Diese zielen weniger auf das Verhältnis zwischen einzelnen Projekten und einem übergeordneten Plan, sondern auf eine neue Interpretation des Verhältnisses von Stadt und Land. Vor diesem Hintergrund kann das von ihr aufgerufene Reallabor ein beispielhafter Ansatz für eine Strategie im Diskurs zwischen Plan und Projekt sein.

Cord Soehlke hält die Trennung zwischen Plan und Projekten für willkürlich und verwendet den Begriff der (kommunalen) Strategie, die versucht, die große Vielfalt und Eigendynamik sehr unterschiedlicher Einzelprojekte immer wieder in eine konsistente Gesamtplanung einzubinden. Vergleichbar Doehler-Behzadi argumentiert er dafür, dass die Stadt auch die Aufgabe der Projektentwicklung übernimmt. Positive Erfahrungen, die in einer Stadt mit Kriterien und Verfahren gewonnen wurden, können auf neue Aufgaben und Herausforderungen übertragen werden. Daraus entwickelt sich dann gegebenenfalls die von Paul Börsch ebenfalls angesprochene Eigenlogik einer Stadt.

Gregor Langenbrinck argumentiert in die gleiche Richtung, wenn er darauf verweist, wie wichtig es ist, eine Haltung im Umgang mit den Aufgaben und Projekten in der Stadtentwicklung zu pflegen. Oft gehe es dabei weniger um das Erfinden von

Neuem, sondern um eine Kultivierung und Weiterentwicklung von etwas Bewährtem. Allzu häufig sähen viele Akteure mögliche Unvorhersehbarkeiten eher als Behinderung eines eigentlich kalkulierten Prozesses, stattdessen sei es erforderlich, dass auch die Profis endlich die Komfortzone der überlieferten Sicherheiten verlassen.

Mit diesen unterschiedlichen Positionen und Einschätzungen kann die Frage nach Plan oder Projekt nicht abschließend beantwortet werden. Vielleicht aber ist sie auch gar nicht entscheidend. Zumal Urbanität, wie es der Soziologe Hartmut Häußermann einmal formulierte, „nicht das Ergebnis bewusster planerischer Entscheidung ist, sondern das Ergebnis einer Entwicklung, an der eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure, Interessen und Initiativen usw. beteiligt sind. In diesem vielschichtigen Prozess entsteht, wenn es gut geht, ein urbaner Ort. Planung behindert solche Prozesse eher, als dass sie diese befördert.“ Doch dieses Verdikt ist weniger vernichtend als es klingt; durch den Kontext wird klar, dass keineswegs die Daseinsberechtigung von Planung in Zweifel gezogen wird. Will sie aber ihre Rolle als steuernde Instanz zurückerlangen, muss die Improvisation – die im Kleinen durchaus Sinn macht – durch ein stabiles Konstrukt gestützt und in eine ganzheitliche Strategie eingebettet werden. Dabei kommt insbesondere der Frage, wie dabei immanente, bisher vielleicht kaum beachtete soziale und situative Qualitäten freigesetzt und für eine nachhaltige Konzeption der Stadt fruchtbar gemacht werden können, eine entscheidende Bedeutung zu.

Es heißt, wir leben in Zeiten ohne Codex, ohne verbindliche Konventionen. Hatte sich einst das Stadtbürgertum noch ehrfürchtig um bauliche Repräsentation, um Hierarchie und stadträumliche Ordnung gesorgt und klar zwischen hoher Kunst und Schund unterschieden, so bietet sich nun die Stadt als zerlöcherter Flickenteppich von dispersen Stadtbausteinen und Teilöffentlichkeiten dar, als Pluriversum der Filterblasen und prinzipiell gleichwertiger Einzelpräferenzen. Doch wer weiß, vielleicht verhält es sich mit dem Urbanen heute wie mit der Karte in Jorge Luis Borges' berühmter Fabel „Del rigor en la ciencia“ (Über die Genauigkeit von Wissenschaft). Da fertigen die Kartografen eines Imperiums eine Karte an, die derart exakt und umfassend ist, dass sie schließlich die Größe des repräsentierten Gebiets erreicht und Punkt für Punkt mit ihm zusammenfällt. In Zeiten von Globalisierung, Hybridisierung und Vernetzung ähnelt die Stadt tatsächlich dieser Karte. Mitnichten ist sie obsolet, wie oft behauptet wird. Vielmehr sieht man den Kanon vor lauter Kanon nicht. Allerorten wird daran gearbeitet, ihn noch repräsentativer, noch umfassender, noch größer zu machen, auf dass er der Realität nicht nur gerecht, sondern selbst Realität werde. Insbesondere die verführerischen Großerzählungen um „die schöne Stadt“ haben seit etwa einem Jahrhundert dazu beigetragen, den Kanon zu einer solchen Borges'schen Karte umzugestalten.



Abb. 5: Modell / Plan eines neuen Stadtteils; Foto: *Stefan Krämer*.

Trotz der Vielzahl unterschiedlicher Positionen, Schattierungen und Argumente bleibt am Ende doch so etwas wie eine gemeinsame Annäherung an das Thema: Zum einen helfen heute ausformulierte, festgefügte Stadtvisionen nicht weiter. Denn deren Gebrauchswert, das lehrt die Geschichte, war immer dadurch beschränkt, dass mit ihr die Zeit ausgeschaltet wurde; der Wandel war stets zu wenig mitgedacht. Urbane Utopien waren nie als Prozess gedacht, nie beseelt von nichtlinearer Dynamik. Und die technokratischen Visionen der Spezialisten, ihre Hilfsmittel, mit denen sie hofften, die Stadtkrise zu überwinden, zeigten bloß ihre Begrenztheit. Welchen Grund gibt es zu glauben, dass dies sich bei den heutigen Projektionen anders verhielte? Zum anderen, und dem nicht widersprechend, ist und bleibt Stadtentwicklung eine komplizierte Angelegenheit mit vielen Wechselwirkungen und Rückkopplungseffekten. Es gibt diesbezüglich nicht nur „eine“ Sichtweise und nicht nur „eine“ richtige Entwicklung. Nicht alles, was möglich ist, ist auch realistisch. Nicht alles, was wahrnehmbar ist, ist zweifelsfrei. Und nicht alles was machbar ist, ist auch wünschenswert.

Berlin / Ludwigsburg / Esslingen, April 2018

Robert Kaltenbrunner, Stefan Krämer

Das Beben des Urbanen – oder lässt sich Stadt noch planen?

Identität ist nichts, was einfach so zu haben wäre. Dazu zwei Streiflichter: „Mein Name ist Hazan Kazan. In Berlin nennen mich einige Hansi. Meine Eltern konnten damals noch nicht ahnen, dass uns Jahre später die Leute Kanacken hier und Almancis dort nennen würden. Egal [...] ich war ein Kreuzberger.“¹ Letztlich dreht und wendet sich diese deutsch-türkische Biografie um eine Stadt. Um ihre Stadt. „Ich war alleine in einer fremden Stadt, wo ich mich nach meinen Freunden sehnte, von denen ich wollte, dass sie mich missverstehen und weshalb ich das wollte, das konnte ich nicht nachvollziehen. ‚Komm nach Hause!‘ ‚Deutschland? Zu Hause?‘ ‚Ich spreche nicht von Deutschland. Ich meine Frankfurt, Gallus“.² Eine Aserbeidschanerin, die sich nach deutscher Einbürgerung nach Israel „verirrt“ hat, sucht ihre Heimat in einer Stadt, zu der sie nun gehört.

In unseren Städten herrscht eine ungeheure Heterogenität. Gleichzeitig auch eine Dichte, Einheit und Struktur: Mit diesen vier Merkmalen beschreibt Uwe Prell, interkulturell gültig, das Wesen der Stadt.³ In der die Explosionen der Welt, ihre Völkerwanderungen, ethnischen Konflikte, Altersentwicklungen, die ökologischen Krisen, ökonomisch-globalen Produktions- und Kapitalwanderungen – also gleichsam das „unterirdische Beben“ – aufgefangen, integriert, kanalisiert werden.

Das Beben der Welt erschüttert die Städte an vielen Stellen, Orten und Zeitpunkten. Lässt in ihnen Gewichte verschieben. Akteure tauchen auf und wieder ab. Kriege und gnadenlose Modernisierungen, wie die schneisenschlagenden Autoringe nach dem Zweiten Weltkrieg, machen Städte platt und verwandeln ihr Angesicht. Die Menschen formen es neu. Von Gravitationsfeldern spricht ein Positionspapier der Wüstenrot Stiftung, auf denen die Einflussfaktoren neu abgesteckt werden. Wenn Stadt gestaltet, weiter gestaltet werden soll, muss – in der Sprache Humboldts – die kleine Welt der Städte ständig virtuell neu vermessen werden.

1 Y. Kara, *Selam Berlin*, Zürich 2003, S. 5.

2 O. Grjasnowa, *Der Russe ist einer, der Birken liebt*, München 2012, S. 223.

3 U. Prell, *Die Stadt: Zwölf Sprachen – fünf Bedeutungen*, Budrich 2017.

Wer oder was wirkt aktuell ein? Unlängst sind etwa eine Million Flüchtlinge in nur zwölf Monaten gekommen. Und mit ihnen Bundesbehörden, die Orte beanspruchen, Hilfsdienste, die ihren Platz demonstrieren, Nachbarn, die sich versetzt fühlen, obwohl ihr Haus sich keinen Zentimeter bewegt hat. Immer wieder reißen Menschen aus diesem Dilemma aus, wollen nicht nur gebaute Geschichte und erlittene Welt und ihr Beben aushalten, sondern „neu bauen“. Sie entwerfen Städte am Reißbrett.

Die Quadratestadt Mannheim wurde 1606 höchst rational – einfach nach Alphabet im Uhrzeigersinne vom Schloss her geordnet – entworfen. Sie wurde viermal zerstört und viermal in gleicher Weise wieder aufgebaut. Brasilia als Hauptstadt wurde mitten im Dschungel in der geographischen Mitte des Landes entworfen. China bewältigt seine Landflucht, indem es Millionenstädte vom Reißbrett – bzw. am Computer westlicher Planer und Architekten entworfen – hochzieht. Hier beben keine Städte „unter ihrem Pflasterstrand“, hier beben „nur“ die Bagger und Computer. Die Stadt selbst wird smart city, durchdigitalisiert, vermeintlich energieeffizient, vor allem aber steuerbar. Die Beben werden „berechnet“.

Adrian Lobe zitiert verschiedene Wissenschaftler, nach deren Auffassung sich vieles ändert, und zwar, je nach Interessenlage, positiv oder negativ: „Der Stadtbewohner wird besser verstanden als ein urbaner Cyborg, einer der nicht in der Stadt lebt, sondern Teil der Stadt ist. [...] wird der Bürger zum chip, zum Prozessor, bekommt er seine elektronische Karte zum Verlassen der Stadt, während sich sein Kühlschrank automatisch füllt und die Heizung sich senkt. [...] ständig im Videoblick irgendwelcher Firmen [...] weil die Bürger dann wie Kinder behandelt werden, gefütterte Icons des urbanen Lebens.“⁴ So hätte Planung endlich wieder einen Vorsprung vor dem realen Leben. Das Beben wird kontrolliert.

Indes, die globalen Entwicklungen überrollen die Städte und durchdringen sogar auf der Mikroebene der Straßensauberkeit, der Klassenzimmer oder der Arbeitsämter und Wirtschaftsförderer die urbanen Strukturen. Bisher ist darauf keine angemessene stadtplanerische Antwort gefunden worden. Die Ökonomisierung und Globalisierung, der technologisch-digitale Wandel verändern unsere urbanen Industriegebiete und die Dienstleister gründlich, die Arbeitsplätze der Städter verschieben sich, es wird gependelt, zugleich werden die Bahnhöfe entwertet. Mobilität auf allen Ebenen, Gewerbesteuerzahler verschwinden oder siedeln sich neu an, ohne jede Bürgerbeteiligung. Globale Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen kommen in die städtische Wohnungspolitik ohne Vorwarnung und Entwicklungszeit. Wenn deutsch-türkische Jugendliche einer autoritären Erdogan'schen

4 A. Lobe, Die Stadt wird zum Computer, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.11.2017.

Politik folgen, wenn Kämpfe zwischen Afghanen und Irakern die Ortspolizei beschäftigen, kann die Kommunalpolitik bestenfalls reagieren. Die finanzielle Einnahmesituation der Städte bleibt so klamm, dass Alltagsdienste kommerzialisiert sein müssen. Fehlalarme oder Müllsondertransporte werden dem Einzelnen finanziell zur Last gelegt. Die Reinigung wird an Drittfirmen vergeben, die dann zwar durchkalkuliert, aber selten zufriedenstellend sauber erfolgt. Und die Schlaglöcher im Arbeiterviertel bleiben lange unsaniert, weil inzwischen die Kindergärten so viel kosten.

Wieviel Vertrauen kann ich in eine staatliche Struktur haben, die selbst ohnmächtig erscheint, getrieben und klagend? Wie gut verstehe ich, dass viel Geld für Zukunftsprojekte in die Hand genommen werden muss, während mein urbaner Alltag unter Kürzungen leidet? Kann ich nachvollziehen, dass die Kommunen inzwischen alles Mögliche kulturell fördern, aber immer mehr Akteure klagen, dass sie nicht genug Geld von der Stadt bekommen? Die Zeichen sind schnell wechselnd und verwirrend, ungeachtet dessen sind die Haushaltspläne statisch, und die Bauungspläne brauchen mindestens zwei Jahre bis zu ihrer Verabschiedung. Die Bürgerämter sind dienstleistungseffizient geworden, aber die Beteiligungsverfahren unendlich kompliziert.

Hier setzt eine doppelte Krise an – die der Städteplanung und die der Demokratie. Letztere haben wir begreifen gelernt als ein Mehrheitssystem mit rechtstaatlichen Säulen der Gewaltenteilung, mit Bürgerbeteiligung und repräsentativen Vertretern und Parteien. Die Demokratie lebt letztlich davon, dass das Vertrauen und die Kritikfähigkeit funktionieren: Vertrauen in die Vertreter und Kritikfähigkeit bei Wahlen und friedlichen Machtwechseln. In Befragungen ist die Zufriedenheit mit der Demokratie groß, das Vertrauen aber sehr weit gesunken. Anlässe für Vertrauenseinbußen gibt es durchaus, was aber hat das zur Folge?

Die kommunale Wahlbeteiligung ist gesunken, oft unter 50%; in Brennpunktgebieten gar auf weniger als ein Viertel der Wahlberechtigten. Und nun eröffnet sich, seit kurzem und in ganz Europa, zudem ein weites Feld rechtspopulistischer Parteien, die mehr sind als Protestparteien. Sie stellen entscheidende Grundlagen unserer Demokratie ihrerseits in Frage, für sie sind alle Vertreter korrupte Eliten. In den Kommunen bedeutet es heute – und das wirkt fast schizophren –, dass man zwar Verwaltungshandeln weitgehend als Dienstleistung (gut) akzeptiert hat, aber die Kommunalpolitiker als ignorant, die Chefs und Bürgermeister als doof und korrupt empfindet. Entsprechend ist der Ton auch in Bürgerversammlungen sehr viel rauer geworden. Natürlich hat es im Kern der Wählervereinigungen – rund um Freie Wähler, um Pro Köln oder Pro Augsburg und ähnliche Listen – schon immer ein bizarres Sammelsurium unabhängiger kluger Köpfe und dezidierter Stadtneurotiker gegeben, deren kleinster Nenner zumeist darin bestand, die Stadt solle

(Steuergelder) sparen, aber alle Straßen in Schuss halten. Alles, nur nicht soziale Gerechtigkeitspolitik vor Ort. Doch die Dimension ist neu.

Für Investoren sinkt die Verlässlichkeit der Stadtplanung. Selbst wenn ein Beteiligungsprozess zu gelingen scheint, sind in der Regel die Falschen beteiligt. Die politische Partizipation tendiert bei jüngeren Migranten und sozial Schwächeren gegen Null, die der Aktivienseniorengeneration hingegen erreicht 80%. Die Bedenken sind vorsortiert. Gewählte Vertreter reagieren darauf und fürchten Wahlen, Hinterbänkler instrumentalisieren Bürgerentscheide für ihre Zwecke. Gemeinderäte halten nicht mehr unbedingt ihrer Planungsabteilung die Treue, sondern schielen nach des Bürgers lauter Meinung.⁵ Wertebefragungen ergeben in allen westlichen Demokratien innere Auflösungserscheinungen. Danach können sich auch in Deutschland knapp 40% andere Regierungsformen vorstellen als die repräsentative Demokratie.

Diese Rahmenbedingungen sind für grundlegende Stadtplanung und Entwicklung schwierig genug. Gleichwohl – oder gerade deshalb – müssen sich Urbanismus und Städtebau die Frage gefallen lassen, was sie im Kern ausmacht, wie sie eingesetzt werden, was sie bewirken können. Wo trägt Stadtplanung dazu bei, dass Demokratie vertrauensvoll wächst, wo sind Entwicklungsprozesse Aufforderungen an Bürgerschaft und Unternehmen, selbst Hand anzulegen, mitzudenken und zu investieren? Wo wird Stadtentwicklung zum „learning by doing“, zum „work in process“, zum kooperativen Weg, der weniger workshops kennt, dafür mehr transparente Umsetzungsverhandlungen?

Wo hat Stadtplanung – außer in Einkaufszentren und Malls – Orte, in denen Jugendliche gerne „rumhängen“, geschaffen; Orte der öffentlichen Begegnung, gerade an den Schnittstellen zu den sogenannten Problemquartieren? Wo sind Licht, Beleuchtung, transparente Stadtecken in der Sicherheitsplanung von Anfang an dabei? Wo geht man flexibel mit Straßencafés und Außenbestuhlung um, um den so wichtigen öffentlichen Straßenraum zur Auffangzone zu machen? Immer wieder also stößt man auf die Frage: Was bedeutet Stadtplanung und Stadtentwicklung heute?

5 „Hierzu ein Beispiel: Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft möchte auf eigenem Grundstück im Umfeld von eigenen Bestandshäusern in dem 100 mal 100 Meter messenden Innenbereich eine sogenannte Nachverdichtung realisieren. Es geht um insgesamt 250 Wohnungen. Man organisiert einen Architektenwettbewerb. Es gibt einen Gewinner. Man will die Anwohner informieren und beteiligen. Es kommt zu einer tumultartigen Anwohnerversammlung mit wüsten Beschimpfungen auf die planenden Architekten. Die anwesenden Lokalpolitiker nehmen den Ball auf und versprechen, dass sie alles Erdenkliche tun werden, um das Bauvorhaben an diesem Ort zu verhindern!“ Vgl. A. R. Becker, Schluss mit Stillstand! In Berlin kommen viele Wohnungsbauprojekte nur langsam voran, weil die Landespolitik unentschlossen handelt. Ein Gastbeitrag, in: Der Tagesspiegel, 25.07.2017.

Die Integrationskraft der alten Städte mit europäischen Eckpunkten (Rathaus, Kirche, Marktplatz, Gewerkschaften, Marktwirtschaft, Sozialstaat) reicht nicht mehr aus. Die Bindungskräfte in der einheimischen Bevölkerung haben nachgelassen. In der Innenstadt wohnt auch nicht unbedingt der Geschäftsführer und Amtsleiter – der wohnt womöglich im grünen Vorort. Die Lebensmilieus zwischen Traditionalisten und hedonistischen Hipstern in der deutschen Stadtgesellschaft sind voneinander oft weiter entfernt als zwischen einem traditionellen Katholiken und einem zugewanderten Muslim. Neben der Mobilität mittelständischer Gruppen tut die fortschreitende Individualisierung ein Übriges, so dass etwa für das Vereinswesen vor Ort die Gefolgschaft fehlt. Selbst medial vermitteltes Commitment (alle bekommen die nationalen Nachrichtenmeldungen und Werbeprodukte mit) reicht nicht aus, um ein gemeinsames Umfeld zu schaffen, in dem Kinder- und Jugenderziehung integrationseffektiv ist. Folgerichtig nimmt der Trend zu Privatschulen zu.

Der Teufelskreis einer Entwertung integrierender Institutionen ist längst im Gang. Zu den Erkenntnissen der Psychologie und Ethnografie gehört, dass der Einzelne nicht primär auf Tatsachen, auf Fakten, sondern auf seine Gefühle, seine Empfindung und Übertragung in einem fremd gewordenen Umfeld reagiert. Die deutsche Debatte um Leitkultur und Parallelgesellschaften,⁶ in der man sich – etwa mit Blick auf China Town oder das bewunderte Little Italy in New York – allmählich anfreundete mit Parallelquartieren, ist überholt. Es wandern keine eindeutigen nationalen Ethnien ein, sondern deren gesamte, komplizierte Innenpolitik: Türkisch kann heißen Erdogan, Gülen, Kurden, Aleviten. Rumänien kann heißen: Akademiker, Donauschwaben, Sinti, Roma. Nahost kann bedeuten: muslimische oder nicht muslimische Araber etc. Der darüber gezogene soziale Frieden ist dünn in unseren Städten.

Wie soll der Stadtbewohner reagieren, wenn neben ihm 50% der Mitschüler Migranten sind und deren Gefühle und Gebräuche an Weihnachten, Ramadan und Yom Kippur verschiedene sind? Kein Problem in einer toleranten Vielfaltsgesellschaft? Und im städtischen Raum? Wenn man das Stichwort ‚Leitkultur‘ bemüht, stellt sich die Frage, ob eine normative Debatte so ohne weiteres auf die „Ebenen des lokalen Raumes“ übertragbar wäre. Ist es dort einfacher, weil die Menschen sich nachbarschaftlich kennen? Oder ist es, im Gegenteil, schwieriger, weil mehr dranhängt, weil es dort konkret wird in Kleidung, Platzgestaltung, Lautstärke im öffentlichen Raum. Wie war das noch mit dem Pinienkerne spucken und dem Kirchenglocken läuten? Die integrierenden Großprojekte stehen ja ihrerseits selbst in

6 Maßgeblich geprägt u.a. vom verstorbenen Stadtsoziologen Hartmut Häußermann.



Abb. 1: Im Mannheimer Vielfaltquartier Neckarstadt transformieren junge Hedonisten Gesundheitsappelle in Fun-Botschaften um; Foto: K. Hummel.



Abb. 2: Im Mannheimer Hafenviertel okkupieren Kreativgraffitti-Aktivisten ein leerstehendes Haus als Botschaft; Foto: K. Hummel.

der Gefahr, nicht realisiert zu werden. Bürgerbegehren und Initiativen zuhauf sorgen dafür, dass weder Tempelhof Wohnungen bekommt noch Stuttgart21 einen „normalen“ Bahnhof ergibt, dass Olympia in Hamburg nicht alle Gruppen zusammen mobilisieren kann. Und die Berliner Flughäfen ruinieren sich selbst.

Doug Saunders weist auf weitere Paradoxa in der Stadtplanungswirklichkeit hin: „Die meisten städtischen Verantwortlichen waren bis vor kurzem der Ansicht, ein beengtes dichtes Zusammenwohnen und ein allgemeines Durcheinander seien die größte Bedrohungen der Armen. Eine Bauweise mit geringer Nutzungsintensität galt als entscheidend für die Herausbildung eines guten Zusammenwohnens. Die Lösung war für viele Städte mit einer strikten Zonierung verbunden, einer Trennung der Nutzungsarten. [...] Städte streng nach Wohn-Geschäfts- und Leicht-industriebereiche zu unterteilen [...], aber die erfolgreichsten Stadtviertel der Welt fallen weder durch eine geringe Nutzungsdichte noch durch ausgeprägte Zonie-

rung auf: Die besten Teile von Manhattan, die Londoner Stadtteile Kensington und Chelsea, das 6. und 7. Arrondissement von Paris [...] sind Bezirke mit hoher Nutzungsdichte und einer starken Mischung.“⁷ Selbst wenn man den Kanadier Saunders auf die Charta von Athen und die neuesten Bürgerbeteiligungen hinweisen wollte, bleibt der Tatbestand, dass Klischees – Vorurteile über Menschen und Kulturen – Städte eher schlechter gemacht haben und dem „Beben“ nicht gerecht werden, ja, die Integrationsfunktion der Stadt sogar erschweren.

Das Unwohlgefühl der Bürgerbeteiligung beginnt ja nicht bei der Veranstaltungsmethodik, sondern beim Gefühl der Menschen, dass da etwas nicht zusammenpasst. Dass aus Fehlplanungen, Bauruinen, Gettos und Gentrifizierung, dass aus all dem Neid, Hass und Wut erwächst. Stress und Angst in Städten können, wie die Vulkanschote der Beben, irrational erodieren, ausbrechen. Zygmunt Baumann hat schon sehr einfühlsam das Paradox beschrieben, dass die ursprünglichen Orte der Sicherheit und Freiheit zu Angstorten werden können, wo aus Fremden Feinde werden. Manfred Rosso widmet dem Stress in den Städten in „Projekt Stadt“ ein ausführliches Kapitel.

Die maximale Stress Cooperation (MSC) bedeutet, dass der Wutausbruch nicht mehr vom Kopf gesteuert wird, sondern vergleichbar dem Kriegsmodus („street battle“ ist ja ein Ausdruck der schwarzen Gettotänzer) sofort körperlich beantwortet wird, mit voller Kraft. Dieses Phänomen beobachtet die Polizei in U-Bahnen, Fußballstadien und Demonstrationen seit Jahren zunehmend. Die kriegsbelasteten Städte Belfast, Sarajewo oder Detroit hinterlassen uns ein bitteres Erbe. Doch auch wenn Zechen geschlossen werden oder Konzerne wegziehen, bleibt „verbrannte Erde“. Ähnliches mag auch schon, im kleineren Maßstab, der soeben geschlossene EDEKA-Markt bewirken. Worin besteht denn hier deren Stadtplanung und Bürgerbeteiligung?

Eine weitere Herausforderung – neben Ökonomisierung, Globalisierung und Heterogenität – ist diejenige, basale Lebensgrundlagen der Stadt wieder stärker in die Planung einzubeziehen. Was vor etwa 120 Jahren die Themen Hygiene, Abwasser und Elektrifizierung waren, das sind heute Energiewende, CO₂ Reduzierung, Anpassung an den Klimawandel, aber auch inklusive Anforderungen. Hier ist der Druck groß, internationalen Standards gerecht zu werden. Bisher kamen im Lande der Autoindustrie, der großen Behinderteneinrichtungen und der üppigen Energieangebote kaum Bedürfnisse und Forderungen von unten und von innen. Vielmehr formuliert sie der Gesetzgeber, wobei sie gleichsam auf ganz leisen Sohlen daherkommen, sehr bürokratisch, als Verordnungen, wie etwa die Baumschutzver-

7 D. Saunders, *Arrival City*, Büchergilde 2011, S. 485.

ordnung oder die Energiedämmwerte. Mit der sicheren Folge, dass es viele nervt und erneut spaltet in ‚Ökos‘ und andere, oder ‚Sozialos‘ und andere. Barrierefreiheit wird gesetzlich geregelt, erfordert aber in alten Städten sehr viel Feingefühl und Intuition im Sinne des genauen Hinschauens und gelegentlich pragmatisch-spontanen Handelns. Noch mehr gilt dies für ambulante Wohngruppen, die die stationäre Heimunterbringung ablösen sollen. Ähnlich der ‚Ambulantisierung‘ des Gebärens, Pflagens und Sterbens ist hier kein Gesamtplan gefordert, der zu Verantwortungszuweisungen führen würde, sondern eine hochflexible Planung der Bereithaltung, Passung, Verschiebung, Mischung, Versuch und Irrtum. Es geht um eine Haltung und eine Wertorientierung, die mit viel Ausgewogenheit und Balance ausgehandelt werden muss. In der Regel ist Entbürokratisierung, zugleich Ermöglichung (enabling, empowerment) gefragt – die veränderten Lärmschutzregelungen für Kinderspielplätze waren ein pragmatischer Versuch, ohne Grundsatzdebatte um Lärmemissionen kleine Freiräume zu schaffen.

Soziale Gerechtigkeit in den Städten neu erlebbar zu machen ist entscheidend, weil dies die Sollbruchstelle des Sozialstaats, ja der Demokratie schlechthin markiert. Der Sozialstaat hat dem sozialen Wohnungsbau eine feste Ecke eingeräumt mit fatalen Wohnblockfolgen, er hat Flüchtlingen komplizierte Erst-, Zweit- und Zwischenunterbringungsstrukturen aufgenötigt mit der Folge, dass nirgendwo die notwendige Ruhe zur Integration herrscht. Der Sozialstaat hat bargeldlose Leistungen geschaffen und unterstützt Träger bei Tafelprojekten, so dass inzwischen Schlangen vor Secondhand-Läden und Tafeln stehen, statt in Gemeinschaftsformen zu essen oder Selbsthilfe zu ermöglichen. Er hat Heime wachsen lassen, die er jetzt zwar durch Ambulantisierung einengen will, die aber inzwischen unser Bild vom Ort der Hochbetagten prägen. Stadtplanung muss ausführen, was empirische Sozialplanung nur in Ziffern beschreibt. Auf so und so viel Bewohner muss ein klassischer Kindergarten gebaut werden. Wie originell hingegen waren etwa viele Kinderladen-Lösungen, eingestreut in Berliner Altbauviertel, weil es zu mehr nicht gerecht hat.

Es gibt bisher zu wenig erfolgreiche Beispiele, wie dies alles in Zukunft sehr viel inklusiver gestaltet werden kann. Dennoch ist es eminent wichtig, eine Erscheinungsform zu finden, in der Integrationsbetriebe überlebensfähig sind, die „normal“ daherkommen und Behinderte beschäftigen oder Migrantinnen, die ihr Geschäft gründen ohne steuerliche Tricks. Die Bemühungen um Barrierefreiheit im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel sind überfällig, nicht mehr nur wegen der Rollstuhlfahrer, sondern der ganzen urbanen mobilen Kleinrevolution der Kinderwagen, Rollatoren, Skater, Radfahrer. Die soziale Diversität hat längst eingesetzt und kann, wenn sie denn gelingt, Zusammenhalt stärker erfahrbar machen als alle Leistungsgesetze das vermögen.



Abb. 3: Die Außenwand der Polizeistation der Neckarstadt wird zum Kunstwerk „der Schläfer“; Foto: K. Hummel.



Abb. 4: Schülerinnen der Neckarschule entreißen dem Un-platz ein Stück „school gardening“; Foto: K. Hummel.

Intuitiv sollten Städte und/oder Quartiere viel mehr Handlungsmöglichkeiten des Zusammenhalts bieten, nicht nur daran appellieren. Urban Gardening gehört als ein Aspekt in diesen Kontext. Denn es geht darum, die öffentlichen Institutionen viel mehr in den Mittelpunkt zu rücken – auch architektonisch oder städtebaulich –, statt sie als Dienstleistungsbauten verschwinden zu lassen. Es geht um Selbsthilfeelemente, differenzierte Wertschätzung, es geht um ein gekonntes Gleichgewicht zwischen Fördern und Fordern, zwischen Härte und Unterstützung. Das empfehlen bereits beachtenswerte englische Studien zu Armut- und Vielfaltsquartieren („what works in community cohesion“ oder die „islington commission“),⁸ ohne dass sie in deutschen Brennpunktprojekten wirklich rezipiert werden. Hier geht es immer noch zuerst um mehr soziale Mittel, mehr Beratung und Verstehen, mehr Ordnung und Unauffälligkeit.

Es scheint, als habe deutsche Stadtentwicklung bzw. Stadtplanung hier einen blinden Fleck: Sozialstaat und Träger kümmern sich um das fürsorgliche Miteinander; den Rest – den Alltag, das Normale – sollen dann die Anderen machen. Die Dienstleistung des Sozialen ist aber nur ein Teil des gesellschaftlich-öffentlichen Umgangs miteinander (der erweiterte Sinn von sozial) in urbaner Vielfalt, das durchaus gewissen Gesetzmäßigkeiten, Regeln und ethnologischen Besonderheiten folgt. Der Rückgriff auf die Geschichte europäischer Stadtplanung kann hier sehr hilfreich sein.

⁸ Vgl. [www.tedcandle.co.uk/commission on integration and cohesion\(CIC 2007\); www.islington.gov.uk](http://www.tedcandle.co.uk/commission%20on%20integration%20and%20cohesion(CIC%202007);%20www.islington.gov.uk) [02.03.2018].

Das Leitbild der arrivierten Stadtplanung kreiste im Prinzip immer um die „europäische Stadt“; sie ist seit der italienischen Renaissance die lebenswerte, die geschichtsbewusste Stadt, die vom Ideal der Agora, des Athener Marktplatzes, dem Platz der Stadtteilwettkämpfe in Siena geprägt ist, dem Machtgleichgewicht von Kirche und Rathaus, insbesondere dem Gleichgewicht von Bürgern, Arbeitern, Handwerkern, Unternehmern. Dieses bis heute spürbare Spiel der Kräfte ist als Rollenspiel in der heterogenen Stadt durchaus wichtig. Zumal die lokale Demokratie sehr viel älter ist als die Nationalstaaten. Dieses Geflecht an Spielregeln, Ständen und Ritualen (z. B. lokale Feier- oder Festtage), das sich durchaus in Identifikationen von Brot&Spielen wiederfindet (Opel Rüsselsheim, Borussia Dortmund), greift allein aber für die tatsächlichen Anforderungen – nämlich globaler, inklusiver und diverser Städte – zu kurz. Der US-Soziologe Benjamin Barber hat versucht, dies offensiv zu wenden, indem er die Bürgermeister der Metropolen für die eigentlichen Problemlöser des 21. Jahrhunderts hält, nicht die Staatenlenker.⁹ In der Konsequenz würde das für die Stadtplanung bedeuten, Antworten zu finden auf globale Unternehmen, auf Datenaustausch, Flüchtlingsströme, auf sozial große Unterschiede und Migrantenkulturen.

Wie lässt sich ein Leitbild der inklusiven Diversitätsstadt formulieren, einer Stadt der Vielfältigkeit, die durch die Wertschätzung der Unterschiedlichkeit gewinnt, statt sich in Angst zu verlieren. Inklusion bekommt eine offensive Bedeutung. Mit anderen Worten: Es geht nicht darum, mehr Menschen „stärker“ zu integrieren, sondern auszuloten, wo in ihrer Unterschiedlichkeit das Gemeinsame bestehen könnte. Wenn dies nicht als idealistisches Panorama formuliert wird, dann erfordert es Verständigungsprozesse, die sich auch im bebauten Raum ausdrücken müssen. Die Normen müssen klarer sein, aber auch klarer sanktioniert werden.

Und es bedarf eindeutiger Auslegungen von Grund- und Menschenrechten (Frauen/Bildung etc.). In der europäischen Demokratie haben wir gelernt, dass dies lebendige Institutionen und handfeste Regeln einschließt. Wir lernen im interreligiösen Dialog, dass es eine wertschätzende, nicht ökonomische Antwort auf das Miteinander und das eigene Tun bedeutet. Die bei uns derzeit „schwächelnden“ Institutionen – weil finanziell ausgeblutet oder privatisiert – werden in der globalen Stadt immer wichtiger. Neben den bekannten und arrivierten, wie etwa Polizei oder Schule, können auch Wohnbaugesellschaften oder Stadtwerke zentrale Inklusionsmotoren darstellen.

Dem Bekenntnis zu Institutionen steht das ökonomische Nutzenkalkül des Einzelnen gegenüber. Nach dem Motto: Was kostet mich das? Was schert mich Ge-

9 B. Barber, *If Mayors Ruled the World. Dysfunctional Nations, Rising Cities*, Yale University Press 2014.

meinwohl? Die Wohnortwahl, der Umgang auf der Straße, wohin ich mich bewege, was ich alles im Netz erledige, ja sogar, ob sich das Risiko von Strafzettel oder das Parkhaus eher lohnt: all das wird finanziell abgewogen. Wir haben gelernt, nach dem Nutzen und nach eigenen Tauschmöglichkeiten zu fragen. Wer sich mit dem sozialen Miteinander beschäftigt, kann sich nicht darauf verlassen, dass aus Nähe Hilfsbereitschaft erwächst, dass daraus weniger Geldmarktgeschäfte resultieren (Drogen lassen grüßen). Er kann sich nur darauf verlassen, dass räumliche Nähe mehr Kontrolle, Wiederbegegnung, Niedrigschwelligkeit, Moral und Ehre mit sich bringt. Sozialräumliche Wirksamkeit setzt voraus, dass die Menschen lokal aus ihren Milieu- und Gruppenzwängen vorübergehend heraustreten können und ein überschaubares Risiko eingehen, „dem Anderen zu helfen“, sich also in seine Situation einzufühlen. Praktisch bedeutet es, doppelte Loyalitäten und Netzwerke für möglich zu halten – ein erster Schritt zu demokratischer Identität. Genau solche Übergangsorte und Gelegenheiten braucht Stadtentwicklung.

Zur besseren Klarheit von Vielfaltsstätten können fünf Kriterien helfen, die für Planungsentscheidungen weiterhelfen können:

- ▷ Stärkung der *Institutionen* (wobei Sichtbarkeit nicht bedeuten muss, dass eine Schule oder Polizeiwache riesig sein muss, sondern dass sie unübersehbar ist)
- ▷ Erlebbarer *Solidarität* im öffentlichen Raum (wobei das auch Elemente von Höflichkeit umfasst, eine gewisse Selbstverständlichkeit des Umgangs z.B. von Anfang an mit Behinderten oder Andersdenkenden, Platzfreihalterituelle, Begleit- und Bringdienste)
- ▷ *Wertschätzende* Binnensysteme (wobei das auch die Freiheit meint, sich nicht immer an weltweiten Benchmarks oder Standards zu orientieren, sondern an der jeweiligen städtischen Eigenlogik: dem lokalen Stolz, dass es hier gut ist, so wie's ist)
- ▷ *Eindeutige Regeln* und Normen (wobei das nicht „Regelexekution“ meint, sondern Eindeutigkeit in der Auslegung, weshalb z.B. Gleichberechtigung keinesfalls zur Disposition steht)
- ▷ Nüchterne *Nutzenkalkulationen* (es muss sich am Ende für jede Gruppe irgendwie rechnen, und nicht nur nett sein oder gut aussehen)

Vielfalt meint nicht primär Ethnien, sondern Lebensstile und Milieus! Wohnen und Arbeiten, Erwerb, Tausch und Freizeit, Kultur und Begegnung rücken zusammen, jedenfalls punktuell und situativ. Längerfristig betrifft das auch die Arbeitsplätze. Je „urbaner und dichter“ gedacht wird, umso mehr Sinn machen Brach-, Frei- und Konversionsflächen. Sie stellen „Übergangszonen“ dar, von denen wir gelernt haben, dass sie an den Schnittstellen zu geschlossenen Milieus so wichtig sind.

Entsprechend unserer Normen ist es deshalb zentral, religiöse oder sportliche Aktivitäten nicht in Hinterhöfe zu verbannen, sondern vielmehr einzufordern, dass sie in einsehbar-toleranten Räumen stattfinden. Zuschauen gehört zum städtischen Wesenskern. Und Ästhetik und Schönheit z. B. von Bauten in Vielfaltsquartieren sind sehr viel wichtiger für den Zusammenhalt in der Gesellschaft als gemeinhin angenommen wird. Sie kommen vor jeder Sprach- und Moralkultur der Debatten. Sie werden visuell wahrgenommen und erlebt.

Doch zurück zur Kernfrage dieses Aufsatzes: Was sind die Herausforderungen der Stadtplanung und Stadtentwicklung in Zeiten des Bebens der Stadtgesellschaften? Wer ein Beben nicht verhindern kann und nicht „smart plattmachen“ will, versucht es energetisch zu nutzen, zu steuern und Schaden abzuwenden von den Menschen. Allein mit diesem Eingeständnis beginnt Vertrauensarbeit. Kein Stadtplaner sollte sich vorne hinstellen und sagen, dass er „die“ Lösung kennt und Bürger könnten jetzt „ihre Wünsche einbringen“.

Just mit diesem Paradigmenwechsel – und einer ganz anderen Art von Bürgerversammlung – begann der Mannheimer Konversionsprozess der Umwandlung von 500 (!) Hektar US-Militärfläche innerhalb weniger Jahre durch die städtische Entwicklungsgesellschaft MWSP.

Die Bürgerveranstaltung bot keine Lösungen an, sondern nur Fragen. Insofern ist das Konversionsprojekt in diesem Zusammenhang durchaus exemplarisch.¹⁰ Hier wurden die eben genannten Kriterien mit Hilfe eines Zertifikates transportiert, das den Investoren Festpreise versprach (Nutzen), ihnen aber Beiträge abverlangte zum sozialen Mix und Inklusion (erlebte Barrierefreiheit und Solidarität), zur Belebung von öffentlichen Gebäuden vor Baubeginn. Gegenstand waren aber auch regelmäßige Bürgerforen (Institutionen) mit vielerlei Veranstaltungen und Wettbewerben. Es fanden Vereinsgründungen, Anpflanzungen, Geschichtsorte (Wertschätzung) und klaren Prinzipien gegenüber monopolistischen Ansprüchen von Investoren statt. Das Zertifikat wurde nicht bürokratisch „verrechnet“, sondern war Anhaltspunkt für weitere Vergaben und baurechtliche Genehmigungen. Zwischen Entwicklungsträger und Stadt wurde ein Qualitätszirkel installiert, der auch architektonisch Akzente setzen konnte. Die städtische Stadtplanung war kooperativ, doch alleine nie in der Lage, in der gebotenen Dynamik die Beteiligung zu organisieren, die zeitintensiven Investorengespräche zu führen und konsequent

10 In die Argumentation eingeflochten ist hier die sechsjährige Erfahrung des Autors in die militärische Konversion von 500 ha Mannheimer Stadtfläche und die Beratung zu Neckarstadt-West, an deren Ende modellhafte Innenstadtquartiere (Turley) und große Neubauquartiere für 10.000 Menschen (Franklin) und ein Konzept Lokale Stadtsanierung (LOS) stehen.

genug die anderen Fachbereiche hinzu zu ziehen. Die Entwicklungsgesellschaft (MWSP) konnte hier ihre Kompetenzressourcen sinnvoll einsetzen.

An anderer Stelle hat Stadtplanung nicht Konversionsland, sondern schwierige Quartiere weiterzuentwickeln. Deshalb sei, ebenso beispielhaft, auf das aktuelle Beispiel von Mannheim Neckarstadt West verwiesen (in der Fachliteratur vielleicht vergleichbar der Studie zu Köln-Chorweiler). 22.000 Menschen wohnen in diesem alten Arbeiterstadtteil mit – trotz Kriegseinwirkungen – erhaltenen Bürgerhäusern, mit imperial großen Schulen und Kirchen, mit einem explodierten Anteil an Zuwanderern. Fast 80% der Migrant*innen Jugendlichen wohnen dort, 90% sind es auf den Schulbänken. Der Zuzug aus Südosteuropa ist exorbitant; Türken vermieten an Bulgaren. Während die Milieus in Mannheim insgesamt etwa jeweils zu einem Drittel ‚gehoben‘, ‚normal‘ und ‚sozial schwächer‘ sind, verteilt sich dies in der Neckarstadt in einem Verhältnis von 10% zu 10% zu 80%. Dennoch zeigt ein genauere Blick, dass Brennpunktklischees gar nicht zutreffen. Da steht nichts leer und „säuft“ ab, sondern da wird rege „gehandelt“ – legales und illegales. Da ziehen Kreative bevorzugt hin, da entstehen und vergehen Läden, die erste Zuwanderergeneration ist besonders sauer auf die schmutzigen Spätzuwanderer. Und viele Mittelständler halten das für schick – wenn da nur nicht ihre Kinder, die Schule und mangelnde Grünräume wären.

Auch hier ist das Beben spürbar. Spätestens im Sommer nachts. Auch hier hat Stadtplanung zuerst ethnografisch und ohne Lösungsversprechen anzutreten. Auch hier gilt, dass die klassischen Wege der Bürgerbeteiligung nur „kleinbürgerliche“ Sauberkeit beschwören würde, etwa indem man die in einer Straße stattfindende Prostitution beseitigte, die freilich mit dem eigentlichen Problem des Quartiers wenig zu tun hat. Auch hier gilt es, alle Akteure an der ihnen gemäßen Stelle einzubinden; was nicht vorrangig fürsorglich-sozialpolitisch sein muss.

Ein Handlungsplan wurde erarbeitet, Schritt für Schritt. Die Kirchengemeinde wurde gebeten, leerstehende Räume durch Eigenarbeit für Kinder und Bewegungssport freizumachen. Es wurden die Aufgaben der Bürgerhäuser und Kreativrichtungen überprüft, wie sie sich sichtbar und nicht nur für ihre Szenen öffnen, die Straßen- und Wettbürokontrollen verschärft, die Beleuchtung des Neckarufers offensiv diskutiert, Verkehrszählungen angeregt, um den Fußgängern und Uferzugängen mehr Raum zu geben, junge Gastronomen unterstützt, Fuß zu fassen. Die „klassische“ Planung zum einzig öffentlichen Platz – bzw. deren Stillstand – wurde diskutiert, andere öffentliche Räume wurden zum Gegenstand von Wettbewerben. Die Stadt ihrerseits aktivierte, mit Bundesgeldern, einen Bunker als Stadtarchiv, um dann nachzudenken, wie das Umfeld nachziehen könnte. Die Wohnungsgesellschaft wurde aufgefordert, in „Akupunktur-Strategie“ Einzelobjekte aufzukaufen und damit soziale Nutzung zu sichern. Kreativen wurde ein Kulturkiosk

ermöglicht. Die städtischen Behörden wurden mitunter gebremst, nicht mit Einheitsnormen die Außengastronomie oder die Mülleimerleerung zu blockieren.

Die Nachhaltigkeit des lokalen Stadtanierungsprojektes (LOS) wird sich erst erweisen, wenn die Stadträte den Mut haben, diesen Stadtteil in seiner notwendigen Schulsanierung bewusst zu bevorzugen. Wenn, wie hier, 70% der Schüler nicht in weiterführende Schulen kommen – während es in anderen Mannheimer Stadtteilen nur 25% sind –, dann ist es eine grundlegende Frage, wie man sich den Bildungschancen stellt. Aus dem Beben der Neckarstadt in Form von Kriminalität, Drogen und Schulmisserfolg wurde ein stilles Grollen und Beben um die Gerechtigkeitspolitik der ganzen Stadt. Ein Grollen und Beben, das noch nicht entschieden ist. Bürgerbeteiligung ist letztendlich nichts anderes als die Einbeziehung der ernsthaft Interessierten, derjenigen, die mitmachen und mitgestalten – alles andere gehört in die repräsentativen Gremien. Ebenso müssen in diesen Gremien die Ziele sehr viel gesellschaftspolitisch dargestellt werden, also in ihrer sozialen Dimension, nicht nur rechtlich und finanziell.

Knappes Fazit: Es gibt keinen Königsweg der Stadtentwicklung mehr, auch nicht den einer fixierten Bürgerbeteiligung, oder den möglichst komplexer Masterpläne. Es braucht glaubwürdige Teilhabe, weil ohne die Beteiligten, weil ohne Unterstützung unterschiedlicher Gruppen – auf Augenhöhe! – weder eine in Zukunft so wichtige Zwischennutzung noch eine Revitalisierung von Objekten und Flächen stattfinden wird. Deshalb muss Stadtplanung zu einem Navigieren auf hoher See werden oder eben – wie eingangs beschrieben – in einem Gravitationsfeld stattfinden. Kenntnisse von See und Beben wären hilfreich. Denn es geht um nicht mehr und nicht weniger, als dass Menschen in ihren Städten ihre Heimat finden können und Chancen haben.

Auf dem Weg zu einem neuen Paradigma der prozesshaften Planung

Einführung

Globale Umbrüche, die sich in lokalen – und oft urbanen – Herausforderungen manifestieren, treten aktuell mit einer Häufigkeit auf, die einmal mehr zeigt, dass in der Stadtentwicklung Bewährtes infrage gestellt und weiterentwickelt werden muss. Beispiele wie das drohende Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge, die notwendige Energiewende oder die kontinuierlich überhöhten Stickoxid-Belastungen der Luft¹ machen es erforderlich, radikaler auf nachhaltige, postfossile Mobilität umzusatteln, als das bislang in vielen deutschen Städten und Kommunen erfolgt. Aber auch der überhitzte Immobilienmarkt, der zu Mietsteigerungen führt, zwingt viele Kommunen zum Umsteuern und zur Entwicklung neuer wohnungs- und mietenpolitischer Instrumente, denn mittlerweile kommt es zu weitreichenden Versorgungsengpässen auf dem Wohnungsmarkt für niedrige und für mittlere Einkommen, die als Bedrohung für sozial vielfältige Städte gesehen werden.²

Fredmund Malik, Wirtschaftswissenschaftler und Managementtheoretiker, spricht von der Großen Transformation³, einem universellen, fundamentalen Umwandlungsprozess für das 21. Jahrhundert. Er versteht darunter einen historischen Umbruch, der unsere bisherigen Praktiken, wie wir produzieren und konsumieren, wie wir arbeiten und leben, wie wir kommunizieren und kooperieren oder als Gesellschaft Entscheidungen fällen, gänzlich auf den Kopf stellt: „Wir sind Zeitzeugen einer Transformation der Alten Welt, wie wir sie kennen, in eine Neue Welt des Unbekannten.“⁴ Für Malik ist dieser Umbruch unumkehrbar. Anstatt Komplexität zu reduzieren und mit bekannten Mitteln die Bedingungen der „Alten Welt“

1 Vgl. *Umweltbundesamt*, Stickstoffdioxid-Belastung, in: www.umweltbundesamt.de/daten/luftbelastung/stickstoffdioxid-belastung#textpart-2 [12.11.2017].

2 Vgl. *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit*, Dritter Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld und Mietenbericht 2016, in: www.bmub.bund.de/themen/stadt-wohnen/wohnungswirtschaft/wohnungs-und-immobilienmarkt/dritter-bericht-der-bundesregierung-ueber-die-wohnungs-und-immobilienwirtschaft-in-deutschland-und-wohngeld-und-mietenbericht-2016/ [12.11.2017].

3 Vgl. *F. Malik*, Navigieren in Zeiten des Umbruchs, Frankfurt 2015, S. 14-38.

4 Ebda., S. 15.

KLIMA- UND ENERGIEWENDE

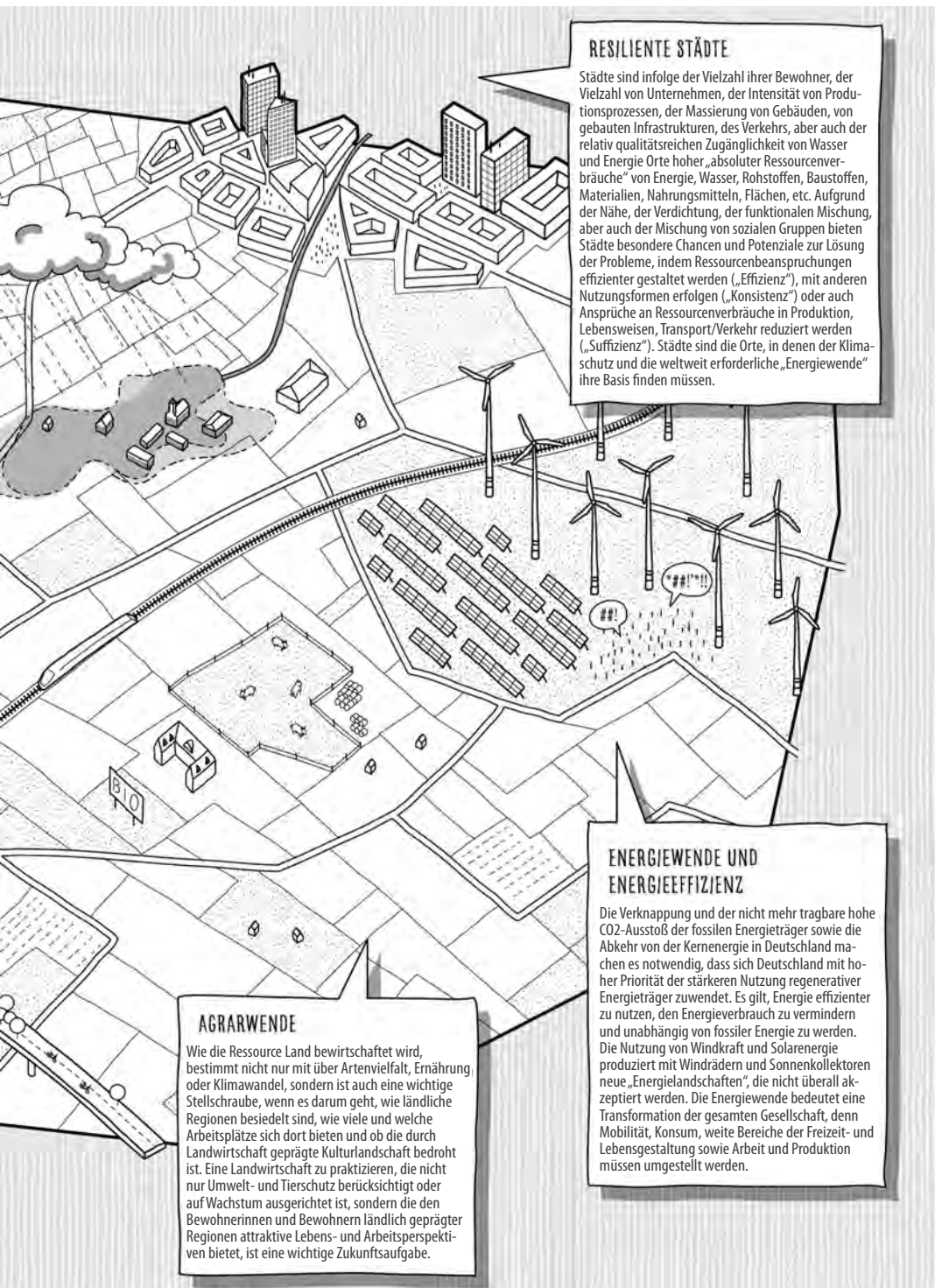
KLIMAWANDEL UND RESILIENZ

Der Klimawandel stellt auch in Deutschland die Städte vor große Herausforderungen, denn sie müssen Strategien für den Umgang mit seinen unaußersichlichen Folgen entwickeln. Die Siedlungs- und Infrastrukturen müssen darauf vorbereitet werden, dass die mittleren Temperaturen steigen und die Zahl von Extremwetterereignissen zunimmt. Vor allem in den dicht bebauten Stadtquartieren der Innenstädte bedeutet dies, dass Flächenkonkurrenzen steigen, schließlich gilt es zusätzlich Grünflächen als Kaltluftinseln oder als Regenwasserrückhalteflächen vorzuhalten. Städte und Gemeinden entwickeln integrierte Konzepte, um resilienter zu werden.

VERKEHRSWENDE

Die Abkehr von fossilen Energieträgern muss auch in einer umfangreichen Verkehrswende resultieren. Möglichkeiten, eine klimafreundliche, energieeffiziente und schadstoffarme Mobilität zu gestalten, sind schon jetzt ein zentrales Aufgabenfeld für Stadtverwaltungen und Planerinnen und Planer. Zu stärken sind der Umweltverbund (Nahmobilität zu Fuß und per Fahrrad sowie flexible Systeme des öffentlichen Nahverkehrs) und die Intermodalität. Viele Städte versuchen zudem, Verkehr zu vermeiden, und das Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“ umzusetzen, aber auch neue Informations- und Kommunikationstechnologien, die Wege vermeiden, zu befördern.

Abb. 1: Herausforderung Klima- und Energie- wende; Quelle: *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung* (Hrsg.), *New Urban Agenda Konkret – Fallbeispiele aus deutscher Sicht* (Bearbeitung durch Urban Catalyst, Berlin), Bonn 2016, S. 16-17.



RESILIENTE STÄDTE

Städte sind infolge der Vielzahl ihrer Bewohner, der Vielzahl von Unternehmen, der Intensität von Produktionsprozessen, der Massierung von Gebäuden, von gebauten Infrastrukturen, des Verkehrs, aber auch der relativ qualitätsreichen Zugänglichkeit von Wasser und Energie Orte hoher „absoluter Ressourcenverbräuche“ von Energie, Wasser, Rohstoffen, Baustoffen, Materialien, Nahrungsmitteln, Flächen, etc. Aufgrund der Nähe, der Verdichtung, der funktionalen Mischung, aber auch der Mischung von sozialen Gruppen bieten Städte besondere Chancen und Potenziale zur Lösung der Probleme, indem Ressourcenbeanspruchungen effizienter gestaltet werden („Effizienz“), mit anderen Nutzungsformen erfolgen („Konsistenz“) oder auch Ansprüche an Ressourcenverbräuche in Produktion, Lebensweisen, Transport/Verkehr reduziert werden („Suffizienz“). Städte sind die Orte, in denen der Klimaschutz und die weltweit erforderliche „Energiewende“ ihre Basis finden müssen.

ENERGIEWENDE UND ENERGIEEFFIZIENZ

Die Verknappung und der nicht mehr tragbare hohe CO₂-Ausstoß der fossilen Energieträger sowie die Abkehr von der Kernenergie in Deutschland machen es notwendig, dass sich Deutschland mit hoher Priorität der stärkeren Nutzung regenerativer Energieträger zuwendet. Es gilt, Energie effizienter zu nutzen, den Energieverbrauch zu vermindern und unabhängig von fossiler Energie zu werden. Die Nutzung von Windkraft und Solarenergie produziert mit Windrädern und Sonnenkollektoren neue „Energiewälder“, die nicht überall akzeptiert werden. Die Energiewende bedeutet eine Transformation der gesamten Gesellschaft, denn Mobilität, Konsum, weite Bereiche der Freizeit- und Lebensgestaltung sowie Arbeit und Produktion müssen umgestellt werden.

AGRARWENDE

Wie die Ressource Land bewirtschaftet wird, bestimmt nicht nur mit über Artenvielfalt, Ernährung oder Klimawandel, sondern ist auch eine wichtige Stellschraube, wenn es darum geht, wie ländliche Regionen besiedelt sind, wie viele und welche Arbeitsplätze sich dort bieten und ob die durch Landwirtschaft geprägte Kulturlandschaft bedroht ist. Eine Landwirtschaft zu praktizieren, die nicht nur Umwelt- und Tierschutz berücksichtigt oder auf Wachstum ausgerichtet ist, sondern die den Bewohnerinnen und Bewohnern ländlich geprägter Regionen attraktive Lebens- und Arbeitsperspektiven bietet, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

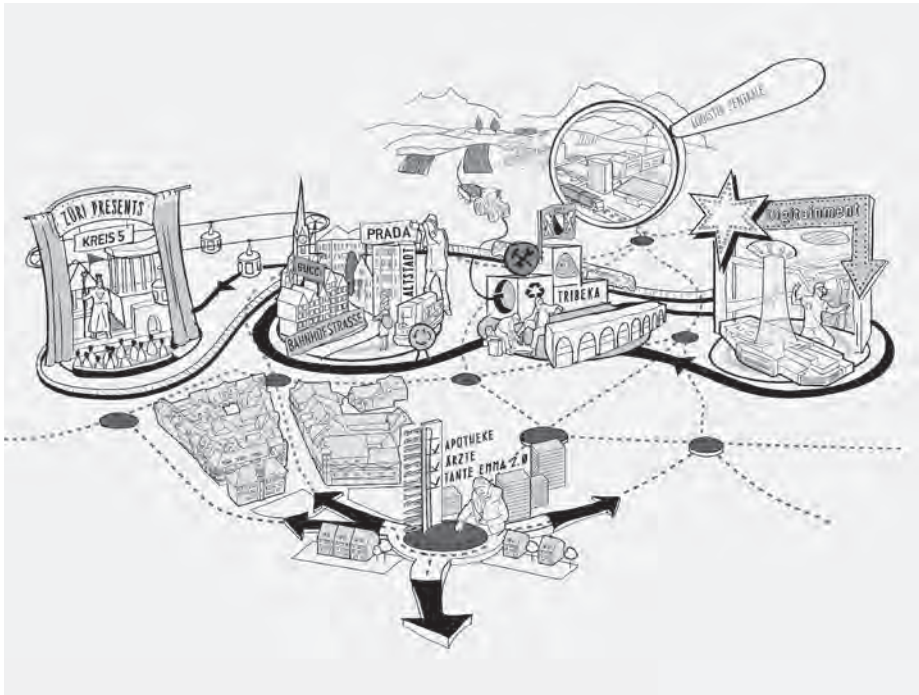


Abb. 2: Wie verändert sich der Einzelhandel in Zürich? Szenario „Hybrid – Polarisierung von Erlebnis und Alltag“; Quelle: *Stadt Zürich, Amt für Stadtentwicklung* (Hrsg.), *Handel im Wandel – Szenarien für den Detailhandel und die Auswirkungen auf die Stadt Zürich* (Bearbeitung durch Urban Catalyst, Berlin), Zürich 2017, S. 15.

zu sichern, fordert er, Komplexität zuzulassen und sie als „Baustoff“ einer neuen Welt zu nutzen.

Malik ist nicht der Einzige, der über den aktuellen Umgang mit Veränderungen und Herausforderungen nachdenkt. „Disruption“ ist aktuell ein Trendbegriff, mit dem viele krisenhafte Veränderungen belegt werden, die jahrelang eingespieltes und erprobtes Handeln auf den Kopf stellen.⁵ Das gezielte Nachdenken über Disruptionen und die Entwicklung von Szenarien, die klären sollen, wie man auf solche kaum steuerbaren Veränderungsnotwendigkeiten reagieren kann, ist nicht mehr nur Übung für Think Tanks und Unternehmensberatungen. Denn diese umbruchartigen Herausforderungen betreffen nicht nur einzelne Unternehmen oder Branchen, sondern mit ihren komplexen und schwer abschätzbaren Folgen immer

5 Vgl. M. Horx, *Im Fluss der Disruption*, in: www.zukunftsinstitut.de/artikel/im-fluss-der-disruption/ [26.11.2017].

mehr auch Städte und Verwaltungen. Als prägnantes Beispiel kann hierfür etwa die Zunahme des Online-Handels mit noch kaum abschätzbaren Folgen für den Lieferverkehr und den stationären Handel sowie damit verknüpft für die Stadtzentren und ihre zukünftige Rolle, für Logistik- und Verkehrsinfrastrukturen etc. gelten.⁶ Deutlich wird, dass ein zaghaftes Weiterentwickeln planerischer Ansätze nicht immer ausreicht und dass durchaus radikal umgesteuert, Ressourcen verlagert und das Neue, Unbekannte mit allen Kräften vorangetrieben werden muss, um die komplexen Transformationsprozesse stadtplanerisch zu steuern. Und auch die Frage nach „Gesamtplan versus Einzelprojekt“ kann nur vor dieser Hintergrundfolie diskutiert werden.

Städtebauliche Paradigmenwechsel

Der Städtebau wurde in seiner Geschichte immer wieder von radikalen Umbrüchen geprägt, die u. a. durch den Wandel gesellschaftlicher und politischer Systeme, durch neue technische Errungenschaften, durch ökonomischen Strukturwandel oder durch kulturelle und soziale Veränderungen ausgelöst wurden. Städtebauliche Paradigmenwechsel sind eine zentrale Triebfeder von Innovation in der Planung.⁷ Oft sind sie von einer großen Unsicherheit darüber geprägt, wie am besten mit Umbrüchen umgegangen werden soll.⁸ Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren dachte man, den damaligen Herausforderungen mit einem „starken Staat“ und Umsetzung wohlfahrtstaatlicher Prinzipien begegnen zu können. Seit einigen Jahren prägt auf Ebene der Raum- und Stadtplanung der Begriff von der „strategischen Planung“ die Debatte.⁹ Dieser Ansatz zielt auf die Verbindung übergeordneter Leitkonzepte mit der Umsetzung konkreter Impulsprojekte, die „iterativ und in ständigem Wechselspiel entwickelt“¹⁰ werden. Strategische Planung ist eine lernende Planung. Die ständige Rückkopplung zwischen langfristigen Konzepten und direkten Projekten führt zu einer kontinuierlichen Anpassung von Planwerk

6 Vgl. *Urban Catalyst GmbH/Synergo* (im Auftrag der Stadt Zürich), *Handel im Wandel*, Zürich 2017, in: www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-der-zukunft/veranstaltung-stadt-der-zukunft.html [26.11.2017].

7 Vgl. C. Polinna, *Towards a London Renaissance, Projekte und Planwerke für den städtebaulichen Paradigmenwechsel im Londoner Zentrum*, Detmold 2009.

8 Vgl. U. Altrock, *Das Ende der Angebotsplanung? Instrumente der Planung im Wandel*, in: P. Küpper et al. (Hrsg.), *Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten*, Arbeitsberichte der ARL 8, Hannover 2014; H. Becker/J. Jessen/R. Sander (Hrsg.), *Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa*, Stuttgart 1998.

9 Vgl. M. Kühn, *Strategische Planung – Vom Schlagwort zum Modell*, in: M. Kühn/H. Liebmann (Hrsg.), *Regenerierung der Städte*, Wiesbaden 2009.

10 Ebda.

und Maßnahme. Zu den bekanntesten Vertretern der strategischen Planung gehört Karl Ganser. „Sich mit kleinen Schritten perspektivisch auf den Weg machen“ war sein Credo für die IBA Emscherpark.¹¹ Mit der Idee des „perspektivischen Inkrementalismus“ verband Ganser den Verzicht auf flächendeckende Realisierung, die Verschränkung von informeller mit regulatorischer Planung wie auch das Zusammenspiel von verwaltungsgesteuertem Handeln und flexiblen Organisationsstrukturen privater Akteure und Organisationen.¹² Kommunikative Ansätze, die verstärkt den vielschichtigen Interessen der heterogenen Akteure und Eigentümer Rechnung tragen, gewinnen in Planungsprozessen an Bedeutung. Anstelle des versorgenden tritt ein „aktivierender“ Staat,¹³ der Planung als „strategisches Management von Entwicklungsprozessen“¹⁴ durch eine projekt- und prozessorientierte Planung begreift, weniger aus idealistischen Gründen, sondern vielmehr weil die staatlichen Mittel fehlen.

Bereits dieser kurze Überblick über den Wandel städtebaulicher Paradigmen infolge großer Umbrüche zeigt, dass diverse Parameter, die Städtebau und Planung beeinflussen, infrage gestellt wurden – etwa die politische Verankerung, rechtliche Rahmenbedingungen und Umsetzungsstrategien, die ökonomischen Bedingungen sowie die Akteurslandschaft und die Beziehungen der Akteure untereinander. Die aktuellen Umbrüche verdeutlichen, dass es wieder notwendig ist, Planung neu zu denken und innovative Ansätze in Bezug auf ökonomische Modelle, Planungs- und Prozesskultur oder Beteiligung umzusetzen. In vielen Vorhaben und Projekten sind neuartige, mutige Vorgehensweisen bereits Praxis, die jedoch noch ausgebaut und weiter ausgetestet werden sollten. Die folgenden Beobachtungen zeigen, in welchen Facetten der Stadtentwicklung und Stadtplanung ein Wandel zu beobachten ist und welche Herausforderungen damit einhergehen.

Wer plant – wer entscheidet?

Auf den Wandel von Akteurskonstellationen in der Planung reagieren

Die zunehmenden Proteste gegen größere und kleinere Planungsprojekte und die wachsende Zahl von Bürgerinitiativen und Volksbegehren sind Indikatoren dafür, dass das Verständnis von Partizipation und Mitwirkung viel umfassender neu definiert werden muss, als das aktuell in der Planungspraxis, Politik und Verwal-

11 K. Ganser / W. Siebel / T. Sieverts, Die Planungsstrategie der IBA Emscherpark, in Raumplanung 61, Dortmund 1993, S. 112-118.

12 Ebda.

13 Vgl. G. Hutter, Strategische Planung. Ein wiederentdeckter Planungsansatz zur Bestandsentwicklung von Städten, in: RaumPlanung 128, 2006.

14 Vgl. S. Löb, Problembezogenes Regionalmanagement, Hannover 2006.

tung der Fall ist. Die Grenzen der ursprünglich klar getrennten Aufgabenfelder zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft verschwimmen zunehmend. Viele Menschen wollen heute selbst Akteure der Stadtproduktion werden. Die derzeitige, von zunehmender Entgrenzung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit geprägte Ära, die dem Einzelnen hohe Flexibilität und Mobilität abverlangt, aber auch Unsicherheit zumutet,¹⁵ führt offenbar bei vielen Menschen zu einer Suche nach einem Ort des „Zur-Ruhe-Kommens“ und der Sicherheit. Gerade die im Beruf immer stärker geforderte Mobilität und das Agieren auf internationaler Ebene – ob real oder digital – scheint bei vielen Menschen das Bedürfnis auszulösen, sich im Privaten eher auf das Lokale, Regionale zu konzentrieren – eine Tendenz, die mit dem Begriff „Rückbettung“ bezeichnet wird.¹⁶ Um Beruf, Familie und Freizeit besser miteinander zu vereinbaren, aber auch um sich selbst zu verwirklichen, starten viele Stadtbewohner „urban gardening“-Projekte, engagieren sich in lokalen Initiativen, konsumieren lokal produzierte Produkte. In den Fokus rücken die Nutzer der Stadt, die eine stärkere Mitbestimmung an der Veränderung und Gestaltung ihres Lebensumfeldes einfordern. Diese neue Form der nutzergetragenen Stadtentwicklung hat den Diskursraum um Zwischennutzer, soziale Randgruppen, Studierende und Künstler ohne viel Startkapital längst verlassen und ist in der Mitte der Stadtgesellschaft angekommen. In der Praxis des Stadt-Machens engagiert sich heute ein breites Spektrum von Privatpersonen, Jugendgruppen, Bürgervereinen, Stiftungen, Genossenschaften und offenen Netzwerken bis hin zu Raumunternehmen, die in Planungsprozesse und Projektentwicklungen einbezogen werden wollen.

Problematisch ist allerdings, dass die Verwaltung parallel zu dieser Entwicklung infolge von Kürzungen bei Personal, Haushaltsmitteln und Fördergeldern bereits in den vergangenen Jahren dramatisch an Handlungsspielraum verloren hat. In Berlin beispielsweise wurden die planenden Verwaltungen des Landes und der Bezirke auf eine Größe geschrumpft, die für eine Stadt in einer Stagnationsphase als angemessen betrachtet wurde. Angesichts des dynamischen Wachstums und der Perspektive einer nie dagewesenen Pensionierungswelle in den nächsten Jahren steht nun freilich zu befürchten, dass auf die großen Herausforderungen, vor denen die Stadt steht, nicht angemessen reagiert, geschweige denn aktiv agiert werden kann. Als Lösung für die Überlastung der Verwaltungen werden immer mehr Funktionen abgebaut, ausgelagert oder privaten sowie gemeinnützigen Akteuren übertragen. Es wird eingespart, was früher selbstverständlich war, etwa die

15 K. Brake, Interdependenzen zum Strukturwandel, in K. Brake/G. Herfert (Hrsg.), Reurbanisierung, Wiesbaden 2012, S. 23-24.

16 D. Läßle, Thesen zur Renaissance der Städte in der Wissensgesellschaft, in N. Gestring et al. (Hrsg.), Jahrbuch StadtRegion 2003, Opladen 2004, S. 61-77.

Pflege von Grünflächen. Parallel dazu wird die Bevölkerung zu mehr Eigeninitiative und Selbstorganisation aufgerufen. Das Vakuum im Bereich der öffentlichen Hand eröffnet indes auch Spielräume für Selbstorganisation, in der Aneignung oder Entwicklung von neuen Formen von Grünflächen (von der Begrünung von Baumscheiben über zivilgesellschaftliches Engagement zur „essbarer Stadt“ bis hin zu Community Gärten), im Bildungsbereich (durch Gründung von freien Schulen), im Wohnungsbau (Baugruppen) oder in Nachbarschaften (Kiezinitiativen), die intensiv genutzt werden und so eine Alternative zu staatlichen oder privatwirtschaftlichen Angeboten darstellen.

Das Ausbalancieren der Aufgabenfelder und Entscheidungsbefugnisse zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft wird in Zukunft zur Herausforderung bei Planungsprozessen werden. Mehr Mitwirkung und Beteiligung bei gleichzeitiger Deregulierung und Reduzierung staatlicher Ressourcen bedeuten einen Balanceakt. Problematisch sind nicht nur die begrenzten gesellschaftlichen Zugangsmöglichkeiten, sich intensiv in Beteiligungsverfahren einzubringen sowie selbstbestimmte Angebote zu entwickeln, zu nutzen und umzusetzen. Denn dabei kommt es nicht nur auf vorhandene monetäre Ressourcen an, sondern ebenso auf soziales und kulturelles Kapital, verfügbare Zeit sowie fachliche Kompetenz. Dadurch werden ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen oft ausgegrenzt. Auf Selbstbestimmung basierende Modelle der Stadtentwicklung gewährleisten also nicht von vornherein größere Chancengleichheit und Mitwirkungsmöglichkeiten „für alle“, und entlassen daher den Staat nicht aus seiner gesellschaftlichen Ausgleichspflicht.

Gemeinwohlorientierte ökonomische Ansätze testen

Wenn sich in Zukunft mehr Menschen in den Städten Räume und Ressourcen teilen müssen, dann rückt im Zusammentreffen von Politik, Verwaltung und privaten Akteuren das Ringen um das öffentliche Interesse und gemeinsame Güter in den Fokus. Über eine Abschöpfung von Planungsgewinnen werden private Eigentümer und Investoren bereits heute am Bau von öffentlichen Infrastrukturen beteiligt. Solche Mechanismen werden in Zukunft kreativ erweitert werden müssen. Künftig geht es auch um die Frage, wie die Projektentwicklung von Immobilien zum Gedeihen von Nachbarschaften und gemeinsamen Gütern beitragen kann.

Darüber hinaus dehnt sich der Wunsch von Teilen der Bevölkerung nach mehr Engagement in der Stadtentwicklung auch auf umfangreichere Mitwirkung in ökonomischer Hinsicht aus. Verstärkt wird dieser Wunsch dadurch, dass durch die Finanz- und Immobilienkrise seit 2008 größeren Bevölkerungsgruppen deutlich wurde, dass althergebrachte wirtschaftliche Modelle an ihre Grenzen stoßen. Seitdem werden Machtverhältnisse der Raumproduktion nicht mehr nur von linken Gruppierungen, sondern mehr und mehr auch vom gesellschaftlichen Mainstream

in Frage gestellt.¹⁷ Organisationen wie das Miethäusersyndikat, dessen Ziel es ist, dem von Spekulation geprägten Wohnungsmarkt dauerhaft Objekte zu entziehen und „Gemeineigentum an Haus und Grund, bezahlbaren Wohnraum und Raum für Gruppen und politische Initiativen [...] in Selbstorganisation zu schaffen“,¹⁸ können sich vor Interessenten kaum retten. Altbekannte Formen des gemeinschaftlichen Eigentums wie Allmenden, Genossenschaften und Stiftungen, die der Gemeinnützigkeit unterliegen, erleben eine Renaissance, speziell wenn es darum geht, in attraktiver und teurer werdenden Städten bezahlbare Wohn- und Lebensräume zu sichern. Aber auch auf andere wirtschaftliche Aktivitäten werden diese Modelle übertragen. Begriffe wie „Raumunternehmen“¹⁹ oder „civic economy“²⁰ bezeichnen das gemeinwohlorientierte Wirtschaften, das durch eigeninitiierte Rauman eignung und -nutzung im Rahmen von „bottom-up“-Prozessen möglich wird. Hier stehen eher Nutzeransprüche, die Verwirklichung eigener Ideen und soziale Auswirkungen des Unternehmens im Vordergrund und nicht die Gewinnmaximierung. Bislang haben vor allem gemeinwohlorientierte Institutionen wie die „Montag Stiftung Urbane Räume“ mit ihrem Programm „Initialkapital“ und dem Pilotprojekt „Samtweberei“ in Krefeld oder die Initiative „Neustart Schweiz“ gezeigt,²¹ dass ein Mehrwert für die Stadt durch die Verzahnung von Gebäude- und Quartiersentwicklung entsteht. Die Arenen dieser Auseinandersetzung werden mehr offene Planungsprozesse als Wettbewerbsjurys sein.

Wie reden wir miteinander? Möglichkeiten der Beteiligung klären

Stadtspaziergänge, Themenabende, Bürgerforen, Kinder- und Jugendbeteiligungen oder Charrette-Verfahren sind mittlerweile aus vielen Planungsprozessen nicht mehr wegzudenken. Neben aller Euphorie über die erweiterten Möglichkeiten der Teilhabe führt die Ausdifferenzierung der Beteiligungslandschaft jedoch auch zu neuen Fragen und Unsicherheiten. Gelingt es wirklich, dass sich Städte durch die Nutzer gelenkt besser und nachhaltiger entwickeln als von oben gesteuert?²² Oder

17 A. Demling, Studenten als Vermieter, Wir kaufen uns ein Haus, ein kunterbuntes Haus, in: Spiegel, 14.03.2013, in: www.spiegel.de/unispiegel/studium/studenten-kaufen-ein-haus-und-werden-vermieter-a-888184.html [15.03.2018].

18 B. Hummel, Das Mietshäuser Syndikat, in: Arch+ 201/202, Berlin 2011, S. 124.

19 Montag Stiftung für Urbane Räume, Raumunternehmen und die Aktivierung von Nachbarschaften, Bonn 2012.

20 Nesta (Hrsg.), Compendium for the civic economy, London 2011.

21 Vgl. Montag Stiftung für Urbane Räume, Initialkapital für eine chancengerechte Stadtteilentwicklung, in: www.montag-stiftungen.de/urbane-raeume/initialkapital.html [05.08.2017]; Neustart Schweiz, Lebenswerte Nachbarschaften, in: <https://neustartschweiz.ch/nach-hause-kommen/> [05.08.2017].

22 P. Misselwitz, Und täglich grüßt das Murmeltier, in P. Alfaro-d'Alencon (Hrsg.), Ephemere Stadtentwicklung – Neue Handlungsspielräume in der Planungskultur, Berlin 2017, S. 23.

bedarf es nicht gerade einer planerischen Hoheit, die die Interessen aller Menschen in der Stadt im Blick hat und der Bevorzugung von einzelnen öffentlichkeitswirksamen Initiativen entgegenwirkt? Existiert in vielen Beteiligungsverfahren ein wirklich nennenswerter Handlungsspielraum oder sind die Beteiligten letztendlich schon deshalb enttäuscht, weil sie eigentlich nichts mehr zu entscheiden haben? Inwieweit werden in Beteiligungsprozessen Macht und Entscheidungen tatsächlich geteilt? Oder dienen sie nicht vielmehr dazu, Widerstände durch frühzeitige Einbindung zu entschärfen und zu kontrollieren? Letztlich gibt es keine pauschalen Antworten auf diese Ambivalenzen in Teilhabeprozessen. Das richtige Maß an staatlicher Steuerung und lokaler Initiative muss in jedem Projekt von Neuem ausgelotet werden. Dabei stoßen viele Planungsprozesse immer wieder an dieselben „Klippen“, die nicht zuletzt auch das Berufsbild von Architekten und Planenden auf die Probe stellen.

Wo gibt es Spielräume? Sich über Ziele und Aufgaben klar werden

Das Ziel in herkömmlichen Bauaufgaben ist klar umrissen. Bauherren oder Entwicklungsträger formulieren ein Raumprogramm, das zur Grundlage für den (landschafts-)architektonischen bzw. städtebaulichen Entwurf wird. Erfahrungen aus Projekten in einem komplexen stadträumlichen Kontext mit vielen Betroffenen oder langen Entwicklungszeithorizonten beweisen jedoch, dass eine alleinige Definition von Nutzung und Flächen als Grundlage für die Planung nicht mehr ausreicht, um einen lebendigen Ort zu schaffen, der den Zukunftsthemen und Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

Im städtebaulichen Planungsprozess zur Parkstadt Süd in Köln²³ war die Formulierung von Zielen und Planungsaufträgen in die Startphase des kooperativen Verfahrens eingebettet. In den ersten drei Monaten des Prozesses entwickelten Planungsbüros und Stadtgesellschaft gemeinsam die eigene Aufgabenstellung, geleitet von konkreten Fragen: Welche Qualitäten und Werte zeichnen die künftigen Quartiere und Freiflächen aus? Wer sind die kommenden Nutzer und welche Bedürfnisse haben sie? Welche Rahmenbedingungen sind gesetzt? Wo liegen besondere Begabungen des Gebietes? Welche offenen Fragestellungen an den Ort gibt es? Und was sind die Spielregeln für den Prozess?²⁴ Erarbeitet wurde die Aufgabenstellung mit interaktiven Formaten wie einer Parkstadtsafari mit adhoc-Kartierung, einem wachsenden „Wimmelbild“, das die identifizierten Potenziale und Prüfauf-

23 *Stadt Köln*, Parkstadt Süd, in: <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/stadtentwicklung/parkstadt-sued> [09.08.2017].

24 Ebd.



Abb. 3: Beteiligungsprozess Lebenswertes Chorweiler: Die Platzstation ist gebautes Labor zum Entwickeln, Bauen und Testen von Ideen; Quelle: *Urban Catalyst* im Auftrag der Stadt Köln, 2016; vgl. www.urbancatalyst-studio.de/de/projekte/koeln-chorweiler.html [20.03.2018].

träge dokumentierte, und öffentlichen Foren zu Schwerpunkten der anstehenden Entwicklung. Auch die Raumanalyse der fünf beteiligten Planungsbüros floss in die Aufgabenstellung ein und wurde gemeinsam nutzbare Grundlage für die weitere Bearbeitung.

Der Vorteil einer gemeinsamen Zieldefinition liegt auf der Hand: Im Prozess werden unterschiedliche Interessen im Blick auf die Zukunft eines Raumes sichtbar und gebündelt; die Möglichkeiten, die in einem Ort stecken könnten, werden mehr durch das Wissen vieler; die Aushandlung des Zielkorridors schafft Vertrauen und eine gemeinsame Basis für die weiteren Schritte. So entsteht ein kooperativ erarbeiteter Spielraum, in dem unterschiedliche Ideen zu Plänen weiterentwickelt werden können und sich messen lassen müssen. Die Methode der partizipativen Erarbeitung der Aufgabenstellung macht auch potenzielle Zielkonflikte frühzeitig transparent, zum Beispiel wenn gesamtstädtische Interessen der Nachverdichtung von Quartieren auf „not in my backyard“-Haltungen der lokalen Bevölkerung treffen. Wichtig ist es, dass die Verwaltung, Politik oder der verantwortliche Initiator der



Abb. 4: Begehbäres Modell im Rahmen des Kooperativen Planungs- und Beteiligungsverfahrens Parkstadt Süd, Köln, Quelle: *Urban Catalyst* im Auftrag der Stadt Köln, vgl. www.urban-catalyst-studio.de/de/projekte/koeln-chorweiler.html [20.03.2018].

Planung im Vorfeld den Rahmen für die Zielentwicklung klar absteckt und artikuliert, was verhandelbar ist und was nicht.

Wie gehen wir vor?

Planung wird stärker zur Prozess- und Organisationsentwicklung

Bisher wenig beachtet ist die Frage, wie Planungsprozesse die Organisationsform der beteiligten Akteure beeinflussen. Offensichtlich ist, dass in Verfahren sehr unterschiedlich organisierte Gruppen aufeinandertreffen – eine meist hierarchisch strukturierte Verwaltung, politische Parteien, Unternehmen mit klaren ökonomischen Zielvorstellungen, Vereine, Planungsbüros, informelle Zusammenschlüsse und Einzelaktivisten. Zu beobachten ist, dass Planungsprozesse vielfach einen auslösenden Effekt auf die Organisationsentwicklung der Beteiligten haben. Verwaltungen richten ressortübergreifende Projektgruppen ein, in der Politik werden Allianzen geschmiedet, einzelne Initiativen gründen sich durch den Prozess neu oder verbünden sich mit anderen zu einer Dachorganisation. Die richtige Organisationsform wird zu einem relevanten Faktor, wenn es darum geht, im Prozess einer Position Gewicht zu verleihen, mit einer Stimme zu sprechen, Entscheidungen zu treffen oder Verantwortung für Ergebnisse zu übernehmen.

Wenn Prozesse ins Stocken geraten oder sogar scheitern, dann liegt das oft auch in der Organisation der Akteure begründet. Stark hierarchisch strukturierte Organisationen verfügen vielfach über gut eingespielte Abläufe in der Umsetzung. Sie können in dynamischen Planungsprozessen aber zum Hemmnis werden, wenn Zuständigkeiten hin und her geschoben werden und sich am Ende niemand verantwortlich fühlt oder auf oberer Ebene „einsame“ Entscheidungen getroffen werden, die in der Organisation keinen Konsens finden. Gleichzeitig sind aufwendige Planungsprozesse für ehrenamtlich arbeitende Initiativen ein enormer Kraftakt. Oft fehlt die Energie, neben den zeitaufwendigen Diskussionen über die eigene Position und Teilnahme an Veranstaltungen, aus informellen Verbindungen effiziente Organisationen zu gründen, die die eigene Haltung im öffentlichen Diskurs stärken.

Ein erfolgreicher Prozess ist jedoch angewiesen auf eine gute Organisationskultur. Bereits in der Vorbereitung sollten daher Rollen, Verantwortlichkeiten und Entscheidungswege festgelegt werden. Für viele Verwaltungen bieten Planungsprozesse die Möglichkeit, neue Formen der Zusammenarbeit an einem konkreten Projekt auszuprobieren. Da kein Prozess ohne Komplikationen verläuft, lohnen sich regelmäßige Revisionen, die zurückliegende Prozessphasen und – wenn es sich anbietet – die Organisationsform der beteiligten Akteursgruppen reflektieren. In der Regel ist das ein kritischer Punkt, weil die wenigsten bereit sind, die eigene Organisationsform zu beleuchten. Aber es kann helfen, Blockaden im Prozess zu lösen.

Wenn Planungsprozesse im Sinne einer nutzergetragenen Entwicklung darauf zielen, dass Beteiligte als Betreiber von Gewerbehöfen, von Kultur- und Freiflächenangeboten, als Parkinitiativen, Baugruppen oder Träger gemeinwohlorientierter Einrichtungen später Verantwortung für Teilprojekte übernehmen, dann sind tragfähige Organisationsstrukturen eine wesentliche Voraussetzung dafür. Zu einem großen Teil gibt es die Organisationen der späteren Raumnutzung natürlich schon. Je nach Ausgestaltung können Prozesse aber einen Nährboden bereiten, in dem auch neue Organisationen entstehen und sich formieren können, die für die Umsetzung der Planung Verantwortung übernehmen.

Fazit

Der Wandel hin zu einer akteurs- und prozessorientierten Planungskultur ist in der Stadtentwicklung mittlerweile weit vorangeschritten. Viele deutsche Kommunen und Stadtregionen stellen sich den komplexen Transformationsherausforderungen schon jetzt mit einer großen Kreativität und Offenheit. Von der übergeordneten, strategischen Ebene der Leitbild- und Zielentwicklung über integrierte Stadtentwicklungskonzepte bis hin zu konkreten Maßnahmen und Einzelprojekten werden bereits neue Ansätze der Planung erprobt, die einem neuen städtebaulichen Para-

digma entsprechen. Auf der Habitat „III UN-Conference on Housing and Sustainable Development“ in Quito (Equador) im Oktober 2016 hat sich Deutschland mit einem Beitrag präsentiert, der darstellt, wie die Nachhaltigkeitsziele der verabschiedeten „New Urban Agenda“ in der deutschen Planungspraxis umgesetzt werden.²⁵ In den Fallstudien aus der kommunalen Planungspraxis wird deutlich, dass Strategien, die auf die Ermächtigung von Beteiligten durch die Förderung von „bottom-up“-Aktivitäten oder die Flexibilisierung von Entscheidungsstrukturen setzen, auf allen Ebenen der Planung an Bedeutung gewonnen haben. In Zukunft wird darin ein bedeutender Hebel liegen, wie Ziele erreicht werden können, die durch globale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen,²⁶ die Ziele für Nachhaltige Entwicklung²⁷ und den Pakt von Amsterdam²⁸ gesetzt sind. Und dabei geht es immer auch um das interaktive Zusammenspiel von Plan und Projekt.

25 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), New Urban Agenda Konkret – Fallbeispiele aus deutscher Sicht, Konzeption und Umsetzung P. Misselwitz/C. Polinna/K. Overmeyer, Bonn 2016.

26 Europäische Kommission, Pariser Übereinkommen (2015), in: https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_de [28.11.2017].

27 United Nations, Sustainable Development Goals, in: www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/ [28.11.2017].

28 Vgl. BMUB, EU-Städtebauminister schließen „Pakt von Amsterdam“, in: www.bmub.bund.de/pressemittteilung/eu-staedtebauminister-schliessen-pakt-von-amsterdam/ [28.11.2017].

ExRotaprint Berlin: Der Ausbau des Vorhandenen

ExRotaprint ist ein Projekt von Mietern für Mieter, ein Stück Stadt von „Unten“. In einer Zeit der zunehmenden Verwertung von Stadt durch kapitalstarke Unternehmen und Anlagefonds stellt sich dabei die Frage „Plan oder Projekt?“ nicht mehr. Heute sind Projekte wie ExRotaprint nur im Rahmen einer dafür offenen Stadtplanung denkbar, die bewusst Leerstellen und Nutzungsabsichten in eine Gesamtplanung für die Stadt einarbeitet und so Zugriffsräume für Stadtentwicklung von unten, von den Nutzern und Mietern, von Gruppen mit ihren Architekten vorsieht. Das Projekt stammt aus einer Zeit, in der solche Freiräume in Berlin noch vorhanden waren und nicht – wie heute – durch Stadtplanung definiert werden müssen.



Abb. 1: Die Mieter von ExRotaprint – ein heterogenes Stück Stadt.
Foto: M. Kuchinke-Hofer, 2007.



Abb. 2: Rotaprint Gelände 1959 mit Lehrwerkstätten und Produktionshallen; aus: *D. Brahm / L. Schliesser, Kirsten & Nather* – Damals trug der Architekt Schlipps, Berlin: Hatje Cantz 2015.

ExRotaprint wurde zu einem Zeitpunkt initiiert, an dem es keinen Plan, kein Interesse und keine Käufer gab, in einer Leerstelle der Nachnutzung, des Brachliegens und des Wegschauens von Politik und Verwaltung und Investoren. Aber eben deshalb in einem Moment des Freiraums, den wir als Mieter erkannt haben, um in einem Prozess der Selbstermächtigung das ehemalige Rotaprint-Fabrikgelände im Berliner Bezirk Wedding zu übernehmen.

Die spektakuläre Architektur des Rotaprint-Geländes war Motivation und Treibstoff für das Projekt. 1991 wurde das Ensemble aus gründerzeitlichen Gewerbe- und Erweiterungsbauten aus den 1950er Jahren unter strengen Denkmalschutz gestellt. Die Gebäude, die der Architekt Klaus Kirsten 1956-1959 für die Firma Rotaprint realisierte, stellen einen bedeutenden Beitrag zur Berliner Nachkriegsmoderne dar. Nach dem Konkurs des ehemaligen Druckmaschinenherstellers 1989 verwaltete der Bezirk das Gelände und vermietete es für Zwischennutzungen. 2002 wurde es an den Liegenschaftsfonds Berlin übereignet, der den Auftrag hatte, das Gelände zu verkaufen. Das höchste Gebot sollte den Zuschlag erhalten. Doch für das eingetra-

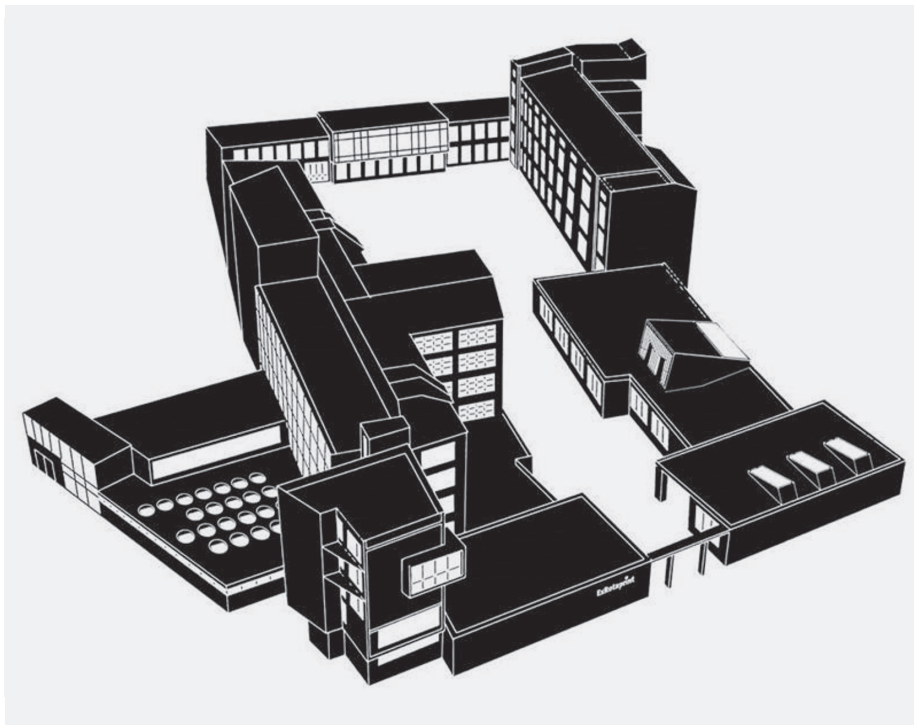


Abb. 3: Das ExRotaprint-Gelände; Grafik: *ExRotaprint gGmbH*.

gene Baudenkmal mit den entsprechenden Beschränkungen für Abriss und Neubau, der stark sanierungsbedürftigen Bausubstanz, der Lage des Grundstücks in einem einkommensschwachen Bezirk ohne „hippe“ Bars und Galerien, gab es zu dieser Zeit kein Kaufinteresse. 2004 erarbeiteten wir als bildende Künstler (Daniela Brahm und Les Schliesser) ein Konzept zur Übernahme des Geländes durch die Mieter vor Ort. Ziel war eine Entwicklung des Standorts für eine heterogene Nutzung aus „Arbeit, Kunst, Sozialem“ und günstige Mieten für alle. Nach zwei Jahren Verhandlungen und durch den von uns erzeugten politischen Druck konnten wir – die Mieter vor Ort – 2007 das 10.000 qm große Baudenkmal Rotaprint kaufen.

Das Projekt stand vor der Herausforderung, ein Eigentumsmodell zu entwickeln, das der wirtschaftlichen und sozialen Situation eines Gewerbehofes entsprechen sollte. In der heterogenen Gruppe aus Künstlern, sozialen Trägern und Gewerbebetrieben gab es unterschiedliche Vorstellungen, die besprochen und moderiert werden mussten. Gedanken an Profit, Rendite oder Altersabsicherung sollten nicht den Blick auf das gemeinsame Interesse verstellen. Den Zerfall des Geländes in par-



Abb. 4: ExRotaprint-Gelände mit dem 1957-1959 von Klaus Kirsten errichteten markanten Eckturm; Foto: D. Brahm, 2012.

zeliertes Einzeleigentum ohne Lösung für den Sanierungsrückstau haben wir während dieser Phase als besonderes Risiko der inneren Entwicklung kennengelernt. Die Entscheidung für eine gemeinnützige Eigentumsform hat sich in intensiven Diskussionen entwickelt. Dabei ging es nicht allein um die Absicherung der eigenen Interessen. ExRotaprint sollte ein Möglichkeitsraum für neue Strategien der sozialen Stadtentwicklung ohne die ausgrenzenden Folgen von Spekulation und Profit werden.

Die rechtliche Struktur von ExRotaprint bilden zwei Verträge, die sich in ihren Zielen verschränken und gegenseitig ergänzen. Beide Verträge sichern langfristig die Gemeinnützigkeit der Projektentwicklung und das Nutzungskonzept ab und schließen Immobilienspekulationen aus. Sie bilden den Rahmen, in dem die „soziale Plastik“ ExRotaprint gestaltet werden kann und setzen Grenzen gegen eine grundsätzliche Umorientierung des Projektes.

Um den von uns verhandelten, niedrigen Kaufpreis des Geländes abzusichern und einen künftigen Verkauf durch uns oder kommende Generationen auszuschließen, haben wir uns für ein Erbbaurecht entschieden. Der Erbbaurechtsvertrag mit

den Stiftungen trias und Edith-Maryon wurde am 3. September 2007 unterzeichnet und gilt für 99 Jahre. Beide Stiftungen arbeiten an einem neuen Umgang mit Grund und Boden, der Spekulation verhindert, und waren daher ideale Partner für eine Projektentwicklung. Über das Erbbaurecht ist die ExRotaprint gGmbH in einer eigentumsgleichen Position und verantwortet die Entwicklung und Finanzierung des Projektes in allen Aspekten. Einzig der Verkauf des Grundstücks ist ausgeschlossen. Das Instrument des Erbbaurechts trennt Boden und Gebäude, der Boden ist Eigentum der Stiftungen, die Gebäude sind in Besitz der ExRotaprint gGmbH. Für die Nutzung des Grundstücks zahlt ExRotaprint jährlich einen Erbbauzins an die Stiftungen. In dem Erbbaurechtsvertrag wurden unsere Ziele, die paritätische Vermietung an „Arbeit, Kunst, Soziales“, die sozial integrative Ausrichtung des Projektes und dessen gemeinnütziger Status für die Projektentwicklung festgeschrieben.

Die gemeinnützige gGmbH ExRotaprint wurde am 17. Juli 2007 von Mietern auf dem Gelände gegründet. Die Gemeinnützigkeit schließt Konflikte über partielles Eigentum aus und lässt die Planung unbehelligt von Einzelinteressen. Die Gesellschafter profitieren nicht von den Einnahmen des Geländes und können bei Verkauf ihrer Gesellschaftsanteile keinen Mehrwert realisieren. So entsteht ein Ort, an dem langfristig stabil zu selbst geschaffenen Konditionen gearbeitet werden kann. Das ist der eigentliche Profit von ExRotaprint.

Der Erhalt des Baudenkmals ist die erste Zielsetzung im Gesellschaftervertrag der ExRotaprint gGmbH. Der Überschuss aus den Mieten wird für die Sanierung der Gebäude eingesetzt. Saniert wird schrittweise bei Vollvermietung. Bisher sind von uns 2,3 Mio. Euro in den Erhalt des Baudenkmals investiert worden, die Gesamtkosten der Sanierung sind auf 4,2 Mio. Euro angelegt. Die Mieten liegen zwischen 3 Euro und 5 Euro netto kalt. Als zweites Ziel ist die Förderung von Kunst und Kultur im Gesellschaftervertrag festgeschrieben. Das ermöglicht uns, neben der Konsolidierung der Gebäude inhaltlich zu arbeiten und Mittel für Themen freizumachen, die über das Lokale hinausreichen. Heute hat ExRotaprint zehn Gesellschafter, die meisten sind Mieter auf dem Gelände. Ein elfter Gesellschafter ist der RotaClub e.V., der Verein aller Mieter, der ein pauschalisiertes Stimmrecht besitzt. Die Gesellschafter und der Vorstand des Vereins treffen sich einmal im Monat, die tägliche Arbeit an der Projektentwicklung leistet ein Planungsteam aus zwei Gesellschaftern (Daniela Brahm, Les Schliesser) und zwei Architekten (Oliver Clemens, Bernhard Hummel).

Initiiert von Künstlern soll ExRotaprint nicht nur ein Ort für Künstler sein. Wir haben es von Anfang an als Herausforderung verstanden, für Menschen mit unterschiedlichen Berufen, unterschiedlicher Herkunft und Geschichte einen gemeinsamen Raum zu schaffen. Wir vermieten bewusst an Projekte, die mit der direkten Nachbarschaft von ExRotaprint arbeiten. Soziale Einrichtungen wie eine Deutsch-

schule für Migranten, Beratungseinrichtungen für Arbeitslose, eine Schule für Schulschwänzer und ein Projekt zur Berufsorientierung für Jugendliche garantieren die Öffnung des Geländes für Menschen, die im Bezirk Wedding leben und Teil des sozialen Gefüges sind, das den Wedding ausmacht. Musiker, Designer, Schriftsteller und Künstler mieten Büros, Studios und Ateliers. Wir vergeben diese Räume gern an junge Kreative, die selbst wieder zu Schnittstellen werden können, ihre Bereiche intensiv nutzen und mit ihrer Energie einen Gewinn für das Projekt darstellen. Die Erdgeschossflächen sind für produzierendes Gewerbe vorgesehen. Metallbau, Neopren und holzverarbeitende Werkstätten, Rahmen- und Ausstellungsbau, Siebdruck, Elektriker, Gebäudereinigung und Baugewerbe belegen große Einheiten. In einem Bezirk, aus dem sich Arbeitsplätze in der Produktion verabschiedet haben, sind neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zentral für die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung des Umfelds. Das räumliche Nebeneinander von Produktion, Kreativität und sozialen Einrichtungen ist eine Verschränkung, die sich gegenseitig kommentiert, kritisiert und befruchtet.

ExRotaprint ist ein Eigentumsmodell ohne Privatbesitz. Die wirtschaftliche Basis sind die Mieten. Der Mietzins finanziert die Sanierung, die Umbauten, den jährlichen Erbbauzins und den laufenden Betrieb. Arbeit wird bezahlt. Der von uns 2007 mit dem Liegenschaftsfonds verhandelte Kaufpreis könnte zu künftigen Gewinnerwartungen führen, die Begehrlichkeiten wecken. Mit der Beteiligung der Stiftungen konnten wir diese Marktlogik und die damit verbundenen Abhängigkeiten und Risiken vermeiden. Der Erbbauzins, den ExRotaprint jährlich an die Stiftungen zahlt, refinanziert den Kauf des Geländes und ermöglicht den Stiftungen, neue Projekte mit verwandter Ausrichtung anzuschieben. Es entsteht ein Geldfluss, der langfristig über ExRotaprint und unser Eigeninteresse hinausgeht.

StadtLand: Eine IBA für Thüringen

Einführung

Die Internationale Bauausstellung (IBA) Thüringen widmet sich dem Zusammenhang von demografischer Schrumpfung, Klimawandel und Energiewende sowie vielfältigen anderen sozio-kulturellen Transformationserscheinungen im gesamten Freistaat Thüringen. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines vielfältigen und kleinteiligen Siedlungsgefüges. Das Thema nicht mehr auf einen „Schrumpfende-Stadt-Diskurs“ oder als „Stadtumbau“-Motiv einzugrenzen, den Blick also über die städtischen Räume hinaus zu richten und die Wechselwirkungen von Stadt und Land zu betrachten, ist eine Reaktion auf neue Herausforderungen. Stärker als noch vor Jahren angenommen, vollziehen sich Einwohnerverschiebungen verstärkt zwischen peripheren, ländlichen Räumen und gut angenommenen, lebendigen urbanen Zentren. Schon bei den ersten Überlegungen für eine Internationale Bauausstellung (IBA) in Thüringen stand der Begriff StadtLand für eine Such- und Arbeitsrichtung nach neuen stadtländschaftlichen Beziehungen und Modellen. Es war zunächst eine Versuchsanordnung, anders auf dieses Land zu schauen, um anders darin handeln zu können. Vor dem Hintergrund demografischer Veränderungsprozesse im Spannungsfeld von Schrumpfung und Zuwanderung, von Klimawandel und Energiewende, gewaltigen technischen Neuerungen sowie sozio-kulturellen Wandlungsprozessen stehen gerade die ländlich geprägten Räume unter einem hohen Anpassungsdruck und vor enormen Veränderungen. Die bisherigen Erklärungsmuster und Planungskonzepte, aber auch Steuerungs-, Lenkungs- und Förderinstrumente im Raum bis hin zu komplexen Governancessstrukturen geraten damit auf den Prüfstand. Damit eignet sich Thüringen als Referenzrahmen für vergleichbare ländlich geprägte Regionen Deutschlands, von Europa und letztlich der Welt. Die IBA Thüringen verfolgt dabei den Ansatz des Reallabors,¹ will neue Vorgehensweisen experimentieren und Modellprojekte des Wandels zeigen.

1 Der Ansatz des Reallabors wird hier ganz allgemein als eine Strategie im Diskurs zwischen Plan und Projekt verstanden. Gleichwohl kann eine konzise Einordnung an dieser Stelle leider nicht geleistet werden.

STADTLAND als Topos

StadtLand beschreibt die siedlungsstrukturelle und lebensweltliche Realität von Thüringen. Das Bundesland ist geprägt von einer dichten und kleinteiligen Siedlungsstruktur. Die 2,15 Mio. Einwohner Thüringens leben in 849 Gemeinden, im Durchschnitt sind das 2.540 Einwohner pro Gemeinde. Vier Thüringer Städte haben mehr als 50.000 Einwohner, weitere 29 liegen in der Größenordnung von 10.000 bis 50.000 Einwohnern.² Es gibt sechs kreisfreie Städte und 17 Landkreise.

Für die IBA erscheint Thüringen als ein StadtLand mit einer elaborierten Siedlungsstruktur, in seiner Dichte und Gleichmäßigkeit fast schon ein Stadt-Dorf-Landschafts-Kontinuum. Es ist räumlich, aber auch infrastrukturell und mental geprägt von der Abwesenheit einer Metropole. Die Städte der Impulsregion (Erfurt, Weimar, Jena) sowie der Thüringer Städtekette (die darüber hinaus nach Gotha und Eisenach in westlicher Richtung und nach Gera in östlicher Richtung reicht), treten nicht in extremer Weise hervor und bilden ihre überregionale Bedeutung vorzugsweise in einer Arbeits- und Rollenteilung aus. Mit 206.000 Einwohnern ist die Landeshauptstadt Erfurt die größte Stadt des Freistaats. Die Klassikerstadt Weimar (63.000 Einwohner) bildet *die* Adresse von Thüringen und ist weltweit bekannt, Jena (108.000 Einwohner) ist der bekannteste Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Die große Zahl von mittelgroßen, historischen Residenzstädten, kleinen Landstädten und Dörfern bildet in ihren landschaftlichen Zusammenhängen von Thüringer Wald und Thüringer Becken, Eichsfeld, Vogtland und Osterland bis hin zur Schmücke und dem Unterharz das Gewebe einer historisch und baukulturell reichhaltigen, fruchtbaren und differenzierten Kulturlandschaft.

Stadt und Dorf wirken in Thüringen an vielen Stellen fast noch archetypisch. Viele Städtebilder entsprechen dem Ideal der Europäischen Stadt, deren historisch lange Linien sich städtebaulich in mittelalterlichen Stadtgrundrissen, Stadtkernen, Silhouetten und Ensembles abzeichnen; es findet sich das baulich-räumliche Repertoire der Residenzstadt oder der Ackerbürgerstädte. Es sind schöne Städte und Dörfer, eingebettet in schöne Landschaften. Das Image von Thüringen als „grüne Mitte Deutschlands“, als Region, die Kultur-, Stadt- und Naturtourismus verbinden kann, ist leicht nachzuvollziehen. In dieser räumlichen Struktur vollziehen sich große Veränderungen. Bis 2035 wird ein Rückgang der Thüringer Einwohnerzahl auf 1,88 Mio. erwartet.³ Dieser Rückgang vollzieht sich nicht gleichmäßig, vielmehr profitie-

2 Angaben nach: www.statistik.thueringen.de [31.12.2014].

3 *Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft*, Landesentwicklungsbericht Thüringen, Erfurt 2016, S. 3; 1. regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2015; Vergleichsangabe 2015: 2,16 Mio. Einwohner.



Abb. 1: IBA on tour – Eisenach; Foto: *Thomas Müller*.

ren die größeren Städte von Wanderungsgewinnen, während der ländliche Raum einschließlich der kleinen Städte überproportional verliert. Die großen Städte von Thüringen, vor allem Erfurt und Jena, sind die Ziele der Migrationsbewegungen. Die überraschend deutliche Hinwendung von jungen Nachfragegruppen zu den großen, lebendigen, vielfältigen urbanen Zentren (das sog. Schwarmstadtphänomen)⁴ erscheint als ein großes Gegenargument gegen den ländlichen Raum, die kleinen Städte in peripheren Lagen gleich eingeschlossen. Hier waltet so etwas wie soziale Ansteckung: Man wohnt da, wo auch die anderen sind.

Entgegen allen Wunschvorstellungen können sich der ländliche Raum und die klein- und mittelstädtischen Siedlungstypen demografisch nicht auf dem bisherigen Niveau reproduzieren. In der Folge steigt auf der einen Seite der Wachstumsdruck, etwa auf dem Wohnungsmarkt, und auf der anderen Seite wächst der Stress aus Abwanderung, Entleerung und Schrumpfung. Nicht nur in Thüringen sind der ländliche Raum und die kleinen Landstädte, noch viel mehr aber die Unternehmen auf die Bevölkerungsdynamik der größeren und großen Städte angewiesen. Deren erfolgreiche Entwicklung wird auch ihnen eine Zukunftsperspektive sichern.

4 Vgl. *H. Siemons*, Schwarmstädte in Deutschland, Berlin 2015.

Die Sicherung von Mobilitätsbedürfnissen wird dabei zu einem entscheidenden Faktor.

Gehen wir davon aus, dass es überall, in Stadt und Land, postindustrielle und postagrarisches Lebensstile gibt, so kann man gezielt danach suchen, welche Talente jeweils die städtischen und ländlichen Räume haben und wie sie diese in Nachbarschaft und Vernetzung miteinander entwickeln können. Hier geht die IBA Thüringen den Entwicklungschancen der kleinteiligen Siedlungsstrukturen in ländlich geprägten Räumen, jenseits einer Metropole, nach. Man muss nicht den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung bemühen, der den gedanklichen und politischen Raum für eine „umfassende polyzentrische Perspektive“⁵ in einem Zeitalter der Umzüge aufmacht und historische Beispiele der Leistungsfähigkeit solcher Netze benennt. Dieses Thüringer StadtLand ist nun einmal das, was wir haben.

Blickwechsel StadtLand

StadtLand aufzurufen gestattet, Thüringen anders zu sehen und zu erklären als bisher. Das ist auch notwendig, denn sobald man sich nicht mit dem oberflächlichen Eindruck zufrieden gibt und tiefer in Infrastrukturen, in räumliche, soziale sowie kulturelle Muster einzutauchen bereit ist, beginnen die Zuschreibungen von dem, was städtisch, ländlich oder dörflich ist, zu verschwimmen. So findet man allenthalben eine weitgehend industrialisierte Landwirtschaft in großem Maßstab anstatt bäuerlicher Idylle. Das Dorf ist längst kein Bauerndorf mehr, soziologisch wäre es oft eher als ein suburbaner Wohnstandort zu charakterisieren, aus dem die Berufspendler in die Städte oder gar in benachbarte Bundesländer fahren. Wochenpendler und Arbeiter im Homeoffice, Rückkehrer in die Heimatregion, die bisherige Arbeitsbeziehungen und soziale Bindungen nicht vollständig kappen, aber lockern, Gründer in eigener Sache, die gleichzeitig an verschiedenen Orten wohnen, regelmäßige Feriengäste mit Zweitwohnsitz in der Sommerfrische – das ist nur ein kleiner Ausschnitt der vielfältigen Stadt-Land-Beziehungen im Alltag. Zu einer vollständigen Beschreibung vom StadtLand gehören ebenfalls klein- und mittelständische Unternehmen, die in ihrer Lage im ländlichen Raum ein Pendant zur kleinteiligen Siedlungsstruktur bilden und durchaus in ihren wirtschaftlichen Beziehungen überregional bis weltweit vernetzt sein können: hidden champions. Auch die Kulturlandkarte von Thüringen zeigt eine nahezu unübersehbare Vielfalt kultureller Initiativen und künstlerischer Projekte, davon sehr viele selbstorganisiert,

5 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen*, Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte, Berlin 2016, S. 9.



Abb. 2: IBA on tour – im Landkreis Greiz; Foto: *Thomas Müller*.

viele in kleinstädtischen und ländlichen Zusammenhängen. Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens sind nicht den (Groß)Städten vorbehalten, sondern werden in Thüringen auch im ländlichen Raum erprobt. Hier entstehen in überschaubaren Gemeinschaften attraktive Wohnprojekte, die Bindung und Aufgehobensein versprechen; hier wird das Schloss zur Genossenschaft und der Schlosspark zum Ort solidarischer Landwirtschaft. Kurz: es ist angeraten, sich nicht mit dem ersten Eindruck zufrieden zu geben und genauer hinzuschauen.

Ohnehin kommen die Unschärfen der Lebensrealität oft näher als die strikte Trennung und eindeutige Zuordnung von „städtisch“ und „ländlich“. Angesichts der unbeschränkten Kommunikation und umfassenden Digitalisierung aller Lebensbereiche wird die räumliche Verortung immer weniger entscheidend für die praktische Organisation des Alltags. Die Freizügigkeit der Menschen und ihre faktischen Möglichkeiten, die jeweils gewünschten Milieus, Räume und Orte für die eigenen Lebensentwürfe zu suchen, wachsen beständig. Dort, wo die Entscheidung für oder gegen einen Wohnstandort getroffen wird, kommen nicht nur Herkunft und familiäre Bindung, Arbeitsplatz und Ausbildungsort oder die Bezahlbarkeit der Wohnung als Entscheidungskriterien zum Tragen, sondern es kommen auch solche Fragen ins Spiel: Wie viel Platz in Haus, Hof und Garten brauche ich? Wie viel Himmel und Horizont möchte ich sehen? Brauche ich die Nähe zu Tieren und



Abb. 3: IBA on tour – Felder im Weimarer Land; Foto: *Thomas Müller*.

Pflanzen zum Glücklichen? Woher kommt mein Essen? Und zunehmend wird auch die Frage gestellt: Kann ich eigentlich auch beides haben – Stadt und Land?

Die vehemente Forderung nach grünen Infrastrukturen in der Stadt und die Verteidigung unbebauter Flächen, guerilla gardening oder Roof-Water-Farms sind neue Ausdrucksformen städtischen Verhaltens mit ländlichen/landwirtschaftlichen/gärtnerischen Ursprüngen. Noch kann man ihnen keine wirtschaftlichen oder ökologischen Effekte zuordnen – zu sehr sind sie Nischen –, doch deuten die aktuellen Diskussionen an, dass sich die konzeptionellen Ideen über Stadt und Land nicht zuletzt aus den individuellen und gemeinschaftlichen Entwürfen von einem glücklichen Leben der Menschen erneuern. Richtet sich das Augenmerk der Fachwelt zu stark auf die Metropolen oder wahlweise auf die „Europäische Stadt“, fixiert man auf Urbaniten und städtische „creative classes“, bleibt für den ländlichen Raum nur noch der Blick aus dem Augenwinkel. Seine Eigenart und sein Eigensinn werden ausgeblendet.

Die im nationalen und internationalen Vergleich flächenmäßig bedeutende, auch politisch stark repräsentierte Siedlungs- und Raumkategorie blieb lange Zeit auch außerhalb unserer professionellen Wahrnehmung, während doch gerade hier gewaltige gesellschaftliche und technische Veränderungen stattfinden. Dazu wusste Rem Koolhaas einmal treffend beizutragen: „The countryside is an amalgamation



Abb. 4: IBA on tour – im Weimarer Land; Foto: *Thomas Müller*.

of tendencies that are outside our overview and outside our awareness. Our current obsession with only the city is highly irresponsible because you cannot understand the city without understanding the countryside.“⁶ Mit Thema und These vom StadtLand will die IBA Thüringen einen gesellschaftlichen und fachlichen Diskurs anstoßen und eine veränderte Praxis experimentieren, die über die strengen Abgrenzungen hinausweist. Vor dem Hintergrund der Thüringer Siedlungscharakteristik, dem Topos StadtLand, und einer unsystematischen Empirie folgend, nimmt die IBA Thüringen mit StadtLand eine Haltung ein: Das angestammte Privileg der Stadt, Ort des Fortschritts, wenn nicht gar der Avantgarde zu sein, werden ebenso wie die Idee von der Beschränkung und der Romantik des Landlebens aufgekündigt. Nicht nur in der Stadt, auch auf dem Land sind die meisten Menschen frei von einer Bindung an die Fläche (die Scholle); sie sind unabhängig von den saisonalen Rhythmen des Wetters oder dem Tageslauf der Tierpflege, sie sind auf den Supermarkt und den Bus angewiesen. Sie leben wie die anderen in der Stadt.

In Richtung der Fachdiskurse und der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung gesagt, will dieser Zugang den Autismus der „Europäischen Stadt“ überwin-

6 R. Koolhaas, Koolhaas in the Country, in: www.iconeye.com/ [23.03.2018].

den – und die sentimentale Schwärmerei fürs romantische Dorfleben à la Landlust gleich mit. StadtLand unterstellt per se kein zivilisatorisches Gefälle zwischen „kluger Stadt“ und „dummem Dorf“, sondern bewegt sich auf Augenhöhe. Damit können wir uns durch das StadtLand bewegen, ohne der Stadt den Rücken zu kehren oder dem ländlichen Raum in den Rücken zu fallen. Dies soll nicht in falscher Harmonie auflösen, was es an Unterschieden gibt, es verzichtet aber auf eine Wertung und Besetzung der Pole Position. Kenneth Anders verdanken wir die Anregung, den ländlichen Raum nicht abfällig aus einer Position der Überlegenheit der Stadt als *Umwelt*, *Umfeld* oder *Umland* zu betrachten, die sich ausschließlich aus dem Zentrum und mit Bezug darauf definiert, sondern den Blick zu weiten: „Wir gehen davon aus, dass die Dörfer und Städte ihre systemische Kraft als Wirtschaftszusammenhänge nicht wieder herstellen können. Dieser Verlust an lokaler Bindungskraft lässt sich nur durch eine breitere regionale Basis ausgleichen. Wir müssen über die Grenzen des Ortes hinausblicken und eine handlungsräumliche Perspektive ausbilden. Damit tritt die Landschaft als geteilter Raum in den Blick.“⁷

StadtLand als Fortschrittsidee und politisches Projekt

StadtLand ist für die IBA Thüringen eine Fortschrittsidee. 100 Jahre nach der Gründung des Bauhauses in Weimar und mehr als 40 Jahre nach dem Bericht des Clube of Rome zum Ende des Wachstums steht dieser Begriff für veränderte Beziehungen zwischen Natur/Siedlung und Landschaft/Gesellschaft und ihren Ressourcen. StadtLand vollzieht eine Einbettung in natürliche Zusammenhänge, wo einige Jahrhunderte Entbettung und Abkopplung stattfanden. Wie jede IBA sucht auch die IBA Thüringen nach ihrer historischen Einordnung, ihrem ganz spezifischen Moment von Veränderung und Wandel in der Gesellschaft und im Raum, der die Anstrengung, eine IBA durchzuführen, rechtfertigt und die Voraussetzungen dafür legt, etwas Relevantes über den eigenen Dunstkreis hinaus zu schaffen. Und so fragen wir uns: Welche Einordnung vollzieht die IBA Thüringen?

Die große, wenn nicht existenzielle Herausforderung dieser Zeit – so sieht es die IBA Thüringen – ist der Übergang in eine Ära der Nachhaltigkeit sowie der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit im weltweiten Maßstab. Heute erleben wir eine Zeit, in der sich nicht nur die fossilen energetischen Ressourcen, sondern sehr viele andere natürliche Lebensgrundlagen weltweit erschöpfen. So steht die Frage auf der Tagesordnung, ob der individuelle und gesellschaftliche Verbrauch der Stoffe, Produkte und Güter beständig weiter wachsen kann, selbst unter der Voraussetzung

7 K. Anders/L. Fischer, Auf der Suche nach einer neuen Sesshaftigkeit – Texte über Landschaftskommunikation, Croustillier 2015, S. 19.



Abb. 5: IBA on tour – Kannawurf, Künstlerhaus Thüringen e. V.; Foto: *Roland Lange*.

größter Effizienz. Und da die Antwort auf diese Frage eindeutig ausfällt, kommt die seit Jahrzehnten reklamierte und weichgewaschene Nachhaltigkeitsidee mit ganzer Wucht erneut auf die Tagesordnung. In die Spanne von den individuell verfolgten Werten und Lebensqualitäten über die ökologischen Folgen von Klimawandel und der Ressourcenerschöpfung bis hin zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit eines Freistaats in der Mitte von Deutschland und Europa müssen nun die störrischen Begriffe wie Suffizienz, Resilienz und Subsistenz eingetragen werden. Im Sinne von gesellschaftlichem Fortschritt, individuellem Glück sowie globaler sozialer und ökologischer Gerechtigkeit den Menschen und den Dingen gegenüber stellt das alte Rollenspiel von Stadt und Land dabei keine Perspektive und keine ausreichende politische Option mehr dar: Dazu Kenneth Anders und Lars Fischer: „Das Bild, das im Demografiediskurs vom Land gemalt wird, ist das von todegeweihten Gegenden. Unterdessen gedeihen urbane Autarkiephantasien [...] Mit der symbolischen und materiellen Entleerung des Landes sind bestimmte strategische ‚Vorteile‘ für dessen Verwertung verbunden. Der Verbrauch an Flächen, Boden und Kultur z. B. durch die Energiewirtschaft tut weniger weh, wenn es außerhalb des

eigenen Lebenskontextes erfolgt. Je enger wir also die Grenzen dieses Kontextes ziehen, umso weniger Rücksichten müssen wir üben. Da nützt auch ein grünes Bewusstsein nichts: Was nicht zum Eigenen gehört, wird von uns verbraucht, nicht bewirtschaftet. Die Konkurrenz der Räume bestimmt das Bild, es gibt Verlierer und Gewinner.“⁸

Im Kern geht es der IBA Thüringen mit StadtLand um die Beendigung eines naturvergesenen Prinzips der Stadt- und Raumentwicklung sowie des Verhaltens von Individuen, Gemeinschaften und der Gesellschaft: um einen neuen gesellschaftlichen Stoffwechsel. Die Moderne ist ja unter anderem eine Geschichte von einer in Städten und verstäderten Regionen vollzogenen Industrialisierung, von beständiger Migration in die Städte, flächenhaftem Wachstum und baulicher Verdichtung sowie von Einwohnerwachstum. Dies alles hat das professionelle Verständnis von Siedlungsentwicklung sowie vom Planen und Bauen von den Ursprüngen bis in die Gegenwart geprägt. Heute muss sich der metropolen- und stadtzentrierte Blick weiten auf Netzwerke, Arbeitsteilungen, die natürlichen Lebensgrundlagen und den ländlichen Raum. Allein werden die Städte die enormen sozialen und ökologischen Herausforderungen nicht meistern. Die große moderne Stadterzählung muss in der Gegenwart und in die Zukunft hinein überprüft und erweitert werden. Sie kommt ohne das Land, die Fläche, die Böden und Ressourcen nicht mehr aus. Aber noch immer steht Ländlichkeit unter dem Generalverdacht der Rückständigkeit, Urbanität gilt per se als fortschrittlich. Ob die sich immer deutlicher abzeichnenden gewaltbereiten populistischen Aktivitäten eher der Stadt oder dem Land zuzurechnen sind, bleibt eine müßige Rechenaufgabe. In jedem Fall steht der sich weiter entleerende ländliche Raum viel stärker in der Gefahr, seinen demokratischen und zivilen Zusammenhalt zu verlieren. „Dunkeldeutschland“ kann auf dem Land entsetzlich dunkel sein, während in der Stadt immer noch irgendwo das Licht scheint. Wir sollten daher aktiv daran arbeiten, Selbstverantwortung zu stärken und als StadtLand weltoffen, geistig und kulturell lebendig, angebunden zu bleiben. Das erreicht man nicht durch Sonntagsreden, sondern durch praktische Arbeit, politische Zuwendung und gemeinschaftliche Projekte.

8 K. Anders/L. Fischer (s. A 7), S. 33 f.

Hanno Rauterberg

Über die neue Lust am Temporären Wie die Kunst den öffentlichen Raum verändert

Seit vielen Jahrzehnten werden Künstler als Wundärzte des Urbanen eingesetzt, als Spezialisten für zugige Kreuzungen, öde Fassaden oder unbelebte Passagen. Wo immer die Architektur versagt, sollen sie das Ungestaltete gestalten und mit ihren Skulpturen der Stadt zu neuer Aura verhelfen. Eine Zeit lang, vor allem in den 1970er und 1980er Jahren, waren besonders die kantigen und schroffen Werke gefragt, man wollte Monumente, die an- und aufstoßen, die den Passanten packen und zur Stellungnahme provozieren. Später, vor allem nach der Jahrhundertwende, liebten die Stadtväter eher das Poppige – alles, was nach Kurzweil und Unterhaltung aussieht, durfte nun die Straßen bevölkern. In Gelsenkirchen zum Beispiel wurden 125 Kunstpferde gesichtet, in Bad Oeynhausen 50 Kunstschweine, in Berlin trieb eine riesige Bärenbande ihr ästhetisches Unwesen. Und selbst die Wahrzeichen der Städte, Radschläger etwa oder Torbögen, wurden kurzerhand vervielfältigt und von Künstlerhand bunt besprenkelt oder mit Streifen verziert.

Anders als die Straßenkunst von einst, anders als die vereinzelt abgestellten Edelstahlplastiken oder Rostmonumente, traten die neuen Juxskulpturen stets im Rudel auf. Viel besser als ihre althergebrachten Konkurrenten konnten sie sich so im optischen Getöse der Städte behaupten, selbst zwischen Werbegroßwänden, glitzernden Schaufenstern und Designerfahrradständern fielen sie noch auf. Nicht Akademieprofessoren, sondern die Werbestrategen der Städte kümmerten sich um diese Kunst. Sie lieben Spektakel und verlangen nach lauten Gesten, denn anders, so ihr Kalkül, lassen sich die Käufer nicht in die weithin verödeten Citys zurückholen. Die Kultur geriet zum Lock- und Spielmittel, sie wurde zum Erlebnisfaktor wie Winzerfest und Candlelight-Shopping.

Und heute? Noch immer setzen viele Städte auf die Kraft der künstlerischen Setzung. Noch immer gibt es Budgets, Wettbewerbe und Kommissionen. Und sogar mehr noch als einst wird die verlockende Macht der künstlerischen Ästhetik dafür eingesetzt, um die Toleranz und das kreative Denken einer Kommune zu demonstrieren. Insbesondere die Biennalen sorgen für internationale Aufmerksamkeit im kulturinteressierten Milieu, nebenher werden neue Skulpturenparcs gegründet und wer kann, ermutigt die Künstlerschaft zu subversiven Eingriffen.



Abb. 1: „Was tun?“-Affe in Düsseldorf;
Foto: Peter Jakubowski.



Abb. 2: Ai Wei Wei Street Art in Amsterdam;
Foto: Peter Jakubowski.

So hat die eher vulgäre Stadtvermarktung über fotogene Plastikskulpturen ihre Reize unterdessen eingebüßt, stattdessen entdeckt die Stadtentwicklung den Wert des Widerständigen und Subversiven. Geradezu dankbar war beispielsweise die HafenCity Hamburg GmbH für all jene Künstler, die sich 2009 zu einer großen alternativen Kunstveranstaltung namens *subvision. kunst. festival. off.* auf dem Strandkai der Hansestadt versammelten. Diese mussten sich den öffentlichen Raum keineswegs erobern, sie waren eingeladen und wurden gefördert, denn nur zu gut passte die temporäre, ereignisgetriebene Kunst ins Eventkonzept der Stadtvermarkter, um das damals noch weithin brach liegende Quartier zu bespielen und die Weltoffenheit Hamburgs für alle sichtbar zu machen. Widerständigkeit erwies sich als symbolpolitisch kostbares Gut. Der Kulturkapitalismus hat aus so ziemlich jeder Form der Rebellion ein konsumfähiges Produkt werden lassen.

Besonders auffällig ist dabei die neue Liebe zu allem Temporären. Neben dem Pop-up-Store und der Pop-Art-Bühne macht auch eine Pop-up-Art von sich reden. Sie sorgt für das nötige Quantum an Verblüffung, für Abwechslung und unerwartete Belebung. Anschließend verschwindet sie rückstandslos, was vielen Kommunen schon deshalb sehr entgegen kommt, weil sie sich auf diese Weise die aufwändige Pflege ersparen können, die für herkömmliche Plastiken eigentlich nötig ist. Nur die wenigsten Kunstwerke, die unsere Straßen und Plätze beleben sollen, werden ja geachtet, gar gemocht. Es gibt sie, überall haben sie ihren Ort, doch kaum jemand sieht sie noch, man hat sich an sie gewöhnt – und sie vergessen. Von Plakateklebern traktiert, von Tauben bekleckst, stehen sie da, und keiner



Abb. 3: Silberne Oldtimer vor Schloss Münster (Nam June Paik 1997);
Foto: Peter Jakobowski.

kümmert sich mehr um sie. Nicht nur den Bürgern, auch den Stadtverwaltungen sind ihre Skulpturen im öffentlichen Raum zumeist herzlich egal, für die Pflege gibt es oft keinen Etat, und so gammeln die teuer erworbenen Monumente oftmals vor sich hin. Bald schon weiß niemand mehr, wie das Künstlerding eigentlich hieß und von wem es stammte. Ergo ist es besser, gleich auf ephemere Kunstwerke zu setzen.

Der eigentliche Vorteil der Pop-up-Art ist jedoch ein anderer: Sie entspricht in vielerlei Hinsicht heutigen Vorstellungen von Öffentlichkeit. In ihr kommt zum Ausdruck, dass die Digitalmoderne in den letzten Jahren ein verändertes Bewusstsein für das hervorgebracht hat, was urbanes Leben, was geteiltes Eigentum, was kollektive Prozesse ausmacht. Die alte Idee einer Kunstbelehrung, die den Menschen ergötzen, vor allem aber voranbringen, aufklären, bilden sollte, diese alte, von klassischen Hierarchien geprägte Idee hat sich weitgehend verloren. Eher schon setzt man auf ästhetische Schwarmintelligenz.

Die allgemeine Euphorie des Selbstgestaltens ist nicht zu übersehen. In vielen öffentlichen Räumen der Stadt, selbst in jenen, die als solche selten wahrgenommen werden, unter Autobahnbrücken oder auf Verkehrsinseln etwa, lässt sich eine Kultur der Intervention und Disruption beobachten, interessanterweise oft von Nichtkünstlern getragen. In *Flashmobs* beispielsweise kommt eine wachsende Begeisterung an Performance und Irritation zum Ausdruck. Aus Paletten gezimmerte Sessel und Tische finden ihren Platz an unwirtlichen Orten, um auch jene Sphären der Stadt zurückzuerobern, die man für verloren hielt. Ähnlich leben *Street-Art* oder *Parkour* nicht allein von einem gewachsenen Gestaltungs- und Bewegungs-

drang, sondern im Kern auch davon, dass der öffentliche Raum anders wahrgenommen wird als bislang. In diesem Urbanismus von unten scheint der Wille zur selbstbestimmten Ästhetik von einem Ideal des guten Lebens getragen zu sein, von einem Bedürfnis nach temporärer Anteilnahme, nach kollektiven, körperlichen Erfahrungen, letztlich von der alten Hoffnung darauf, dass sich im urbanen Dasein das Autonome und Heteronome, das Diverse und das Gemeinschaftliche verbinden lassen.

Das Internet mit all seinen Ausprägungen hat mit der Erfindung des iPhones vor gut zehn Jahren die elektronischen Sphären verlassen. Es verändert die Städte, verändert die geteilte Erfahrung des Öffentlichen. Die Bereitschaft sich einzumischen, sich mit anderen kurzzuschalten, etwas gemeinsam zu gestalten, die Erfahrung, dass sich hier etwas verändern und dort etwas überarbeiten lässt, das Bedürfnis, sich selbst als handelndes Subjekt zu erfahren, all das gehört zur Kultur des interaktiven Internets – und all dem verdankt die Stadt der Digitalmoderne, verdankt die Öffentlichkeit viel von ihrer wachsenden Vitalität.

Auch das Netz kennt natürlich widerstrebende Bewegungen: Es erschließt Wege in die Anonymität und Vereinzelung; zugleich befördert es das Kollektivdenken, jenes Phänomen des *Sharism*, das im Moment viel von sich reden macht. Vielleicht ließe sich sogar behaupten, dass dieses Gemeinschaftsgefühl, das in *Crowd-Sourcing*-Projekten wie WIKIPEDIA zum Ausdruck kommt, und erst recht jene Freiheit der Meinungsäußerung, jenes Moment der Selbstermächtigung, das aus dem Nutzer einen Produzenten macht, dass all diese Internetphänomene auch die Psychologie des Öffentlichen verändern und sich nicht zuletzt deshalb das Verhalten vieler Menschen in den realen Räumen der Öffentlichkeit wandelt.

Interessanterweise finden dabei viele angestammte Techniken der künstlerischen Intervention zu ungeahnter Popularität. Man könnte sogar fragen, ob sich die Kunst im öffentlichen Raum nicht verselbständigt und sich die alte Rolle des Künstlers überholt hat. Jedenfalls wird der neue Urbanismus von unten vielerorts von einem Jargon der Subversion begleitet, wie ihn auch zahlreiche künstlerische Milieus pflegen.

Von *Guerilla Crosswalks* ist die Rede, wenn Aktivisten mit weißer Farbe einen Zebrastreifen auf die Straße malen. Es gibt *Guerilla Wayfinding* (nach Vorlagen im Internet ausgedruckte Hinweisschilder, die mit Plastikbändern an Laternenmasten festgemacht werden). Es gibt *Space Hijacker* (die per Facebook, Twitter oder auf anderen Kanälen dazu aufrufen, einen U-Bahn-Waggon zu okkupieren, um dort eine Party abzuhalten). Es gibt *Weed Bombing* (wenn in heruntergekommenen Quartieren wucherndes Unkraut farbig angesprüht wird, um es schmückender erscheinen zu lassen oder auch um auf die Verwahrlosung aufmerksam zu machen). Und natürlich gibt es auch Guerilla-Gärtner. Dabei signalisiert der Begriff Guerilla

vor allem, dass es sich um ein eigenmächtiges Tun handelt: nicht ferngesteuert von staatlichen Stellen, nicht fremdbestimmt von ökonomischen Interessen, sondern freies Handeln im freien Raum. Ein gewisser Kitzel des Verbotenen, selbst wenn keine strafrechtliche Verfolgung droht, mag dazukommen.

In gewisser Weise hat die klassische Kunst im öffentlichen Raum, haben die Skulpturenparcs und hat der künstlerische Interventionismus über die Jahre kräftig Konkurrenz bekommen, nicht zuletzt durch die vielen *Street Artists*, die aus Gullydeckeln, Ampeln, sogar Bäumen einen Bildträger zu machen verstehen. Die *Street Art* lässt sich als eine Variante der alten Volkskunst verstehen, mit durchaus folkloristischen Komponenten, aber ebenso mit großem Witz. Es ist eine Kunst, die sich nicht festlegt auf ein Material oder bestimmte Formen, und anders als Graffiti tritt sie meist nicht aggressiv auf, sondern im Gegenteil, oft so unscheinbar, dass man sie fast übersieht – wenn etwa ein Luftballon vor einer Überwachungskamera baumelt, so dass dieser die Sicht genommen wird, oder wenn winzige Spielfiguren aus ihrer Modelleisenbahnerwelt in den urbanen Raum transplantiert werden, wo sie dann beispielsweise auf einer weggeworfenen Bierdose sitzen. Besonders beliebt scheinen Kunstformen zu sein, die mit der Stadt, ihrem Körper in Beziehung treten, ihn nicht bekämpfen, sondern überformen, ihre Hässlichkeit zum Anlass nehmen, sie mit einer eigenen Idee ins Absurde, ins Spielerische zu wenden, dem öffentlichen Raum also bereichernd, spielerisch zu begegnen.

Viele Begriffe begleiten diese Verwandlung des Öffentlichen, da ist die Rede von *Bottom Up*, *Open Source*, *Open Design*, *Open Data*, von *Crowd Sourcing* oder *Cocreation*, und sie alle zeugen von einem gesteigerten Interesse an kollektiven Denk- und Entwicklungsprozessen. Auch das Feld der etablierten Kunst, das noch immer stark von Institutionen geprägt ist, wird sich durch dieses Interesse verändern. Es wächst in der Digitalmoderne die Relevanz des Responsiven und Aktivistischen, die Betrachter der Kunst wollen sich nicht länger als Objekte einer missionarischen Weltverbesserung erfahren, sondern als gestaltendes Gegenüber, sie möchten nicht allein Anerkennung zollen, sondern ebenso erhalten.

Damit folgt die Kunstentwicklung eben jenen gewandelten Ansprüchen, die auch manche Teile der klassischen Stadtentwicklung prägen. Spätestens seitdem der Begriff des Wutbürgers populär geworden ist, von dem es heißt, er wolle alles an Veränderungen verhindern, was seine Lebensroutinen stört, sind viele Kommunen mehr denn je und aus Eigeninteresse bereit, mögliche Einwände frühzeitig zu entkräften und nach Kompromissen zu suchen. In manchen Städten werden die Beteiligungsmöglichkeiten derart ausgeweitet, dass sie sich fast schon selbst erschöpfen. Niemand soll den Eindruck haben, die öffentliche Verwaltung schotte sich ab, es werden Open-Space-Konferenzen abgehalten, Charrette-Verfahren durchgeführt, internetgestützte Mitmachprozesse entwickelt. Gleichwohl droht mancherorts die

Partizipation zum Selbstzweck zu werden. Einige warnen bereits vor der Gefahr des reinen „Particitainment“ (Klaus Selle), vor einer Bürgerbeteiligung, die nur mehr eine Schau- und Showveranstaltung ist.

Auf vergleichbare Weise erfreut sich auch die Partizipationskunst wachsender Beliebtheit, mit durchaus vergleichbaren Problemen. Denn die meisten Formen der Beteiligungskultur, die sich im Kunstfeld bislang entwickelt haben, finden ihren Ausgang und ihr Ende nach wie vor in der vom Künstler getragenen Initiative. Er definiert den Rahmen, er gibt den Impuls. Vor allem aber: Er steht mit seinem Namen dafür ein. Unter diesen Bedingungen mag Reizvolles oder Erwartbares entstehen, es bleibt in jedem Fall ein Gefälle zwischen einerseits jenen, die aktiviert, eingebunden, inspiriert werden sollen – sie sind es, denen etwas vermittelt werden soll –, und andererseits den Aktivierenden, Einbindenden, Inspirierten, die als Vermittelnde auftreten. Dieses Gefälle aber, das viele Partizipationsprojekte der Kunst zumindest unterschwellig prägt, ist mit dem wachsenden Selbstbewusstsein der digital geprägten Öffentlichkeit nur schwerlich zu vereinbaren.

Vielleicht auch deshalb verlegen nicht wenige Künstler ihre partizipatorischen Bemühungen unterdessen in die sozialpolitische Sphäre. Sie wollen den öffentlichen Raum nicht schmücken, wollen die Öffentlichkeit nicht unterhalten oder auf ästhetische Weise bereichern, sondern hoffen auf eine Nützlichkeit, die der Kunst eine verlorene Relevanz und eine andere Öffentlichkeit zurückgewinnen soll. Nicht als genialische Schöpfer verstehen sie sich, sondern als Anstifter, als Wandler und Planer, als Streetworker in Sachen Ästhetik. Und ihnen begegnet eine unerwartete Nachfrage. In Hoyerswerda zum Beispiel, wo die Aktion „Verkunstete Platte“ dazu beitragen soll, den ostdeutschen Bevölkerungsschwund zu stoppen. Oder in Holland, wo die Künstlerin Jeanne van Heeswijk von einer Wohnungsbaugesellschaft eingeladen wurde, sich um eine trostlose Siedlung aus den 1960er Jahren zu kümmern. Dort, in Vlaardingen, einem Vorort von Rotterdam, sollten die Hoch- und Scheibenhäuser modernisiert werden, die Grundrisse vieler Wohnungen wollte man verändern, die Mieter mussten um- und ausziehen, und der Missmut wuchs. Van Heeswijk setzte dagegen ihre Ideen: In leerstehende Geschäfte ließ sie zahlreiche Künstler einziehen, allesamt Motivationsspezialisten, begierig, die Bewohner des Quartiers zur Selbsterkundung herauszufordern. Die einen tischten eine Tonne bunte Knete auf und ließen die begeisterte Jugend zwei Wochen lang die wildesten Landschaften formen. Andere baten Jung und Alt zu einer recht ungewöhnlichen Porträtsitzung, bei der kein Bild gemalt wird, sondern ein Gedicht entsteht, kurze Verse, die von den Künstlern gebündelt und in die örtliche Bücherei getragen wurden, zum Nachlesen.

Nun wird man schwerlich behaupten wollen, dass die Planungsämter und Architektenbüros sich solche künstlerischen Interventionen und Aktionen bewusst zum

Vorbild nähmen, um ihre eigene gestalterische Praxis zu verändern. Doch finden sich durchaus Beispiele, die den wachsenden Mitsprachebedürfnissen entsprechen und ungewohnte, im Einzelfall auch temporäre Formen der Stadtentwicklung ausloten. In Magdeburg war das so, in einem jener Stadtteile, die häufig als verloren gelten, weil alle, die können, fortziehen und nur die Alten und Armen noch zurückbleiben. Dort, in Salbke, auf einer wüsten Brachfläche, wuchs ein Projekt heran, das von der spontanen Lust am Machen ebenso erzählt wie von dauerhafter Verantwortung und davon, wie ein Planungsamt aus dem Nichts heraus etwas entstehen lässt, das selbst auf der Architekturbiennale in Venedig noch Anklang findet. Bis zu einem Brand in den 1980er Jahren befand sich auf dem Grundstück eine Bibliothek, und so lag es nahe, eine solche dort wieder zu errichten, um der maroden Lage des Quartiers etwas entgegenzusetzen – mit einem Zeichen, dass es doch weitergehen könnte. Es gab einen Workshop, es gründete sich ein Bürgerverein, und gemeinsam mit dem Büro Karo Architekten aus Leipzig wurde ein Plan für das Projekt entwickelt: Eine Art öffentliches Bücherregal sollte entstehen, dazu Sitzmöglichkeiten, ein winziger Park und eine Bühne, das Ganze so angeordnet, dass die Wohnhäuser von dem Lärm einer stark befahrenen Straße abgeschirmt werden. Wenig später, ganz im Stile des taktischen Urbanismus, wurde aus den Skizzen ein Modell im Maßstab 1:1 errichtet, aus 1.000 Bierkästen, zur Verfügung gestellt vom Getränkehändler vor Ort. Es gab 2005 ein Lesefest, per Spendenaufruf kamen auch gleich einige hundert Bücher zusammen; es sollte eine Freihandbibliothek werden, ohne Leihgebühren, ohne Mitgliedsausweise, 24 Stunden am Tag geöffnet.

Die Bürger konnten sich selbst als Akteure des Wandels erleben, doch das allein hätte nicht ausgereicht. Es brauchte die beratende Unterstützung der professionellen Planer und die finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand. Die Stadt kaufte das Grundstück, der Bund gab aus Sondermitteln die nötigen Gelder, um aus dem Bierkastenmodell ein richtiges, wenngleich zwittriges Gebäude zu machen, das schon deshalb allen offen steht, der Grundschule ebenso wie dem Musikverein oder den Jugendlichen des Viertels, weil es sich nicht verschließen lässt. Die Öffentlichkeit selbst ist der Raum, und der Raum lässt Öffentlichkeit erst entstehen. So braucht es auch keine Fassade im herkömmlichen Sinne, sondern nur eine Verkleidung für die monolithische Wand des Bauwerks, und diese verdankt sich – ein guter Scherz und zugleich eine umweltbewusste Upcycling-Maßnahme – einem Konsumgebäude, der ehemaligen Horten-Filiale aus Hamm; nun lebt das Warenhaus weiter als Stadtkultur.

Die allgemeine Bereitschaft, die brach gefallenen Räume der Stadt neu zu nutzen, die Freude an der spontanen Aktion, der Wille zum Wir, die beratende Erfahrung der Behörde, das staatliche Geld und der bürgerschaftliche Langmut, nicht zuletzt aber auch das Bedürfnis nach Kultur und Kunst, nach Bildung und

Erbauung, das alles musste zusammenkommen, um in Magdeburg aus der ersten Skizze ein lebendiges Zentrum des Viertels werden zu lassen. Selbst hier aber bleibt offen, wie weit die Begeisterung des Anfangs anhalten wird, zumal die Freiluftbibliothek immer wieder von Randalierern schwer malträtirt wird. Das Wir, das hier seinen Ort zu finden scheint, ist brüchig, davon zeugen zertrümmerte Scheiben, beschmierte Wände, zerfledderte Bücher. Auch die politischen und sozialen Konflikte betreten die neue Bühne des Quartiers. Und so erweist sich eine Unternehmung wie diese immer auch als Probe darauf, wie weit die sozialen Kohäsionskräfte eigentlich tragen. Mag der öffentliche Raum auch vieles verbinden, was ansonsten unverbunden bliebe, tritt doch die alte Frage auf, ob und wie aus Gemeinschaft Gesellschaft wird und ob der urbane Wandel zurückwirkt auf die politische Wirklichkeit.

Diese Fragen sind es, die auch viele Künstler der Gegenwart beschäftigen. Sie mögen keine Werke im herkömmlichen Sinne mehr produzieren, nichts, was aufgestellt und gepflegt werden müsste, doch ihr Selbstverständnis wird weiterhin in einem politischen Sinne geprägt sein. *L'art pour l'art* kann es im öffentlichen Raum kaum geben, alles, was hier als Kunst auftritt, wird Teil eines sozialen Gewebes, in dem sich viel stärker als im Museum die ästhetische Selbstbezüglichkeit verbietet. Gerade deshalb aber müssen sich die Künstler nach den Rück- und Auswirkungen ihres Tuns befragen. Ihr Material sind nicht Marmor, Bronze oder Leinwand, es sind oft Menschen in ihrer Verletzlichkeit. Und obwohl die meisten Sozialkünstler von sich behaupten würden, dass sie im Menschen eben kein Material erblicken, sondern ein ebenbürtiges Gegenüber, bleibt doch der Grundanspruch erhalten, der sich notwendig mit dem Begriff der Kunst verbindet: ein Anspruch des Formens und Gestaltens. Gibt ein Künstler diesen Anspruch auf, dann wird er seinem Ziel des sozialen Wandels kaum gerecht werden. Behält er ihn aber bei, dann wird er schon deshalb eine nichtegale, unter Umständen auch paternalistische Rolle einnehmen, weil er selbst es ist, der etwas für gestalt- und also kunstwürdig erklärt.

Mit der Kunst im öffentlichen Raum ist es also nicht einfacher geworden. Gerade in einer durch digitale Techniken belebten und von dem Anspruch auf Selbstbestimmtheit geprägten Öffentlichkeit, braucht es Planer und Architekten, die offenen Sinns die Wechselspiele von Kunst und Stadt begleiten. Je stärker die bisherigen Vorstellungen brüchig werden, je ungeschützter und unvorhersehbarer die ästhetische Erfahrung wird, desto aufwändiger wird es für die Stadt, sich auf das Abenteuer namens Kunst einzulassen. Die Kunst markiert kein Außerhalb mehr, keine Gegenwelt, deshalb werden sich die Spielformen der künstlerischen Praxis ebenso verändern müssen wie die Städte. Der Prozess hat gerade erst begonnen.

Planung über Projekte in Erfurt? **Eignen sich Konstruktionsprinzipien der alten Großstadt als Planungshypothese für die nachhaltige Stadt der Zukunft?**

Was die Fragestellung „Planung über Projekte“ anbetrifft, ist Erfurt in vielerlei Hinsicht ein Sonderfall, der ungeachtet dessen fast exemplarisch und über Jahrhunderte hinweg die Synergien, aber auch die Antagonismen zwischen „Planung“ und „Projekt“ widerspiegelt. Von Kriegszerstörungen fast vollständig verschont, zeigt sich der Stadtgrundriss bis auf wenige Ergänzungen noch heute in Gestalt des 15. Jahrhunderts, als Erfurt mit etwa 20.000 Einwohnern zu den wenigen wirklichen Großstädten im deutschsprachigen Raum gehörte.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass der Grundriss dieser etwa 240 Hektar großen Altstadt aus einem dichten Geflecht sehr unterschiedlicher, gewachsener wie auch geplanter, in jedem Fall aber ganz eng aneinander gefügter Quartiere besteht, an deren Nahtstellen mitunter die Stadträume in die jeweils benachbarte Typologie überleiten wie kühne Modulationen in eine entfernte Tonart. Aufgebaut auf nicht weniger als vier kreuzenden Fernhandelsstraßen, die sich im Stadtgebiet auf drei Furten über die im Viertelskreis die Innenstadt durchziehende Gera aufspalten und folglich früh innere Weggabelungen ausgebildet haben, wird der Stadtgrundriss durch gleich mehrere, offenkundig geplante und elegant geschwungene bogenförmige Stadtanlagen aus dem dreizehnten Jahrhundert radikal durchbrochen.

Anders als in vielen anderen, als Gesamtheit geplanten Städten baut die Syntax dieses Grundrisses nicht auf einem rechtwinkligen Raster, sondern auf den Elementen von Bogen und Dreieck auf. Dies erzeugt einen reichen Fundus an spannungsreichen Ikonographien im Straßenraum, sodass die vielfach nicht einmal herausragende Architektur der Bürger- und Handwerkerhäuser aus dem 15. bis 20. Jahrhundert schon durch die erzwungene Einpassung in die oft schiefwinkligen Parzellen zur Wirkung kommt.

Die stattlichen Patrizierhäuser der einflussreichen Familien reihen sich hingegen bündig und mit flachem Fassadenrelief in den Baufluchten der wichtigsten Straßenzüge auf. Meist steht heute bereits die dritte oder vierte Hausgeneration auf der Parzelle und den Kelleranlagen des Mittelalters. Planung hat also den „Projekten“ einen engen Rahmen gesetzt, aber erst gemeinsam mit diesen Projekten – den Häu-



Abb. 1: Erfurt 1650, Stadtansicht von Matthäus Merian;
Quelle: <http://www.landkartenindex.de/historischelandkarten/wp-content/uploads/2014/08/Erfurt-1650-Merian.jpg>.

sern, Pfarrkirchen, Klöstern und den öffentlichen Bauten – sind sie zu einem höchst anpassungsfähigen Gesamtkunstwerk geworden.

Der erst spät einsetzende Modernisierungsschub des 19. Jahrhunderts hat in der dicht bebauten Stadt nur kleinräumige Grundrissergänzungen mit sich gebracht. Die auf dem zugeschütteten inneren Graben und dem ersten Mauerring geplante Ringstraße nach Wiener Vorbild konnte sich gegenüber den parallel verlaufenden mittelalterlichen Plananlagen von Anger und Johannesstraße nicht durchsetzen.

Die Gestalt der Straßenräume wurde hingegen durch die nahezu doppelt so hohe nächste Häusergeneration stark überformt, und man kann sich bisweilen wundern, zu welcher befremdlicher und zugleich doch stimmigen Komposition der mittelalterliche, italienisch anmutende Grundriss des Angers mit

der eklektizistischen Architektur der an ihm stehenden Geschäftshäuser aus der Jahrhundertwende verschmolzen ist.

Auch die aus heutiger Sicht durchaus differenziert zu bewertenden, punktuellen Eingriffe der 1960er bis 1980er Jahre haben das empfindliche Raumsystem der historischen Stadt nicht zu brechen vermocht. Der nach Jahrzehnten des Verfalls schließlich 1989 doch noch drohende flächige Substanzverlust konnte in letzter Sekunde aufgehalten werden, nachdem im Herbst 1989 eine Menschenkette kritischer Bürger, direkt vis-à-vis der Zentrale der Staatssicherheit, mit Kerzen in der Hand mutig für den Erhalt der historischen Altstadt eingestanden war. Damit ist die Wende in Erfurt zugleich untrennbar mit einem starken Bekenntnis der Stadtgesellschaft zum Erhalt ihrer historischen Altstadt und damit der eingepprägten Syntax ihrer Stadt verknüpft. Stadtpolitik und Stadtplanung haben in der Folge sehr schnell, klug und umsichtig gehandelt und damit die dicht bebaute Altstadt vor dem Verlust bewahrt.



Abb. 2, 3: Erfurt, Altstadt 1992, Fotos: Paul Börsch.

Dennoch war die unmittelbare Nachwendezeit hinsichtlich der Fragestellung „Planung versus Projekt“ ein seltsamer Nullpunkt. Zwar sind die Bilder der graubraunen, verfallenen, werbefreien Straßenzüge aus der ersten Nachwendezeit vielen Besuchern der Stadt noch bekannt. Aber ihr damaliger innerer Zustand ist doch inzwischen in Vergessenheit geraten, vor allem bei ihren Bewohnern selbst.

Die Stadt war seltsam erstarrt und stehen geblieben, jede Gasse, jedes Haus zu einer anderen Zeit, als hätte jemand vor Längerem ihre Uhr angehalten, manche tickten noch ein wenig, erhellt von einer einzelnen Glühlampe, aus anderen Fenstern schien der Mond durch das offene Dach. Die Stadt, die schon so viel erlebt hatte in ihrer 1200jährigen Geschichte, wartete einfach ab, was mit ihr passieren würde.

Die Zukunft war unkalkulierbar, mit Gewissheit würde sie grundlegend anders sein, aber sie schien doch auf eine frühlinghafte Weise heiter, voller Hoffnung und Erwartung. Es gab Häuser, an denen Pappschilder befestigt waren, auf denen stand „Dieses Haus wird saniert“, ohne dass irgendetwas darin stattzufinden schien. Allein mit dem Schild war für alle erkennbar die Widmung von „Verfall“ in „Erhalt“ umgewandelt worden, woran man sich zu halten hatte und auch hielt.

Was es an Planung gegeben hatte, war fundamental in Frage gestellt (auch wenn wir jungen Planer allmählich merkten, dass die Altstadtsanierung in den Büros der Stadtarchitekten bereits in verblüffender Genauigkeit vorweg geplant worden war – freilich ohne jede Aussicht auf Realisierung), und was künftig zu planen sei, war bestenfalls in groben Umrissen zu erkennen. Dass im Rückblick gesehen auch die 25 Jahre danach keineswegs insgesamt planbar sein würden, ahnten wir damals genau so wenig wie die kolossalen Trendbrüche und die Kürze der Zeitabschnitte, in der sie sich jeweils abspielen würden. Auf alle Fälle aber war alles, was es an Projekten



Abb. 4: Erfurt, Baugrube Hirschgarten, 2005; Quelle: creative commons, Author: Wikswat, vgl. https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Baugrube_Hirschgarten_2005.JPG [23.04.2018]

gab, angehalten oder dem nahen Ende geweiht. Bis auf den maßstabslosen Rohbau des „Hauses der Kultur“ am Hirschgarten hatte die jüngste Entwicklung weitgehend außerhalb dieser Welt des Bestandes an der Peripherie stattgefunden.

Nun ging es vor allem darum, den unglaublichen Schatz dieser einmaligen Altstadt zu erhalten und zu sanieren. Und doch drängten sich schnell die nächsten Gefahren auf: Im Wettbewerb zu den hocheffizienten, sich sprunghaft auf der grünen Wiese ausbreitenden Einkaufszentren mussten in der Altstadt die weitgehend verloren gegangenen gründerzeitlichen Verkaufsflächen reaktiviert und mitten im denkmalgeschützten Bestand der Altstadt die Funktionen eines oberzentralen Versorgungsbereichs reimplantiert werden. Andernfalls hätte man riskiert, die Altstadt zu einem jenseits von Förderung und Sonderabschreibung kaum mehr unterhaltbaren Freilichtmuseum herauszuputzen.

Schnell zeigten sich dann die Auswirkungen der dramatischen Schrumpfung infolge Abwanderung und Suburbanisierung: Zwölf Jahre nach der Wende hatten bereits 30.000 Einwohner die Stadt verlassen, die Prognosen sagten übereinstimmend für die kommenden 18 Jahre weitere Verluste von nochmal 30.000 bis 45.000 Ein-

wohnern voraus. In den Großsiedlungen zogen die Menschen in Scharen aus, in manchen Straßen gab es 30 %, ja 40 % Leerstand und zunehmende Verwahrlosung. Selbst bei einem Rückbau von tausend Wohnungen pro Jahr ließ sich in der Summe gerade einmal ein weiteres Anwachsen der Leerstände verhindern.

Für die lang erhoffte und herbeigesehnte Chance auf eine sorgfältige städtebauliche Korrektur der nicht selten zu groß geratenen Wohnkomplexe war, das wurde schnell deutlich, weder Raum noch Zeit. Die Genossenschaften und das kommunale Wohnungsunternehmen waren akut von Überschuldung und Insolvenz bedroht und mussten sich so schnell wie möglich von den schlimmsten Verlustbringern und den darauf liegenden Altschulden trennen. Es begann ein neuer Wettlauf mit der Zeit.

Zudem konnte auch niemand einen planerisch zu verfolgenden Zielzustand dieses Stadtumbaus formulieren: Bei der Projektion dieser Entwicklung in eine fernere Zukunft tat sich ein schwindelerregender Abgrund auf. Was hingegen möglich schien, war eine mühsame und konfliktträchtige Verständigung auf die unverzichtbar zu erhaltenden Kerne der Großsiedlungen. Außerhalb dieser „Garantiegebiete“ sind bis 2008 in Erfurt etwa 7.000 meist unsanierte, heruntergewohnte Plattenbauwohnungen abgerissen worden, die zwar inzwischen von der Politik wieder herbeigeseht werden, deren Sanierung aber schon vor zehn Jahren wirtschaftlich kaum mehr sinnvoll gewesen wäre.

Heute, gerade einmal weitere 10 Jahre später, hat Erfurt wieder 15.000 Einwohner hinzugewonnen. Auf die Prognose für 2017 aus dem Jahr 2002 bezogen sind das sogar 40.000 Einwohner mehr, eine größere Kleinstadt. Die aktuellen Prognosen sehen Erfurt im Jahr 2035 bei 230.000 Einwohnern, nochmals 19.000 mehr als heute. Vergleicht man den jeweils 18 Jahre in die Zukunft reichenden Prognosezeitraum aus dem Jahr 2002 mit dem heutigen, beträgt die Differenz sogar 78.000 Einwohner, das ist mehr als ein Drittel der Einwohnerzahl im mittelfristigen Planungshorizont.

Und es wird viel gebaut, die Leerstandsreserven sind aufgebraucht, die Stadt braucht 800 neue Wohnungen pro Jahr. Seit einigen Jahren entstehen fast überall im kompakt bebauten Stadtgebiet neue Wohnungsbauvorhaben, häufig nach Einladungswettbewerben und auf Grundlage vorhabenbezogener Bebauungspläne auf kleinen und größeren Brachflächen. Keine zehn Jahre vorher bestanden die Planungsperspektiven dieser Flächen, zumeist heftig in die Stadtstruktur hereingerissener Zäsuren und Löcher, noch aus surrealen Stadtidyllen mit grasenden Schafen in melancholischen Transformationsräumen.

Der Flächennutzungsplan, noch ganz im Geist der 1990er Jahre aufgestellt und nach endlosen Debatten erst 2006 – obgleich in seinen optimistischen Annahmen zu diesem Zeitpunkt schon weit abseits der Realität – beschlossen, hat merklich später wieder die Umlaufbahn der tatsächlichen Stadtentwicklung gekreuzt und war-

tet nun auf seine anstehende, in Übereinstimmung mit allen Planwerken erfolgende und durch Fachgutachten ausführlich zu untersetzende Neuaufstellung.

In diesem Kontext stellt sich, um auf die anfängliche Fragestellung zurückzukommen, die Frage, inwieweit übergeordnete Planungen noch in der Lage sind, sachgerechte Rahmensetzungen für eine immer kürzer getaktete Stadtentwicklung mit immer kürzeren Halbwertszeiten zu liefern, zumal die Städte heute viel unmittelbarer globalen Trendbrüchen ausgeliefert sind als noch vor zwanzig Jahren.

Beliebig von Jedermann zu generierende Datenmengen stellen die Legitimität von Planungsaussagen immer häufiger in Frage, und die Komplexität der zu steuernden, oft parallel zu anderen verlaufenden Prozesse ist insgesamt so hoch, dass Planungsergebnisse immer schlechter in statische Zielkonzepte einfließen können. Zugleich nehmen die finanziellen und personellen Ressourcen von Planung immer weiter ab, und die – unbestritten legitimen und wohl auch notwendigen – konsensorientierten Beteiligungsprozesse sind nicht selten so zeitaufwändig, dass eine Aktualität von Planung unter diesen Bedingungen kaum mehr möglich ist. Inaktuelle Planungen aber können kaum noch eine Bindungswirkung in Politik und Gesellschaft entfalten.

Haben wir also, so könnte man schließen, gerade „schlechte Zeiten“ für Planung? In der Geschichte und im Selbstverständnis von Stadtplanung gibt es abwechselnd Phasen von großer Planungsgläubigkeit und großer Projektgläubigkeit. Zum Entstehen von Stadt bedarf es unzweifelhaft beider, aber die Schwierigkeit besteht darin, ihre jeweils ganz unterschiedlichen Logiken gleichzeitig anzuwenden. Außerdem treffen die Planungsauffassungen stets auf eine ganze Anzahl anderer, zueinander zeitversetzter Entwicklungstrends, Wirtschaftszyklen und kollektiver gesellschaftlicher Wertvorstellungen, die für sich jeweils ganz anderen Intervallen folgen und die erst zusammengenommen die Amplituden von Planung und Steuerung bestimmen. Und es geht um die Deutung von Entwicklungstrends und Prozessen. Dahinein fallen nun der dringende Wohnungsbedarf, die ganzen Projekte, Bauabsichten, der Investitionsdruck und der Modernisierungsbedarf, die auf eine Realisierung drängen und in ihrer Summe wieder ein Stück neue Stadt ergeben werden, von der wir zu Recht erwarten, dass sie einen urbanen Mehrwert erzeugen, „mehr Stadt“.

Wie „integriert“ und komplex kann in den Zeiten von Big Data unsere Stadtplanung überhaupt sein? Oder setzt Planung nicht immer mehr die Fähigkeit zur Reduktion auf das Wesentliche, zur Abstraktion voraus – auf Grundlage eines gemeinsamen Stadtkulturverständnisses der Stadtgesellschaft? Letztlich folgen die meisten Planungen doch immer der Logik der zunächst noch abstrakt vorausgedachten Projekte.

Ist es nicht so, dass beide, Projekt und Planung, einer besonderen Partitur im Hintergrund folgen müssen, einem „roten Faden“? Muss dieses Stadtkulturver-

Abb. 5, 6, 7, 8:
Motive der Stadtpartitur Erfurt;
Fotos: Paul Börsch.



ständnis tatsächlich immer wieder neu ausgehandelt werden? Oder gibt es nicht auch die „langen Linien“ in den Stadtpersönlichkeiten, die „verborgenen Strukturen der Städte als vor Ort eingespielte, zumeist stillschweigend wirksame Prozesse der Sinnkonstruktion“, wie es Martina Löw in der „Eigenlogik der Städte“ so wunderbar formuliert hat?

Erfurt zählt – wie Köln, Mainz oder Augsburg – zu der Gruppe der sehr alten Städte, die stoisch in sich ruhen, die viel erlebt haben und vieles ertragen können, die die Erinnerung an früheren Glanz in sich tragen, die voll großartigster Inszenierungen stecken und für die jede neue Zutat, jedes Ereignis nur eine kleine Episode in ihrer langen Geschichte darstellt. Zumeist sehen sie gelassen in die Zukunft und nehmen es mit gelegentlichen Ausreißern nicht zu genau, solange die „roten Fäden“ nicht beschädigt werden.

Erfurt ist, das folgt schon aus dem faszinierenden Grundriss, auf der Logik des Zufußgehens aufgebaut, weit über die Altstadt hinaus. Das Grundmaß der Stadt ist noch heute der menschliche Schritt, der direkte Weg, unglaublich effizient und überraschend schnell über Weggabeln und Diagonalen, fast ohne Hindernisse. Nahezu nirgends gibt es unwirtliche Räume, die sich dem Fußgänger verschließen. Ergänzend werden alle wichtigen Straßen- und Platzfolgen von der Stadtbahn in dichtem Takt mit allein hier 17 Haltestellen erschlossen, so dass sich der Fußgänger in der 240 ha großen Innenstadt hocheffizient bewegen kann.



Aus welchen Motiven ist nun die Partitur dieser Stadt gemacht? Sie ist eine Stadt aus Holz, Lehm und Kalkstein zusammengesetzt zu traufständigen Häusern mit Sockel, Toreinfahrten und Traufstreifen, außen hart und steinern, hinter den Mauern und in den Höfen blühend und grün. Die Kirchtürme besetzen alle wichtigen Fluchtpunkte im Stadtraum, allein die Altstadt hat noch über 20 von einst 36 Türmen.

Für jedes Grundstück, für jeden Ort in dieser Stadt, scheint es seit Jahrhunderten verschiedene Grundmuster zu geben, die ihm untrennbar als Entwicklungsperspektive innewohnen und die bei aller Vielgestaltigkeit des Stadtbildes sehr stringent angewendet wurden. Diese Möglichkeiten sind zunächst die Grundposition, das Haus auf der Parzelle, dann eine möglicherweise nicht oder früher schon einmal ausgeführte andere Spur oder Option, die im Grundriss der Stadt angelegt ist. Dann hat beinahe jedes Grundstück die Möglichkeit der Aufdoppelung, einfach, zweifach, selten dreifach, aber es muss das Grundmaß der Parzellen einhalten. Keinen Platz gibt es hingegen für Glasfugen oder Verbinder. Als viertes gibt es die Transformation oder Umkehrung, in der das Grundmuster zu einer anderen Figur, oder die Parzelle invers zu einem Freiraum umgewandelt wird, und schließlich gibt es die Amalgamisierung, das Verschmelzen verschiedener Grundtypen oder vorhandener Fremdkörper mit Grundtypen zu etwas Neuem, das sich trotzdem in die alten Wurzeln darunter einpasst.

Es ist faszinierend, diesen jahrhundertealten Regeln und Charakteren nachzuspüren – dem eigentlichen Grundgerüst für jede Art von Planung. Es ist erstaunlich festzustellen, dass dieses Grundgerüst auch für die Planung neuer Quartiere taugt, nicht einmal unbedingt als Mimikri, sondern ganz unmittelbar als Ordnungsprinzip.

Hierauf wächst diese Stadt derzeit, mit über 100 einzelnen Wohnungsbauprojekten mit einer Korngröße zwischen 10 und 450 Wohneinheiten, etwa die Hälfte über vorhabenbezogene Bebauungspläne, ein weiteres Viertel über bestehendes Planungsrecht und ein letztes Viertel über §34 BauGB. Wenn diese etwa 7.000 Wohnungen gebaut sein werden, sind die verfügbaren Brachflächen in der Stadt aufgebraucht und die Rückbaureserven in den Großsiedlungen gefüllt, ohne dass bis dahin ein Hektar unversiegeltes Land aufgegeben worden wäre.

Danach, und da beginnen gerade die entsprechenden Überlegungen, wird die Stadt – so es gelingt – mit diesem Grundgerüst weiter nach außen wachsen. Und zwar mit Planung und Projekten gleichermaßen.

Plan oder Projekt?

Auf der Suche jenseits der Komfortzone

Einführung

Plan oder Projekt? Um einer Antwort auf diese Frage näher zu kommen, ist es erforderlich, hinter den Vorhang unserer Planungsdisziplinen zu schauen und zugleich weit über deren Grenzen hinaus. So lässt sich erkennen, warum Städtebau und Stadtentwicklung „auf zeitlich befristete, räumlich begrenzte und publikumswirksam fokussierte Projekte“ fixiert sind. Es lässt sich erahnen, warum der Wunsch, integrierte, möglichst alle Bereiche und Themen umfassende Masterpläne oder Stadtentwicklungskonzepte zu entwerfen, eher nach Utopie, denn nach Realität klingt. Sich dort – jenseits der Komfortzone des eigenen Berufsstandes – zu bewegen, bedeutet auf unsicherem Terrain unterwegs zu sein. Das gilt folglich auch für diesen Text.

Ich verstehe ihn als Einladung im doppelten Sinne. Zunächst mit mir entlang einiger Erfahrungen und Eindrücke zu gehen, die ich seit einiger Zeit sammle. Dann aber auch, sich selbst auf den Weg zu machen. Ich glaube nämlich, dass nur dann, wenn sich viele von uns trauen, die eingetretenen Pfade unseres Tagesgeschäfts zu verlassen und wir uns darüber austauschen, es möglich wird, adäquate Antworten auf die Frage zu finden, wie wir Städtebau und Stadtentwicklung im Angesicht der sich gegenwärtig vollziehenden rasanten Veränderungen in Wissenschaft, Technologie, Gesellschaft, Kultur und Politik tatsächlich nachhaltig und gemeinwohlorientiert betreiben könnten.

Um mich anzunähern, reflektiere ich zunächst einige Erfahrungen aus meinem Tagesgeschäft, um dann hinter besagten Vorhang zu blicken, wo immer wieder irritierende Momente aufblitzen, die Vieles, was ich beruflich so tue – zumindest stellenweise – in Frage stellen. Früher bin ich oft über solche Momente hinweggegangen; zu wild, zu spekulativ erschienen mir die Assoziationen zu meinem Tagesgeschäft. Seitdem ich sie etwas ernster nehme, verdichten sie sich zu einer Art Kette, die ich als „Subline“ bezeichnen möchte. Allerdings blieb und bleibt der Blick auf sie diffus. Möglichkeiten, als Planender *anders* zu arbeiten lassen sich daraus kaum erschließen. Deswegen habe ich mich noch etwas weiter aus meiner Komfortzone herausbewegt und mich mit einigen Quellen und Texten beschäftigt, die das,

was sich an Veränderungen gegenwärtig vollzieht, sowohl gegen den Strich bürsten als auch sehr weit nach vorne denken. Mit Rückschlüssen daraus wende ich mich dann der Frage „Plan oder Projekt?“ erneut zu.

Tagesgeschäft

Mein Tagesgeschäft ist mehr oder weniger geprägt durch eine Reihe kleiner und größerer, mal mehr, mal weniger dynamischer Projekte, Akquiseverfahren, geschäftsführender Tätigkeiten, Reisen, Veranstaltungsmoderationen und Konferenzteilnahmen und Vorträgen. Gelegentlich fügen sich die Teile dieses hier nur skizzenhaft umrissenen Profils fast passförmig ineinander, gehen mir leicht von der Hand. Oft erfordern sie jedoch viel Koordination, sie werden kompliziert. Ressourcen müssen abgewogen, Zeitdeputate genau gewichtet und auf plötzliche Veränderungen schnell und sachlich reagiert werden.

Noch dynamischer wird es, wenn – wie in der integrierten Stadtentwicklung häufig – die Strukturen des einen oder anderen Projektes komplex werden. Das passiert oft dann, wenn im laufenden Verfahren immer mehr Akteure hinzutreten, deren Interessen berücksichtigt werden sollen. Handfeste Gegensätze treffen dann aufeinander, die sich politisch und fachlich inhaltlich voneinander unterscheiden und oft jeweils auch in sich ambivalent sind. Gleiche Begriffe werden dabei nicht selten unterschiedlich konnotiert, müssen also sortiert und „übersetzt“ werden. Wenn die divergierenden Interessen mit konkreten Maßnahmen verknüpft sind, die viel Geld kosten, gewinnt das Projekt weiter an Fahrt. Die Geschwindigkeit ist dann nicht zuletzt auch davon abhängig, mit welcher Kompetenz der eine oder andere Akteur handelt, beziehungsweise befähigt ist, zu verhandeln. Hinzu kommen Urlaubszeiten, Krankmeldungen oder Zuarbeiten, die im Eilverfahren prioritär vorgezogen werden müssen. Die Vielzahl an Parametern führt in solch einem Projekt zu Wechselwirkungen, die man im Vorfeld unmöglich alle berücksichtigen kann. Folglich geraten selbst umfangreich abgestimmte Zeitpläne ins Wanken: Sie sind oft schon Makulatur, kurz nachdem sie angepasst wurden, müssen dann erneut abgestimmt werden und so weiter. Dazu kommt eine Vielzahl von Abstimmungsgesprächen.

Wofür in solchen Phasen – aber auch sonst – kaum Zeit bleibt, ist das Herstellen von Querbezügen zwischen den Projekten, ein übergeordneter, vielleicht auch nachdenklicher Blick auf das, was sich da in Städtebau und Stadtentwicklung tut, was ich hier und da erkenne, aber nicht weiterverfolgen kann und was ich daraus für meine eigene Haltung – auch hinsichtlich der Frage „Plan oder Projekt?“ – an Rückschlüssen ziehen könnte. Stattdessen geht es meist darum, zügig, aber zugleich mit Blick auf Qualität, Schritt für Schritt die Dinge abzuarbeiten.



Abb. 2: Entwurfsorte für die *neo*-europäische Stadt; Quelle: G. Langenbrinck.

Ihren Entwurfsort suchten sich die Studierenden auf Spaziergängen durch die Stadt. Von deren Rändern bewegten sie sich zu Fuß zurück bis zu einem Ort, an dem sie vage das Gefühl hatten, Berlin als Stadt in Europa geht in die europäische Stadt Berlin über. Nachdem wir städtebauliche und soziostrukturelle Daten zu den Orten gesammelt und ausgewertet hatten, wählten wir die beiden vielversprechendsten als Entwurfsgebiete.

Rückblickend schwebte jenes *neo* wie ein großes Fragezeichen über allen Schritten auf dem Weg zum städtebaulichen Plan. Wie ein Leitbild ohne Bild umkreisen wir es, näherten uns ihm mit vorsichtigen Schritten an, ohne es je zu erreichen. Durch den Bezug „europäische Stadt“ entstand dabei ein Raum, in dem wir zugleich zurück in die Geschichte als auch in die Zukunft gehen konnten.

Eingebettet war die Lehrveranstaltung in ein übergeordnetes Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, an dem zehn bundesdeutsche Hochschulen beteiligt waren. Die Ergebnisse sollten in einer einwöchigen Werkstatt an der Universität Kassel zusammengeführt werden. Nicht einfach. Denn während die Studierenden in ihren Diskussionen immer grundsätzlicher wurden, pochten die Dozenten

auf Pragmatik und Einhaltung des Zeitplans. Vor allem das Thema SMART-City führte zu Streitgesprächen. Statt Digitalisierung per se positiv zu konnotieren, formulierten die Studierenden handfeste Widersprüche. Nachhaltige Stadtentwicklung zu betreiben stehe einer Gesellschaft gegenüber, die den Prämissen einer neoliberalen Wachstumslogik folge. „Klassische“ Verfahren und Prozesse der Planung seien für das Arbeiten in solch einem Spannungsfeld schlichtweg ungeeignet. Statt Ergebnisse krampfhaft in einer Agenda zusammenzuführen, wäre es weit wichtiger, über solche neuen Prozesse und Verfahren, sprich eher das „Wie“ denn das „Was“ des Planens, zu diskutieren.

Für mich waren diese Diskussionen ein Aha-Erlebnis, spiegelten sie doch Gespräche, die wir im Rahmen eines Forschungsprojekts der Wüstenrot Stiftung fast wortgleich hatten. Unter dem Titel „Bedingt planbar – Städtebau und Stadtentwicklung in Deutschland und Europa“, fragten wir ebenfalls nach dem „Wie“ des Planens. Können durch eine andere Haltung, die wir im Prozess von Städtebau und Stadtentwicklung einnehmen, *andere* Optionen entstehen? Ob sie unbedingt besser sind, bleibt dahingestellt. Aber entstünde so tatsächlich ein *Mehr* an Möglichkeiten, um mit den ständigen wirtschaftlichen, technologischen, sozialen oder klimatischen Veränderungen *anders* umzugehen?

Wie bereits erwähnt, eröffneten die beiden Projekte trotz forderndem Tagesgeschäft Möglichkeiten für Reflektion. Ansonsten geht es mir nicht anders als vielen von uns, die das Gefühl haben, Jahr für Jahr würde es noch ein wenig mehr. Doch stimmt das? Und wenn ja, warum ist dem so? Um das zu erkennen, habe ich – zumindest gedanklich – meine Komfortzone des Tagesgeschäfts noch etwas weiter hinter mir gelassen.

Subline

Manchmal, in Freizeit, nach der Arbeit, beim Spaziergang durch die Stadt, im Gespräch mit Freunden, beim Lesen eines Presseartikels oder eines Tweets, jedenfalls jenseits meines Tagesgeschäfts, gibt es Momente, in denen ich leicht stirnrunzelnd kurz innehalte. Zusammengesetzt bilden die Momente eine Kette assoziativer Schlaglichter, die ich als „Subline“ bezeichne.



Abb. 3: Titelbild Positionspapier;
Quelle: Wüstenrot Stiftung.



Abb. 4: „Nimmersatt“; Foto: G. Langenbrinck.

So fand ich mich vor einiger Zeit unvermittelt vor einer Szenerie, die wie ein Symbol für Widersprüche zwischen nachhaltiger Stadtentwicklung und kapitalistischer Wirtschaftslogik stand. Da hielt plötzlich vor mir ein Müllwagen, auf dem eine Werbetafel mit der Aufschrift „Nimmersatt“ prangte. Hinten stand ein Müllmann auf der Pritsche, der mit seinem Mobiltelefon hantierte. Vor dem Müllwagen stand ein Smart. Allerdings nicht jener Zweitürige, den man allenthalben kennt, sondern der weitaus größere Viertürige. Vielleicht ausgelöst durch den Müllwagen, fragte ich mich, ob diese Version des Autos die ursprüngliche Intention von Smart nicht eigentlich konterkariert, mehr Platz braucht und schlicht mehr Müll und Schadstoffe produziert. Schließlich stand vor dem Smart noch eine graue Mülltonne. In dieser Situation geriet sie für mich zum Sinnbild für eine Stadtentwicklung, die zwar Nachhaltigkeit predigt, aber – bei genauerem Hinsehen – letztlich immer mehr Müll produziert. Auch der Müllmann, der vielleicht gerade bei Amazon etwas bestellte, das ihm am kommenden Tag per Kurier nach Hause gebracht werden würde, ist Teil der Verwertungskette. Den Verpackungsmüll schmeißt er in die Tonne, die er anderntags mit seinem „Nimmersatt“-Müllwagen selbst entleeren wird. Der Smart ist nicht wirklich smart, denn er verbraucht zu viel Energie für seine Herstellung und für seinen Betrieb.

Ich gehe ein paar Schritte weiter und laufe an einem Haus vorbei, das energetisch saniert werden soll. Das Baugerüst ist mit einem riesigen Werbeplakat bedeckt auf dem der neue VW-Golf GTI prangt. Er hat 238 PS! Von 0 auf 100 rast er in 8,6 Se-



Abb. 5: Golf-Plakat; Foto: G. Langenbrinck.

kunden. Wie passt der hohe Benzinverbrauch mit der energetischen Sanierung des Gebäudes dahinter zusammen? Unweit, um die Ecke gelegen, wird noch ein Haus, diesmal aus der Gründerzeit, energetisch saniert. Große Stapel Isoliermaterials liegen davor. Jede Platte 20 cm dick. Sie werden die Proportionen des Hauses verändern, Stuckdetails gehen verloren. Ich frage mich, ob wir das baukulturell vertreten können? Sollten wir angesichts rasanter Entwicklungen in der Materialtechnik nicht einfach ein paar Jahre warten mit der Sanierung solch besonders erhaltenswerter Bausubstanz?

Am Abend lese ich einen Zeitungsbericht.² Es geht um die verbleibenden Rohölvorkommen. An drei Sätzen bleibe ich hängen: „Die Rohölvorkommen sind gigantisch“. [...] nach den aktuellen Prognosen [ist] die Erdölversorgung in diesem Jahrhundert gesichert. [...] Auch Autofahrer spüren die Entlastung“. Wie beruhigend denke ich! Aber: „Stimmt das?“ Wer soll durch diesen Artikel eigentlich beruhigt werden? Steht er nicht in merkwürdiger Verbindung zum Werbeplakat mit den PS-Monstern? „Mach weiter! Kauf dir deinen Golf!“ Selbstbetrug? Ja! Aber mal ehrlich, der permanente Druck nachhaltig zu arbeiten und zu leben, er ist: anstrengend.

Meine „Subline“ lässt sich beliebig verlängern. Die in ihr zutage tretenden Widersprüche sind Symptome, deren Ursachen ich allerdings – wenn überhaupt – nur

² Wie lange reicht das Öl noch. Die internationale Energieagentur warnt vor Engpass – und fordert Investitionen in die Förderung, in: Berliner Morgenpost, 08.03.2017, S. 27.

schemenhaft erkenne. Sie sind zu komplex, machen mich ratlos, manchmal wütend, auch weil sie in unmittelbarem Bezug zu meinem Tagesgeschäft stehen. Dessen Rahmen wird weich, verformt sich. Nicht die Komplexität an sich ist dafür verantwortlich. Sie gab es schon immer. Es sind ihre Qualitäten und Dimensionen. Deren Grad bestimmt die Dynamik von Komplexität. Und die Dynamik ist immer wieder anders. Sie macht uns zu schaffen. Wenn man dem amerikanischen Gesellschaftstheoretiker Jeremy Rifkin Glauben schenken darf, entsteht besonders hohe Dynamik immer dann, wenn sich die Energieordnung und die Kommunikationsmittel faktisch gleichzeitig verändern. Derzeit, so Rifkin, dezentralisiert sich die Energieordnung zusammen mit den digitalen Möglichkeiten der Kommunikation. Es entsteht „eine neue Matrix zur Neuorientierung der Zeit-Raum-Dynamik, die wiederum einer größeren Zahl von Menschen erlaubt, sich in komplexeren sozialen Geflechten zu organisieren“.³

Statt sich jedoch mit den veränderten Dynamiken zu beschäftigen, betreiben viele von uns „work as usual“, lassen sich von Terminketten und Abstimmungsgesprächen einnehmen, wenn nicht korrumpieren. Wir arbeiten weiter mit der gleichen Haltung, denselben Formaten, Instrumenten und Methoden, obwohl deren Schwächen an vielen Stellen offen zu Tage treten.

Möglichkeiten

Viele Momente meiner „Subline“ haben mich sehr verunsichert. Gibt es überhaupt Möglichkeiten, Städtebau und Stadtentwicklung aktiv nachhaltig und gemeinwohlorientiert zu betreiben? Anregungen hierzu fand ich nicht innerhalb meiner Disziplin, sondern weit außerhalb: in der Soziologie, der Philosophie und den Gesellschaftswissenschaften. Drei davon will ich kurz skizzieren. Sie haben alle direkt oder indirekt mit Stadt oder Planung zu tun.

Nassim Nicolas Taleb führt „Antifragilität“⁴ als neuen Begriff ein. Tatsächlich gab es wohl bisher kein Wort, das das Gegenteil von Fragilität angemessen bezeichnet hätte. Meist wird von „Resilienz“ oder „Robustheit“ gesprochen. Doch das trifft es nicht. Etwas Robustes wird durch Erschütterungen weder besser noch schlechter, es bleibt, wie es ist. Etwas Fragiles, ein Glas zum Beispiel, zerbricht schon durch einen leichten Schlag. Folglich müsste etwas Antifragiles durch Erschütterungen, kleine Fehler oder Unfälle stärker werden. Antifragil sind laut Taleb Evolution, Kultur, wir Menschen, aber eben auch Städte. Sie sind jedoch nicht nur antifragil, sondern

3 J. Rifkin, Die Null Grenzkosten Gesellschaft. Das Internet der Dinge, Kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, Frankfurt a. M. 2014, S. 42.

4 N. N. Taleb, Antifragilität. Anleitung für eine Welt, die wir nicht verstehen, München, 2014.

auch komplex, „voller schwer auszumachender Wechselwirkungen und nichtlinearer Reaktionen“.⁵ Wie aber geht man mit ihnen um, wie arbeitet man mit ihnen? In jedem Fall, so Taleb, sollte man davon Abstand nehmen, sie gänzlich verstehen zu wollen. Schon gar nicht sollte man Prognosen über ihre Entwicklung anstellen. Stattdessen sei wichtig, einige grundsätzliche Prinzipien zu verinnerlichen, zum Beispiel das der Nichtlinearität. Mit seinem Ansatz will er zeigen, wie wir in komplexen Systemen dennoch konstruktiv handeln können. Dabei setzt er nicht auf technologische Algorithmen, die aus der Analyse riesiger Datenmengen die Zukunft berechnen, sondern auf Heuristik. Leider, so Taleb, sei es „schwer, datenhörigen Menschen zu erklären, dass die Risiken sich in der Zukunft befinden, nicht in der Vergangenheit“.⁶ Heuristiken hingegen seien schlichte Faustregeln, die komplexe Dinge vereinfachen. Ihr Vorteil bestünde darin, „dass der Benutzer weiß, dass diese Regeln nicht perfekt, sondern lediglich zweckdienliches Hilfsmittel sind“.⁷ An einer Stelle seines Buches fragt er sich, warum noch vor hundert Jahren selbst große Projekte, wie etwa die Erbauung des Londoner Crystal Palace, im veranschlagten Zeitraum und innerhalb des Kostenrahmens umgesetzt werden konnten. Er macht hierfür wachsende Vernetzung und eine auf Effizienz abzielende Globalisierung verantwortlich, die immer mehr mit IT arbeite: „Die Welt wird zunehmend unvorhersagbar, und wir verlassen uns mehr und mehr auf Technologien, die irrtumsbehaftet sind und schwer abzuschätzende Wechselwirkungen hervorrufen.“⁸

Mit solchen Wechselwirkungen beschäftigt sich auch Yuval Noah Harari. Mit gnadenloser Konsequenz denkt er in seinem Buch „Homo Deus“ das zu Ende, was er als „Datenreligion“ oder „Dataismus“ bezeichnet. Sämtliche Organismen – „Giraffen, Tomaten und Menschen“ werden im Dataismus als Algorithmen definiert.⁹ Von technologischen Algorithmen unterscheiden sie sich lediglich in den Methoden der Datenverarbeitung. Von Taleb als anfällig kritisiert, stellt Harari sie sich als letztlich intelligenter und auch mächtiger als den Menschen vor. Wer als Städtebauer und Stadtentwickler verstehen möchte, nach welchen Prinzipien die Protagonisten bei Google, Apple, Amazon oder Uber daran basteln, den Einzelhandel zu verändern, autonomes Fahren zu entwickeln und eine ganze Palette weiterer biotechnischer Verfahren und technologischer Algorithmen zu erproben, sollte sich mit dem Dataismus beschäftigen. Die Frage, wie man Städte zukünftig entwickeln und bauen soll, müsste demzufolge eigentlich vollkommen neu gestellt werden. Aus dem Datais-

5 Ebda., S. 26.

6 Ebda., S. 147.

7 Ebda., S. 33.

8 Ebda., S. 398.

9 Y.N. Harari, Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen, München, 2017, S. 499.

mus steigt ein wahrhaft atemberaubendes Leitbild auf, dessen Umsetzung mit einer ungeheuren Kraftanstrengung und sehr viel Geld angegangen wird. Manifestieren wird es sich voraussichtlich demnächst in „Quayside“, einem neuen Quartier, das der Technologiekonzern Alphabet am Hafen von Toronto bauen wird.¹⁰ Dataismus macht Angst, fasziniert aber auch. Stadt ist in dieser Gedankenwelt nichts anderes als ein gewaltiger Algorithmus, in dem menschliche und technologische Algorithmen existieren. Der Mensch an sich ist nur noch als datenlieferndes Kollektiv interessant. Als Individuum hat er ausgedient. Harari stellt fest, dass das Individuum durch den Dataismus implodiert und mit ihm das Konzept eines Humanismus, der ja von der Einzigartigkeit des Individuums ausgeht. Was werden wir tun in diesen Städten? Arbeit im heutigen Sinne wird es dort kaum noch geben. Wie gestaltet sich der Alltag? So faszinierend der ein oder andere Aspekt des Dataismus auch klingen mag, so sehr muss man fragen: Was ist mit den Millionen (wenn nicht Milliarden) Menschen, die aller Voraussicht nach im Schatten der gewaltigen Veränderungen leben müssen? Was ist mit denen, die keine Chance haben, daran teilzuhaben, weil sie aus dem Dunstkreis des weltverbessernden Homo Deus herausfallen? Werden die Ströme an Menschen, die sich zu den Städten aufmachen, um leben zu können, nicht weiter wachsen? „Immerhin“, schreibt Harari, der Dataismus ist als Vorstellung attraktiv: „Sie verschafft allen Wissenschaften eine gemeinsame Sprache, überbrückt akademische Gräben und erleichtert den Export von Erkenntnissen über Fächergrenzen hinweg. Musikwissenschaftler, Ökonomen und Zellbiologen können sich endlich gegenseitig verstehen.“¹¹ Vielleicht auch für Städtebau und Stadtentwicklung. Er ist nicht unkritisch, zeigt positive wie negative Konsequenzen. So sieht er, dass die schon heute gewaltige Flut an Daten zum Problem für uns Menschen wird. Es wirft ein interessantes Licht auf unser Tagesgeschäft, wenn er schreibt: „Im 21. Jahrhundert bedeutet Zensur, die Menschen mit irrelevanten Informationen zu überschwemmen. Die Menschen wissen einfach nicht, worauf sie achten sollen, und vergeuden ihre Zeit oft damit, sich mit Nebenaspekten zu beschäftigen. In früheren Zeiten bedeutete Macht, Zugang zu Daten zu haben. Heute bedeutet Macht zu wissen, was man ignorieren kann.“ Sein Buch endet mit drei Fragen, von denen eine unmittelbar für Städtebau und Stadtentwicklung, aber auch für die Frage „Plan oder Projekt?“ relevant ist: „Was wird aus unserer Gesellschaft, unserer Politik und unserem Alltagsleben, wenn nichtbewusste, aber hochintelligente Algorithmen uns besser kennen als wir uns selbst?“¹²

10 Vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kuenstliche-intelligenz/googles-mutterkonzern-baut-eine-intelligente-stadt-15252637.html?GEPC=s5 [23.03.2018].

11 Y. N. Harari (s. A 9), S. 498.

12 Ebda., S. 536 u. 537.

Anders als für Harari ist für den Soziologen Ulrich Beck vollständig unklar, wohin die Reise geht. Fest steht für ihn nur, dass Lösungen für weltweite negative Veränderungen, wie jene durch den Klimawandel, nicht im geschlossenen Rahmen nationalstaatlicher Verfasstheit gesucht werden können. Löst man sich von der Vorstellung, erkenne man, dass wir uns in einer „Metamorphose der Welt“ befinden, bei der reale wie virtuelle Grenzen neu bestimmt werden. „Der nationale Blick [...] macht uns, im wissenschaftlichen wie im öffentlichen Diskurs, für die Handlungsalternativen des Klimawandels blind, die sich nur der kosmopolitischen Perspektive erschließen.“¹³ Statt der Nationalstaaten sieht Beck deshalb die Weltstädte als die eigentlichen Protagonisten kommender Entwicklungen, weil „der Klimawandel in diesen Städten sichtbare Auswirkungen hat“. Er prallt dort zudem mit religiösen und humanistischen Problemstellungen zusammen. Es entsteht eine Gemengelage, „die

als Innovationsansatz wirkt, weil Kooperation und Wettbewerb der Städte grenzüberschreitend stattfinden; und weil Maßnahmen gegen den Klimawandel und andere Folgen jener Gemengelage Quellen lokaler politischer Legitimation sein können“.¹⁴ Sicherlich verschwinden die Nationalstaaten nicht. Doch ihre Rolle verändert sich. Beck betont wiederholt, dass Städte besser aktiv werden können, wenn sie in einem auf demokratischen Grundwerten basierenden Nationalstaat liegen als in einer Diktatur angesiedelt sind. Und: Die Motive, warum eine Stadt in einer Gemeinschaft der Weltstädte aktiv werden kann, müssen dabei nicht nur positiv sein. „Offenbar ist eine andere Form der Gemeinschaftsbildung ebenfalls vorstellbar, eine, die durch Konflikte über negative Werte (Krisen, Risiken, Vernichtungsgefahren) voranschreitet.“¹⁵

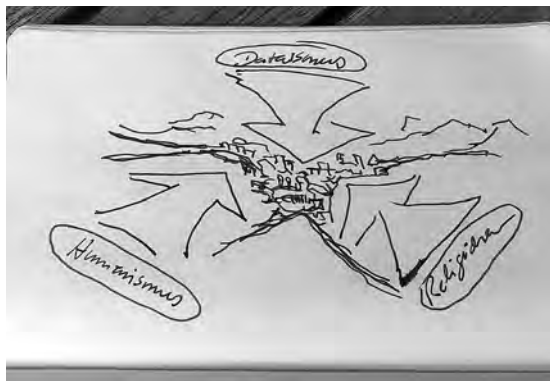


Abb. 6: „Humanismus“; Quelle: G. Langenbrinck.



Abb. 7: „Metamorphose“; Quelle: G. Langenbrinck.

13 U. Beck, Die Metamorphose der Welt, Berlin 2017, S. 61.

14 Ebda., S. 68.

15 Ebda., S. 222.

Becks Analyse ist weitaus politischer als die von Taleb oder Harari, sie sucht nach neuen realpolitischen Formaten, die in den gewaltigen urbanen Agglomerationen kosmopolitischer Weltstädte entstehen sollen. Sie eröffnen Möglichkeiten, die Folgen des Klimawandels und weiterer transnationaler Gemengelagen *anders* zu lösen.

Die Gegenüberstellung der drei Ansätze offenbart Widersprüche. Sicherlich. Dennoch helfen sie, den Nebel, der über den Momenten meiner „Subline“ schwebt, ein wenig zu lichten. Hinter den Symptomen werden Ursachen erkennbar – auch für mein Tagesgeschäft. Diese eröffnen weitergedacht Optionen für Städtebau und Stadtentwicklung, die sich mir so vorher nicht erschließen konnten.

Haltung

Das Terrain, auf dem sich Städtebau und Stadtentwicklung entwickeln, ist unsicher. Kaum ein von Menschen gemachtes System ist so komplex, so sehr von Nicht-linearitäten und unvorhersehbaren Ereignissen geprägt wie Stadt. Wie also darin arbeiten? Taleb empfiehlt statt immer präziserer Datenerfassung und Statistik Heuristik und bemängelt, dass seit der Moderne kaum noch jemand bereit sei, „die eigene Haut aufs Spiel“ zu setzen.¹⁶ Sich derartig auszusetzen klingt absurd angesichts des allgegenwärtigen Sicherheitsdenkens, mit dem wir – nicht nur in der Planung – durch immer aufwendigere Forschungen, Fachgutachten und Gesetze versuchen, *alles* „rechtlich wasserdicht“ zu machen. Nicht zuletzt kann man genau darin einen Grund dafür erkennen, warum gegenwärtig die Tendenz eher in Richtung ‚Projekt‘, weniger in Richtung ‚Plan‘ weist. Was mit Blick auf die kommunikativen Skills erforderlich ist, wäre ein Planen, das stärker „im Sinne einer Kunst des Herausfindens“ agiert, bei dem man „von einem bequemen Rezeptdenken [...], der Suche nach fertigen, situationsunabhängig gültigen Prinzipien, die für alle gelten können – immer und überall“, Abschied nehmen muss.¹⁷ Das impliziert auch eine *andere* Haltung. Sie könnte sich durch „Witz und Selbstironie“, gepaart mit einem Schuss „melancholischer Bescheidenheit“ auszeichnen.¹⁸

Was damit gemeint sein kann, beschreibt Martin Burckhardt anlässlich eines Architekturseminars, in dem er sich mit allzu viel Selbstsicherheit seiner Studierenden konfrontiert sah. Er bat sie kurzerhand, sich vorzustellen, dass das, was sie planen, ein Verbrechen sei. Plötzlich fragten die Studierenden nicht mehr danach, was sie

¹⁶ N. N. Taleb (s. A 4), S. 24.

¹⁷ B. Pörksen/F. Schulz von Thun, Kommunikation als Lebenskunst, Philosophie und Praxis des Miteinander-Redens, Heidelberg 2014, S. 14.

¹⁸ Ebda., S. 10.

selbst, sondern was „potenzielle Zeugen“ am Tatort wollen: „Ich schaue nicht mehr durch die Brille meiner Begierden, Ängste [...] sondern mit dem Blick der anderen“. Das führt zu „Multiperspektivität, die sehr viel komplexer ist als das, was sich ein einzelner Mensch zurechtzulegen vermag.“ Die entstehenden Planungen wären, so Burckhardt, weit reicher, vielschichtiger und subtiler gewesen.¹⁹ Eine *andere* Haltung offenbart nicht nur *andere*, sondern schlicht *mehr* Optionen.

Komfortzone

Eigentlich ist es klar: Wer als Planerin oder Planer auf dem unsicheren Terrain der Stadt unterwegs ist, befindet sich per se außerhalb seiner Komfortzone. Wenn man das etwas weiter denkt, landet man quasi automatisch bei Vergleichen mit dem Militärischen. Es ist ein Handeln im offenen Feld. Um dort zurecht zu kommen, taugt der Plan vielleicht zur *Vorbereitung* einer Schlacht. Während der eigentlichen Konfrontation nützt planendes Handeln dann aber nur noch wenig. Vielmehr ist strategisches Handeln nötig, was so ungefähr das Gegenteil von geordneter Planung bedeutet. Strategie erfordert Einfühlung in den „Feind“, aber auch realistische Selbsteinschätzung. Zudem braucht sie schnell Informationen, um auf Veränderungen im Feld reagieren zu können. Diese Informationen bleiben oft ungenau, im Ungefähren, reichen aber, um im Sinne einer Heuristik abzuwägen. Mit Blick auf Städtebau und Stadtentwicklung hieße das, aus drei, vier möglichen Optionen die vielversprechendste zu erkennen, um mit ihr weiterzuarbeiten.

Plan oder Projekt?

Was heißt das nun für Städtebau und Stadtentwicklung, für die Frage „Plan oder Projekt“? Welche Rückschlüsse für das Tagesgeschäft lassen sich aus den geschilderten Projekten, den Eindrücken aus der „Subline“ sowie den Exkursen, weit jenseits meiner eigenen Komfortzone ziehen? Was hat all das mit der *anderen* Haltung zu tun, durch die *andere* Optionen möglich werden? Ich möchte das anhand eines Beispiels aus Berlin schildern.

Gegenüber dem goldglänzenden Axel-Springer-Hochhaus und dem noch heute in seiner expressiven Dynamik beeindruckenden Mossehaus steht ein neues, großes, schillerndes Gebäude, das Rem Koolhaas, einer der wohl berühmtesten Architekten unserer Zeit, entworfen hat. Der Axel-Springer-Verlag will darin nichts weniger als die Arbeitsräume in der digitalen Welt neu erfinden. Durch seine Architektur

19 M. Burckhardt, *Digitale Renaissance. Manifest für eine neue Welt*, Berlin 2014, S. 196.

und das öffentlich zugängliche Erdgeschoss wird das Gebäude wohl weit über sich hinaus strahlen. Wie ein Komet schlägt es in der ansonsten eher beschaulichen, im Schatten der umtriebigen Mitte Berlins liegenden südlichen Friedrichstadt ein. Die Entstehung dieses Gebäudes trägt alle Attribute eines großen marketingwirksamen Projektes, mit dem in einem überschaubaren Zeitraum Stadt weiterentwickelt werden soll. Ein Wettbewerb mit international renommierter Jury, ein anschließendes Baugenehmigungsverfahren, das – zumindest von außen betrachtet – ohne nennenswerte Schwierigkeiten durchgeführt werden konnte, schließlich ein Bauprozess, der weitgehend termingerecht umgesetzt wird.

Unweit davon entsteht, gegenüber des Jüdischen Museums mit seinem Zackenblitz, fast zeitgleich ein ganz anderes, ebenso aufregendes innerstädtisches Neubauquartier. Die Grundstücke, die um den dort ehemals situierten Berliner Blumengroßmarkt bebaut werden, sind zum Teil vom Liegenschaftsfonds per Konzeptverfahren vergeben worden. Im Gegensatz zu Koolhaas' exogenem Kometeneinschlag wurden die Konzepte für die Bebauung der Grundstücke aus den endogenen Potenzialen des Quartiers entwickelt. Um sie zur Baureife zu führen, wurde anstelle eines Wettbewerbs, der ja angesichts der Vergabeform nicht möglich war, ein von uns konzipiertes und moderiertes Qualifizierendes Verfahren (QV) durchgeführt. Städtebau, Architektur, Freiraumentwicklung und Detailplanung wurden zwischen den Planenden, Bauherren, Experten, Baustadtrat, Vertretern aus Bezirks- und Senatsverwaltung, Jüdischem Museum und der Bürgerschaft stufenweise verhandelt. Statt einer Jury fanden moderierte Gespräche auf Augenhöhe statt. Was das QV auszeichnete, war, dass alle Beteiligten mit jener *anderen* Haltung operierten. Offen! In der Tat entstanden so jene anderen Optionen, die so vorher kaum von einem der Mitwirkenden hätten geplant werden können.

QV und Konzeptvergabe vorausgegangen war ein mehrjähriger Prozess. Wer ihn unmittelbar miterlebt hat, wird rückblickend feststellen, dass er wenig mit einem geordneten Planungsverfahren zu tun hatte. Auf Außenstehende kann das anders wirken. Leicht können sie den Eindruck gewinnen, dass es sich um ein von langer Hand geplantes städtebauliches Entwicklungsverfahren handelt. So wurden Leitlinien entwickelt, fanden Bürgerbeteiligungsverfahren und Stakeholdereinbindung statt. Dennoch stand am Beginn der Entwicklung eher das unbestimmte Gefühl eines engagierten Amtsleiters, der schlicht *mehr* wollte für das Quartier in der südlichen Friedrichstadt und ohne Agenda und konkretes Vorhaben erst einmal anfang. Wenn man das Ganze also eher als einen irgendwie entstehenden, iterativen, später strategischen Prozess lesen muss, spielte dennoch ab einem gewissen Moment ein Plan – und zwar ganz konkret der Bebauungsplan – eine bedeutende Rolle. Auf der Grundlage eines städtebaulichen Gutachtens und den Ergebnissen der Leitlinienentwicklung entwickelt, war er vor allem während des QV zentraler Orientierungs-

punkt. Ohne ihn wären die Gebäude vermutlich munter in die Höhe geschossen. Aber auch ohne die Grundlage des städtebaulichen Gutachtens, aus dem ein aus der Vergangenheit des Ortes abgeleitetes Leitbild des „gerichteten Blicks“ hervorging, wären die Architekturen, die Platzgestaltung weit weniger im Sinne der Entwicklung eines Gesamtensembles verlaufen. Eine *andere* offene Haltung, in der die drei Bauherrngruppen als Team arbeiteten, gepaart mit Strategie und einem regulierend wirkenden Bebauungsplan brachten ein außergewöhnliches Ensemble zustande, das sich mit dem Jüdischen Museum zusammen in ein Ganzes fügt.

Was wird deutlich? Eine verbindliche Antwort auf das *Oder* zwischen „Plan oder Projekt“ gibt es nicht. Beides, besser gesagt alle drei geschilderten Möglichkeiten haben ihre Berechtigung in der integrierten Stadtentwicklung heute. Das Projekt ist es nicht. Der umfassende Plan ist es auch nicht – allerdings setzt er jene *andere* offene Haltung voraus. Das gilt noch stärker für iterative Verfahren. Ohne eine Reihe von Schlüsselakteuren, die willens sind, Optionen zu ermöglichen oder zumindest zu unterstützen, haben sie kaum eine Chance. Die Frage lautet also nicht „Plan oder Projekt?“, sondern: Mit welcher Haltung möchten wir zukünftig Städtebau und Stadtentwicklung betreiben? Angesichts einer Zukunft, aus der uns derzeit mit hoher Dynamik immer mehr absolut unvorhersehbare Ereignisse in kurzen Abständen entgegenkommen, ist diese offene *andere* Haltung mehr denn je erforderlich. Was das genau heißt, ob wir also eher heuristisch arbeiten wollen oder uns doch lieber von superintelligenten Algorithmen sagen lassen wollen, wie Städte zu bauen sind, wir also uns selbst und unserem Bewusstsein vertrauen oder Maschinen: Darüber sollten wir sprechen!

AUTORINNEN / AUTOREN

Daniela Brahm

1988-95 Studium an der Hochschule der Künste Berlin, seitdem Ausstellungen im In- und Ausland; 2004 initiierte sie mit Les Schliesser das Projekt ExRotaprint in Berlin-Wedding; 2007 Mitbegründerin und Gesellschafterin der Ex-Rotaprint gGmbH; seit 2012 Mitwirkung in der Initiative „Stadt Neudenken“ und Mitglied des Runden Tisches zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik.

Dr. Marta Doehler-Behzadi

1975-1980 Studium, dann Forschungsstudium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar; 1984-1990 tätig im Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig; 1993-2007 Büro für urbane Projekte in Leipzig mit Iris Reuther; 2007-2014 Leiterin des Referats Baukultur im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; seit 2014 Direktorin und Geschäftsführerin der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen.

Dipl.-Ing. Paul Börsch

1986-1993 Architektur- und Städtebaustudium an der TU Stuttgart; Diplomarbeit über die Erfurter Altstadt bei Klaus Humpert. 1995-1997 Referendariat in Frankfurt a.M. und Darmstadt, danach Tätigkeiten beim Land Hessen und im Amt für Stadterneuerung und Denkmalpflege in Erfurt; 2003 Übernahme der Abteilung Stadumbau und seit 2008 Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung der Landeshauptstadt Erfurt. Mitglied der Fachkommission Stadtplanung des Deutschen Städtetags und 2013 Berufung in die AG Kooperation von GdW, Bundesarchitektenkammer und Deutschem Städtetag. Seit 2007 Vorsitzender der Landesgruppe Mitteldeutschland der DASL, seit 2015

Vizepräsident der DASL; Mitglied des Hauptausschusses bei Forum Stadt e. V. .

Dr. Konrad Hummel

Leitete als Soziologe und Pädagoge eine Projektstelle im Sozialministerium Stuttgart, ein Sozialdezernat in Augsburg, ein Vernetzungsprojekt des Bundesverbandes vhw und schließlich die Geschäftsstelle der Stadtentwicklung der US-Konversion in Mannheim. Seine jetzige Arbeit ist beratend in einem „Problemviertel“ der Stadt Mannheim mit dem Ziel, von dort auch Demokratieimpulse zu setzen gegen Rechtspopulismus und Bildungsmisserfolg der dortigen Jugend.

Dr. Robert Kaltenbrunner

Architekt und Stadtplaner. 1992-1999 Projektleiter für städtebauliche Großvorhaben in der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr (Berlin). Seit 2000 Leiter der Abteilung „Bauen, Wohnen, Architektur“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung in Bonn und Berlin; Mitglied des Wissenschaftlichen Kuratoriums und der Redaktion von Forum Stadt.

Dr. Stefan Krämer

Mitglied im Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen (BDS), in der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und im Deutschen Werkbund Baden-Württemberg (DWB-BW). Seit 1991 in der Wüstenrot Stiftung, heute als stellvertretender Geschäftsführer mit den Arbeitsschwerpunkten: Zukunftsfragen der Gesellschaft, Transformation baukulturellen Erbes, demografischer Wandel, Wohnen in der Stadt, gemeinschaftliche Wohnformen, Zukunftsperspektiven kleiner Gemeinden, Jugend und gebaute Umwelt.

Dr. Gregor Langenbrinck

Promovierter Dipl.-Ing. (Architektur) und Mitgründer von Urbanizers - Büro für städtische Konzepte. Hauptaufgabengebiet sind Erkennen und Vermitteln von Raumbezügen aktueller Themen der integrierten Stadtentwicklung, derzeit u. a. energetische Stadtsanierung, urbane grüne Infrastruktur und baukulturell nachhaltige Prozessgestaltung - jeweils in direkter Kommunikation mit beteiligten Akteuren. Parallel dazu Lehraufträge, zuletzt an der TU Berlin sowie zuvor an der TU Braunschweig, bei der Stiftung Bauhaus Dessau und der TU Graz.

Prof. Klaus Overmeyer

Nach Lehre als Landschaftsgärtner 1991-1997 Studium der Landespflege / Landschaftsplanung an der TU München und der TU Berlin; 2001-2003 Koordination des EU-Forschungsprojektes „Urban Catalyst“ mit den Architekten Philipp Oswalt und Philipp Misselwitz, 2004-2007 Gründung Studio UC; 2007 Gastprofessur und seit 2010 Professur für Landschaftsarchitektur an der BU Wuppertal; seit 2012 Urban Catalyst Studio.

Dr. Cordelia Polinna

Studium Stadt- und Regionalplanung und Urban Design in Berlin und Edinburgh; 2008-2010 DFG Postdoc-Fellow beim Transatlantischen Graduiertenkolleg Berlin-New York; 2009 Gründung der stadtentwicklungspolitischen Initiative „Think Berl!n“. Von 2011-2013 Gastprofessorin für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin; 2012-2014 im Wissenschaftlichen Beirat für die BerlinStrategie Stadtentwicklungskonzept 2030; seit 2015 tätig bei Urban Catalyst, seit 2017 Geschäftsführende Gesellschafterin der Urban Catalyst GmbH.

Dr. Hanno Rauterberg

Stellvertretender Leiter des Feuilletons der ZEIT; schreibt vor allem über Kunst, Architektur und Städtebau. Er ist promovierter Kunsthistoriker und Absolvent der Henri-Nannen-Journalistenschule. Seit 2007 Mitglied der Freien Akademie der Künste in Hamburg. Zuletzt erschienen „Die Kunst und das gute Leben. Über die Ethik der Ästhetik“, „Wir sind die Stadt! Urbanes Leben in der Digitalmoderne“ sowie „Worauf wir bauen – Begegnungen mit Architekten“.

Otto-Borst-Preis 2019



AUSLOBUNG

Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V. lobt hiermit zum achten Mal den Otto-Borst-Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus. Der Name des Preises erinnert an den Historiker Prof. Dr. Otto Borst (1924–2001), Gründer des Netzwerks und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift *Forum Stadt*, vormals *Die alte Stadt*.

PREIS ZUR FÖRDERUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES

Durch die Verleihung will der Verein den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Fachgebieten Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung fördern. Mit dem Preis, der im zweijährigen Turnus vergeben wird, sollen herausragende Leistungen in diesen Fachgebieten prämiert werden.

Der Wettbewerb ist offen für schriftliche Studienabschlussarbeiten (Master-, Magister-, Diplomarbeiten) sowie Dissertationen, die sich mit Themen der Entwicklung von Städten in historischer, stadt(bau)historischer, sozialwissenschaftlicher, denkmalpflegerischer, planerischer und städtebaulicher Hinsicht befassen und die an deutschsprachigen Hochschulen und Fachhochschulen erstellt worden sind. Ausgeschlossen sind Habilitationen sowie Forschungsgutachten im Auftrag Dritter.

Die Arbeiten können von den Verfasserinnen und Verfassern oder von den betreuenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern eingereicht werden. Die Verfasser dürfen nicht vor dem 1. Juli 1983 geboren sein. Voraussetzung ist ein gutachterliches Begleitschreiben des betreuenden Hochschullehrers im Umfang von einer Seite. Zugelassen sind auch Gruppenarbeiten (bis drei Personen). Dem Wettbewerbsbeitrag ist eine Kurzfassung (1 DIN A 4-Seite) beizufügen.

Teilnahmeberechtigt sind Arbeiten, die innerhalb der letzten zwei Jahre abgeschlossen wurden. (Stichtag der Einreichung: 31. Januar 2019). Die Bewerber können jeweils nur eine Arbeit einreichen.

PREISVERGABE UND PREISE

Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige, fachlich qualifizierte Jury aus dem Kreis des Herausgeber- und Redaktionskollegiums der Zeitschrift *Forum Stadt*.

Es werden Preise in Höhe von insgesamt 3.000 € vergeben. Die Jury behält sich vor, die Preissumme auf mehrere Arbeiten zu verteilen oder nicht auszuschöpfen.

Zur Preisvergabe lädt Forum Stadt e.V. die Preisträger auf die von ihm veranstaltete Internationale Städtetagung des Jahres 2019 ein.

DIE ARBEITEN SIND MIT ALLEN UNTERLAGEN EINZUREICHEN AN:

Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.
Stichwort Otto-Borst-Preis 2019
Ritterstraße 17
D – 73728 Esslingen/Neckar

WEITERE INFORMATIONEN:

Professor Dr. Klaus Jan Philipp
(Jury-Vorsitz)
Forum Stadt, Ritterstraße 17, 73728 Esslingen
Tel.: +49 (0)711-3512-3242
Email: klaus.philipp@ifag.uni-stuttgart.de
www.forum-stadt.eu

BESPRECHUNG

JÖRG FRIEDRICH/PETER HASLINGER/
SIMON TAKASAKI/VALENTINA FORSCH
(Hrsg.), *Zukunft: Wohnen. Migration als
Impuls für die kooperative Stadt*, Berlin:
Jovis 2017, ca. 200 Abb., 320 S., 32,-€.

Der Titel der Publikation legt zwar nahe, dass mit dem Band eine Studie zum Wohnen von Migranten, von Flüchtlingen oder „normalen“ Wanderern vorgelegt wird, bei der Lektüre vor allem von Einleitung und Schlusswort wird aber sehr schnell deutlich, dass der Anspruch darüber weit hinaus geht. Es wird nach Konzepten und Formen eines neuen, der Gegenwart angemessenen „Wohnens für das Existenzminimum“ gesucht. Flüchtlingsarchitekturen sollen nur einen Ausgangspunkt bilden, von dem aus Wohnungen für ca. acht Millionen Menschen allein in Deutschland „auf dem Existenzminimum“ vorgesehen werden können (S. 291). Die Herausforderung, die Autoren und Herausgeber stellen, ist die Entwicklung der „funktionale[n] Schönheit einer menschenwürdigen Architektur der Armut“. Das sind gewaltige Ansprüche, die sofort an Programme der 1920er- und 1930er-Jahre erinnern, auf die in einigen Beiträgen auch explizit Bezug genommen wird (z. B. Jörg Friedrich, S. 20; Bettina Götz, S. 52-56).

Den Schwerpunkt des Bandes bilden Kurzdarstellungen teils realisierter, teils als Studien gedachter oder noch nicht realisierter Projekte eines aktuellen, einfachen, preiswerten Wohnungsbaus, der – mit ganz wenigen Ausnahmen – die Anmutung der „Unterkunft“ oder gar der Flüchtlingsunterkunft, ohne es explizit zu sagen, aber auch die des normierten Massenzweckwohnungsbaus vermeiden soll und der sich als Wohnen für Alle, als menschenwürdige Behausung für Bewohner mit niedrigen Einkommen versteht. In der Sammlung dieser Beispiele liegt



ohne Zweifel die Stärke des Bandes, und jeder Interessierte, jeder Architekt oder Stadtplaner, der sich mit entsprechenden Aufgaben konfrontiert sieht, wird hier wertvolle Anregungen finden. Bedauerlich ist allerdings, dass relevante Informationen unterschlagen werden. Statt in den Erläuterungstexten immer wieder die gleichen moralischen Appelle zur Aufnahme von Flüchtlingen zu wiederholen oder gar hoch komplexe soziologische Theorien der Ungleichheit quasi in einem Satz abzuhandeln (S. 226, Bezug zu Pierre Bourdieu), wäre es vermutlich hilfreicher gewesen, die entscheidenden Daten der einzelnen Projekte in systematischer Weise aufzuführen: z. B. Kosten pro Quadratmeter Wohnfläche (nur bei einem Projekt erwähnt), Wohn- und Zusatzfläche pro Bewohner, Dichte der Bebauung bei notwendiger Grundstücksfläche etc.

Alle Projekte unterliegen bestimmten, von den Herausgebern formulierten Anforderungen: Wohnungen und Gebäude sollen flexibel, offen für Partizipation der Bewohner und geeignet

für Mischungen sein, sei es einer sozialen Mischung der Bewohner, sei es einer funktionalen Mischung von Wohnen mit wohnungsbezogener sozialer Infrastruktur. Soziale Mischung bezieht sich dabei sowohl auf die Verbindung verschiedener Gruppen mit niedrigen Einkommen, also z. B. von Studenten und Migranten, als auch auf die Mischung unterschiedlicher Einkommensgruppen, während die funktionale Mischung vor allem auf eine Verbindung von Wohnungen mit Werkstätten zielt, die der Selbsthilfe beim Ausbau der eigenen Wohnung im Sinne von Flexibilität, vor allem aber von Partizipation dienen sollen. Aber auch dauerhafte Gewerberäume sind in einigen Projekten vorgesehen.

Durchgängig gehen alle Projekte von der Annahme aus, dass sich Integration von Migranten im Quartier und unmittelbarem Wohnumfeld vollzöge, und der insgesamt äußerst inhaltsreiche, komprimierte Textbeitrag des prominenten Kölner Soziologen Jürgen Friedrichs (S. 36-43) stützt diese Annahme. Genau diese ist aber nicht unumstritten. Immer wieder wird in der Migrationsforschung betont, dass die Integration in den Arbeitsmarkt der Ausgangspunkt jeder Integration sei (z. B. Marina und Herfried Münkler, *Die neuen Deutschen*, Berlin 2016). Damit beginnen die Probleme, die der Band dem Leser bereitet. Mit der behaupteten Dominanz von Integration im Wohnquartier, auch wenn sie zweifellos nicht unbedeutend sein dürfte, wird eine Bedeutung des Architekten verbunden, die an Selbstüberschätzung grenzt. Wie in den 1920er- und 1930er-Jahren wird ihm eine „zentrale gesellschaftliche Rolle“ zugewiesen und vergessen, wie grausam diese Erwartung in den folgenden Diktaturen gescheitert ist. Dem entspricht in der vorliegenden Publikation eine pauschale Politikschelte, der Inkompetenz bei der Entwicklung von Programmen für preiswerten Wohnungsbau vorgeworfen wird, statt zu sehen, dass es nicht „die Politik“, sondern eine, seit den 1980er-Jahren dominierende konservative, tendenziell neo-liberale Politik war, die auch das Wohnen zum Gegenstand des freien Marktes erklärte. Dem haben „linke“, sozialdemokratische Politi-

ker und Wissenschaftler immer widersprochen, ohne sich angesichts bekannter Mehrheitsverhältnisse durchsetzen zu können. Wenn jetzt Versäumnisse angeklagt werden, sind es die absehbaren Fehlentwicklungen dieses marktliberalen Programms in der Wohnungspolitik. Politik lässt sich aber nur durch Politik korrigieren, bei allen Irrtümern, die damit verbunden sein mögen. Angesichts der gravierenden Fehler, die auch aus der Profession der Architekten und Städtebauer hervorgegangen sind, von einer falsch verstandenen Urbanität durch Dichte bis zur autogerechten Stadt, muss man einer selbstbehaupteten Dominanz dieses Berufsstandes, wie sie sich auch im vorliegenden Band wieder äußert, mit der gleichen Skepsis begegnen wie der Politik.

Insgesamt scheinen mit Ausnahme des Beitrages von Jürgen Friedrichs und des Artikels zu Finanzierungsalternativen durch Stiftungen von Ralph Boch die Textteile des Bandes qualitativ hinter der Beispielsammlung zurückzubleiben. Aber es sind diese Beispiele, die den Kern und größten Anteil am Umfang des Bandes bilden. Sie können für die Entwicklung eines einfachen, preisgünstigen Wohnungsbaus diese Publikation zu einer wertvollen machen.

Albrecht Göschel, Berlin